PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621 / 75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 32 000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621 / 75 20 14 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 75 20 12 – Jahresabonnement incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 30. November 1976, fertiggestellt.

2. Dezember 1976 Jg. 4 Nr. 48 50 Pfg.

Lohnbewegung :

Die Kapitalisten durch die Kraft der Arbeiter zurückschlagen

In den gegenwärtigen Tarifkämpfen treten die Kapitalisten mit noch größerer Unverfrorenheit auf als sonst. Sie denken, daß sie die Lohnraubabschlüsse des letzten Tarifkampfes im Rücken hätten. In jeder Statistik können es diejenigen nachlesen, die es nicht an der eigenen Lage spüren: Seit langem haben sich die Kapitalisten nicht mehr in der Weise auf die Kosten der Arbeiter bereichert wie im letzten Jahr. Die Reallöhne sind absolut gedrückt worden, und obwohl die Produktion in vielen Industriebereichen stagniert, scheffeln die Kapitalisten große Gewinne und wälzen sich die Bankiers in Geld.

5 Prozent haben die Stahlkapitalisten angeboten in der letzten Woche. Und was haben sie gesagt? Sie würden diese 5 Prozent nur „aus sozialen Erwägungen" anbieten. 7 Prozent zahlt der Thyssen-Konzern immerhin auf seine Aktien. Wenn die Kapitalisten von „sozialen Erwägungen" reden, dann handelt es sich um nichts als Spott, der zur Ausbeutung dazukommt. Zur „Verstetigung der Lohnentwicklung" würden sie die 5 Prozent anbieten, sagen die Stahlkapitalisten. Sie könnten gleich sagen: zur Verstetigung der absoluten Verelendung.

Einige Sozialdemokraten in diesem oder jenem Vorstand oder in dieser oder jener Kommission mögen sich das geduldig anhören, um nachher in „Metall" ein paar mißliebige Worte zu suchen. Die Stahlarbeiter nehmen das nicht hin. Vor den Verhandlungen am Dienstag ist in verschiedenen Stahlbetrieben gestreikt worden, so bei Thyssen in Witten und in anderen Betrieben des Ruhrgebiets. Bei Redaktionsschluß dieser Nummer der KVZ ist nicht bekannt, was am Dienstag zwischen Stahlkapitalisten und Sozialdemokraten verhandelt worden ist. Für die Arbeiter ist schon klar, was ohne Streik herauskommen wird: weiterer Lohnraub, verschärft durch Steuererhöhungen durch den bürgerlichen Staat und Ausplünderung auf dem Warenmarkt.

Duisburg. Am Freitag Morgen gaben 500 Stahlwerker der Hauptwerkstatt der Krupp-Hüttenwerke Duisburg-Rheinhausen den Stahlkapitalisten die einzig richtige Antwort auf das räuberische 5-Prozent-Angebot: Streik! In der Frühstückspause um 8 Uhr war über die laufende Tarifverhandlung lebhaft debattiert worden. Kein Arbeiter war für einen 5-Prozent-Abschluß. Das mußte den Stahlkapitalisten und den sozialdemokratischen Verhandlungsführern jetzt klargemacht werden. Nach der Frühstückspause wurde die Arbeit nicht wieder aufgenommen.

Eine Abordnung von Vertrauensleuten wurde zum Betriebsrat geschickt, um dort gegen das Angebot zu protestieren. Die sozialdemokrati-
(Fortsetzung Seite 2)



Imperialistenhilfe hilft nur den Imperialisten

„Deutsche an die Front" lautet die Parole in der bürgerlichen Presse.

Gemeint ist diesmal die „Katastrophenfront". Das große Erdbeben in der Türkei kommt den Imperialisten nicht ungelegen. Sie nutzen dieses Erdbeben für ihre Kriegsvorbereitungen, wie schon das Erdbeben in Italien. Geübt wird das rasche Verlegen und der Einsatz von Truppenverbänden und die Erprobung der Transportflugzeuge der Bundeswehr und ihrer Verbündeten über weitere Strecken. Begeistert schreibt ein Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung": „Von Deutschland aus hat die Bundeswehr eine ihrer größten Hilfsaktionen der bisherigen Geschichte gestartet. Es ist nur vernünftig, wenn die Helfenden auch die logistischen Voraussetzungen für ihre Hilfsendungen in die Überlegungen mit einbeziehen und mit den türkischen Stellen absprechen, wie das mit der Entsendung einer ganzen Sanitätskompanie der Fall gewesen scheint." Selbstverständlich, eine Intervention muß man planen. In Südafrika machen sich die Rassisten schon länger daran, für die NATO Marinestützpunkte zu schaffen. Dazu muß man dann in der Bundesrepublik einiges überlegen, z.B. den Fregattenbau. Oder, jetzt legen die rhodesischen Rassisten Flugplätze an für Luftlandetruppen und Großtransporte (siehe auch Seite 12). In Italien waren es Pioniertruppen, die über Österreich nach Italien kommandiert wurden, in der Türkei sind es Großtransporter und Sanitäter. „27 Transallmaschinen bringen in stündlichem Abstand unter anderem zwei bewegliche Hauptverbandsplätze mit je 100 festen Betten in das Katastrophengebiet. Die deutsche Sanitätskompanie besteht aus 360 Mann." (Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Daß es sich bei diesen Maßnahmen nicht um Hilfe handelt, sieht man daran, daß trotzdem in der Osttürkei, im Erdbebengebiet, das vollständige Chaos herrscht. Ebenso war es in Italien, in Guatemala und auf den Philippinen. Das Erdbeben in der Türkei hat große Verwüstungen angerichtet, man vermutet mittlerweile bald an die 8000 Tote. Nach dem Erdbeben selber sind Tausende durch Schnee, Frost und Hunger zu Tode gekommen. Die Menschen haben sich, so gut sie konnten, selber geholfen und machen es heute noch. Von der „Hilfe" spüren sie nichts, und das liegt nicht einfach an der geographischen Lage und am Winter. Die imperialistischen Armeen sind einzig und allein Instrumente der Kapitalistenklasse zur Kriegsführung und imperialistischer Aggression gegenüber der Arbeiterklasse im eigenen Land und gegenüber anderen Völkern. Darauf sind sie ausgerichtet, nicht darauf, den Massen im Kampf gegen Naturkatastrophen zu helfen. Man muß wissen, in der Osttürkei und genau im Erdbebengebiet liegen große Truppenteile der türkischen Armee, es ist die Grenze zur UdSSR und dem Iran. Für die Imperialisten der BRD und der NATO-Staaten sind die „Katastrophenhilfen" nichts weiter als Übungsfelder für ihre imperialistischen Kriegsvorbereitungen.

Nach den Parlamentswahlen:

Die neue Masche wird gestrickt

Während die Kettenhunde winseln, geht das *Geschäft* seinen unbeirrten Gang. Das fade Pack der Zeitungs- und Fernsehjournalisten tobt, aber an der Börse gab es nur eine kurze Belebung und seitdem bleibt man gelassen. Der Kurs der Staatsanleihen ist fest.

Die Geschäftswelt hat sicheren Instinkt. Das Ergebnis der Bundestagswahlen muß verarbeitet werden. Das Ergebnis dieser Wahlen: Wenige Wochen nach Stimmauszählung mußten die Bourgeoisideologen eine solche Festigung der Kampfbereitschaft der Massen feststellen, daß sie von der Neuherausbildung einer außerparlamentarischen Opposition sprechen.

Die Finanzbourgeoisie ist unternehmend wie je ein Verbrecher, der um seinen Hals fürchten muß. Das ideologische Netz, das die von der Bourgeoisie aufgebauten Parteien über die Entfaltung der gesellschaftlichen Klassenkämpfe werfen, reicht nicht mehr hin und her?

Da muß eine neue Masche drangehäkelt werden. Die neue Masche muß in ihren Konturen bis Mitte Dezember festliegen. Da kommt die Regierungserklärung und bis dahin muß ein Abteilungsgraben für den Klassenhaß, den sie hervorrufen wird, geschaffen sein. Weil es eilig ist, geht es drunter und drüber. Weil es nötig ist, schaut die Finanzbourgeoisie und die ganze Geschäftswelt jetzt nicht ohne Heiterkeit zu, wie sich ihre ausgehaltenen Politiker und Ideologen jetzt abstrampeln, um die neue Masche zu häkeln.

Das ist der Zweck des großen Possenspiels, das gegenwärtig die Spalten der Zeitungen berstend füllt.

Einfach wär's für die Finanzbourgeoisie, dem Spuk ein Ende zu machen. Den für politische Zwecke freigestellten Henkel-Manager Biedenkopf zurückzupfeifen, genügte ein *leiser* Ton der Banken.

Geradeso verhält sich's mit Albrecht, der ja von Bahlsen, der berühtem Keksfabrik, auf die Bretter geschoben wurde.

Auch Walter Leisler Kiep ist zu handhaben. Gewiß befindet sich das Dossier über die Schüsse, die Walter Leisler Kieps Sauna vor Jahresfrist durchlöcherten und denen der Geruch des Selbstattentats aus Wichtigtuerei unvergeßlich anhaftet, gewiß befindet sich dieses Dossier an der richtigen Stelle.

Der große Aufzug wird jedoch geduldet. Wer was positiv unterstützt, ist noch nicht heraußen, wie sich die Geldströme umverteilen, von denen die Bourgeoisparteien abhängen, ist nicht auszumachen.

Es gibt Indizien. Die CSU hat sich jetzt, gleich nach dem Wahlkampf, wo gewöhnlich große Ebbe in der Kassa bürgerlicher Parteien herrscht, eine neue Unterkunft besorgt und zieht aus der Lazarettstraße aus. Das ist wenigstens eine Demonstration geldlicher Unbesorgtheit.

Ohne die tätige Mithilfe von CDU-Politikern wie Biedenkopf wären ernsthafte Probleme für die CSU bereits jetzt da. Biedenkopf hat bereits letzte Woche erklärt, daß entweder die CSU die Fraktionsgemeinschaft erneuere oder die CDU nach Bayern ginge. Diesem Kurs hat sich der erweiterte Vorstand der CDU vergangenen Montag angeschlossen und die Entscheidung darüber auf den 15. Dezember terminiert. Der Beschluß der CDU verlangt von der CSU, daß sie nebenbei dem p.p. Biedenkopf und Kohl das Haupt von Franz Josef Strauß auf einem Silbertablett überreiche, wie seinerzeit Herodes den Kopf des heiligen Johannes der Salome.

Wenn das keine Hebammendienste für die Ausweitung der CSU über Bayern hinaus sind, was dann? Zug um Zug wird Strauß vom Geruch des Spalters der Union befreit. Da die Befreiungsdienste vornehmlich von für die Politik abgestellten Managern wie Biedenkopf und Albrecht verrichtet werden, nimmt man an, daß die Absicht dieser Spaltung von der Finanzbourgeoisie ausgeht, die auf beiden Seiten der Posse die Puppen tanzen läßt.

Den Hampelmann darin macht Dr. Helmut Kohl. Der Biedermann wurde auf den Prüfstand gejagt. Dort bockt und stottert er herum. („Die Lage ist sehr ernst" usw.) Wenn er aus der Zwickmühle herauskommt, wird er endgültig die Mentalität eines kastrierten Katers angenommen haben. Ob man ihn dann noch braucht oder wegstellt, ist gehupft wie gesprungen.

Entlang welcher politischen Linie die Spaltung verlaufen soll, wird gegenwärtig noch ausbaldowert. Es wird personalisiert ausbaldowert. Zum Beispiel: Alfons Goppel steht für den katholischen Klerus. (Du sollst nicht begehren deines nächsten Hab und Gut.) Wenn sich Goppel auch vor einigen Jahren bei der Redoute auf der Prinzregentenstraße nachts um halber zweie den Arm gebrochen hat, so steht er dennoch für die Grundwerte des christlichen Abendlandes. Sowieso war der katholische Klerus nie ernstlich gegen die Prostitution. Goppel hat nach dem Entschluß der CSU-Landesgruppe eine außerordentliche Sitzung des CSU-Vorstandes verlangt und erhalten. Er geht mit Strauß.

Der bayrische Kultusminister Maier: Er spielt sonntags die Orgel. Er war aber auch der erste der Kultusminister, der verlangt hat, daß eine Verhüllungstaktik gegenüber dem Numerus Clausus erfunden werden. Vor wenigen Wochen hat er sich ins ZK der Katholiken wählen lassen. Jetzt ist er bundesweiter Führer des katholischen Laienstandes. Als Liebhaber der katholischen Soziallehre vermöchte er der neuen Masche den erforderlichen Stich ins Soziale zu geben.

Der „Spiegel" bezeichnet in seiner
(Fortsetzung Seite 2)

Die neue Masche wird gestrickt

(Fortsetzung von Seite 1)
letzten Ausgabe Maier als den Mann, auf den in Bayern die CDU zu gründen wäre. Wenn das nicht Maier alsbald zu einer wuchtigen Solidaritätsbekundung mit Strauß veranlaßt, ist ihm nicht zu helfen. Der Mann kommt aus einfachen Verhältnissen und ist noch nicht reich. Wenn er jetzt nicht spurt, droht ihm die Barzellisierung auf ein Jahrzehnt. Dieser Sachverhalt wird das Gewissen des Katholiken-Laien-Häuptlings um die passenden Grundwerte bereichern.

Der Aufzug ist jedoch noch nicht abgeschlossen und auf der Bühne steht man durcheinander herum. Lehrreich ist das Stück jedoch schon jetzt, im Keimstadium. Die beiden Hauptklassen der Gesellschaft praktizieren völlig entgegengesetzt Demokratie. Die Wahlen und die parlamentarische Verfassung enthüllen sich in beiden Fällen als Farce.

Während die Arbeiterklasse und die Volksmassen nach dem Wahlspektakel Demokratie üben, indem sie sich im Kampf zusammenschließen, übt die Bourgeoisie Demokratie, indem der Wettbewerb der Geldbeutel einsetzt.

Als Frage bleibt vorläufig: Wenn die Finanzbourgeoisie das ideologische Schlingnetz der bürgerlichen Parteiströmungen erweitern will, warum auf so auffälligem, enthüllendem und zersetzendem Wege? Warum nicht blitzsauberer, unauffälliger Neuaufbau?

Die neue Partei, egal ob sie gleich aus der Taufe gehoben wird oder erst die Ausgangsbasis hergestellt, muß *sozialdemagogisch reaktionär* sein. Sie muß *christlich* und der katholischen Soziallehre verhaftet sein. Sie darf aber nicht klerikal oder kirchfromm sein, muß aber die Unterstützung des Klerus haben. So muß die Partei etwa beschaffen sein, um aus der Arbeiterbevölkerung solche Stimmanteile herauszubrechen, wie es der CSU in Bayern gelingt. Vor allem aber muß diese Partei vom Personal her in einiger Entfernung vom Kader der NSDAP aufgebaut werden, sonst kann sie nichts werden. Infolgedessen kann diese Partei nur von Bayern aus aufgebaut werden. Nur dort hat es Parteifunktionäre, die stockreaktionär, aber einigermaßen unbelastet von Faschismus sind, in erheblicher Zahl.

Ob das Projekt zügig entfaltet wird oder schleppend, das ist jedenfalls sein Charakter. Der Finanzbourgeoisie sind die Unberechenbarkeiten, die der Neuaufbau einer sozialdemagogisch-reaktionären Partei mit sich bringt, zu groß. Nach der Erfahrung mit dem Hitlerfaschismus hat die Experimentierfreude der Bourgeois in dieser Hinsicht nachgelassen. Falls die Rolle gebraucht wird, soll sie ein Mann einnehmen, den sie kennen.

Hinzu kommt das Ausland. Sowohl die UdSSR als auch die USA, sodann alle imperialistischen Konkurrenten würden sich seelig preisen, in der BRD eine faschistische Gefahr ausmachen zu können.

Hat nicht Carter bereits angekündigt, er gedenke durch Uranium-Lieferstopp den Reaktorverkauf der BRD-Kapitalisten zu unterbinden, noch bevor sich diese eventuell eigene Schürfrechte sichern? Selbstverständlich kann diese Maßnahme vor den Massen der USA als Friedenssicherung ausgegeben werden, wenn auf eine faschistische Bewegung in der BRD hingewiesen werden kann.

Wird nicht das gewaltige Problem, das für die Sozialimperialisten durch Einsatz ihrer Armee als Invasionstruppe bereits im Stadium der Vorbereitung erwächst, erheblich erleichtert?

Und würde endlich den Machthabern in der DDR nicht eine beachtliche ideologische Entspannung entstehen?

Allerlei Gründe bestehen, die das westdeutsche Finanzkapital zu äußerster Vorsicht bei der Schaffung des erforderlichen Demagogenhaufens veranlassen. Deswegen soll die neue Masche durch Spaltung vorhandener Parteien und Einsatz von vorhandenen und ausgewählten Politikern gestrickt werden. Der ideologische Verschleiß, den der Parlamentarismus dabei erleidet, ist eher geringfügig, verglichen mit den Problemen, die der andere Weg mit sich brächte.

Der blinde Verlauf der Kapitalistenwirtschaft hat mit den letzten Krisen das ökonomische Eingeständnis geliefert, daß die Klassengegensätze diese Gesellschaft bestimmen. Jetzt wird das ideologische Eingeständnis nachgeliefert. Franz Josef Strauß spricht von der Notwendigkeit des Kampfes gegen die Volksfrontgefahr. Überhaupt ist bei den Bourgeois wieder viel von Kampf die Rede. Die Bourgeoisie bereitet sich auf eine revolutionäre Entwicklung vor. Sie beschleunigt ihre Vorbereitungen.

Das müssen wir auch machen.

Lohnbewegung

(Fortsetzung von Seite 1)
schen Betriebsräte versuchten abzuwiegeln. Noch liefen die Verhandlungen, noch könne keiner was über das endgültige Ergebnis sagen. Solche Kampfmaßnahmen seien deshalb verfrüht usw. usf. Gegenüber der bürgerlichen Presse stellten sie den bis neun Uhr dauernden einstündigen Streik der 500 Arbeiter als „verlängerte Kaffeepause" dar. Die Arbeiter der anderen Bereiche und Schichten wurden erst gar nicht informiert. Die Sozialdemokraten im Betriebsrat tun alles, um den einheitlichen Kampf der Arbeiter gegen die Stahlkapitalisten zu verhindern.

Die Unruhe in dem Betrieb ist groß. Ein Arbeiter berichtet: 1 300 sollen wegrationalisiert werden, 300 durch Frühpensionierung, die übrigen nach und nach durch einzelne Entlassungen. Wer öfter zu spät kommt, häufiger krank ist, beim Biertrinken erwischt wird, fliegt. Das neue Blasstahlwerk hat zur Verschärfung der Ausbeutung geführt. 400 Tonnen werden in einem Konverter geblasen. Das ist die gleiche Menge, die vier alte Konverter *zusammen* erbringen. Was im alten Blasstahlwerk mit 20 Mann geschafft wurde, muß im neuen mit vier Mann gehen. Die haben so viel zu arbeiten, daß sie kaum noch Kaffeepause machen können. Gegessen wird während der Arbeit." Wer früher nur die Schlacke abgestochen hat, muß jetzt auch noch den Schutt wegbringen und andere Arbeiten tun", schildert ein Arbeiter die gestiegene Arbeitshetze. Rund 3 000 ausländische Arbeiter, meist Türken, haben die Krupp-Kapitalisten in ihrem Hüttenwerk beschäftigt. Sie nutzen ihre rechtlose Lage, um die Arbeitshetze zu verschärfen und die Lage aller Arbeiter zu drücken.

In dieser Situation hat der Lohnkampf für die Stahlarbeiter große Bedeutung. „Das 5-Prozent-Angebot ist eine Unverschämtheit", sagte ein Arbeiter, der mitgestreikt hat, „selbst die 8,5 Prozent sind zu wenig. Gerade die unteren Lohngruppen haben gar nichts davon." Der Streik der 500 Krupp-Arbeiter zeigt, daß die Stahlarbeiter bereit sind, den Lohnkampf zu führen. Wo der Streik bekannt wurde, stieß er bei den Stahlarbeitern auf große Zustimmung. (Zelle Thyssen-Niederrhein, Duisburg)

Festigung der Diktatur des Proletariats in der Volksrepublik China

Die Revolution anpacken, die Produktion fördern

„Machtwechsel in China mit Reibungen", schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" Ende November: „Andeutungen in chinesischen Zeitungen haben zu der Vermutung Anlaß gegeben, daß der Machtwechsel in Peking nach Maos Tod nicht so reibungslos vonstatten geht, wie es ursprünglich den Anschein hatte." Das

erhöhen und die sozialistische Erziehung durchführen. Man muß die Probleme der Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe richtig begreifen und behandeln, die Widersprüche zwischen uns und dem Feind und die im Volk richtig unterscheiden und behandeln. Andernfalls wird sich ein sozialistischer Staat wie unserer in sein Gegenteil verwandeln, er wird entarten, und

„Lin Biao, dieser bürgerliche Karrierist, Verschwörer und Doppelzüngler, hat in unserer Partei nicht etwa bloß ein Jahrzehnt, sondern mehrere Jahrzehnte intrigiert. Er durchlief einen Prozeß der Entwicklung und der Selbstenthüllung, während wir auch einen Prozeß durchzumachen hatten, um ihn zu durchschauen."

Der Klassenkampf, der Kampf der

„Wu Tschuan-tschin, hervorragender Bohrarbeiter und früher Führer des Bohrtrupps 1202, und Tschang Yun-tschung, Parteisekretär der ersten Ölförderabteilung des Ölfeldes Datjing, sagten auf einer Kritikversammlung, daß die parteifeindliche Wang-Tschang-Tschiang-Yao-Clique von ihrem reaktionären Ziel ausgehend vor keinem Versuch zurückscheute, die

Der westdeutsche Imperialismus auf Expansionskurs

Die deutsche Urangesellschaft m.b.H. & Co. hat sich mit der australischen Pancontinental Mining und der US-amerikanischen Getty Oil zur Uranexploration (Erkundung von Lagerstätten) im Nordosten Australiens zusammengetan. Schon Anfang des Jahres hat die Urangesellschaft sich 30 Prozent Anteile am Uranlager Westmoreland in Queensland, Australien, gesichert. (Nach: Neue Welt, deutschsprachige australische Wochenzeitung, 15.11.76) Die Urangesellschaft wurde von der Metallgesellschaft Frankfurt, der Steinkohlen Elektrizitäts-AG, Essen, und Hibernia AG, Herne, 1967 gegründet, um den langfristigen Uranbedarf der westdeutschen Kapitalisten zu decken. Staatssekretär Rohwedder hat der australischen Regierung jetzt mitgeteilt, die Bundesregierung „plane den zügigen Ausbau des westdeutschen Kernkraftwerknetzes. Die westdeutsche Industrie könne nur dann ihre Produkte kostengünstig herstellen und gewinnbringend exportieren, wenn sie über ausreichende Kapazitäten billigen Stroms verfüge". (Nach: Die Woche, deutschsprachige australische Wochenzeitung, 16.11.76)

CDU-Gruhl: Forscher für den Profit

Dr. Gruhl tritt auf Versammlungen von Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke auf (Brokdorf) und stellt sich als Umweltschützer dar. Er schreibt die Zerstörung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und der Volksmassen menschlichen Untugenden zu. Dieser Dr. Gruhl ist hochbezahlter Leiter der Forschungsabteilung des Aluminiumkonzerns VAW. VAW hat ein Werk in Stade, bezieht die Energie vom Kernkraftwerk Stade und vernichtet durch die fluorhaltigen Abgase die Existenzgrundlage der Bauern. Dr. Gruhls Aufgabe in der Forschungsabteilung ist es, die imperialistischen Pläne der VAW-Kapitalisten mit auszuhekken. So ist ein Ziel der Forschungsabteilung die „Sicherung der künftigten Rohstoffversorgung durch die Verarbeitung verfügbarer Erze" und weiter die „Entwicklung von Sonderprodukten", was sich auf die Rüstungsproduktion bezieht, wo solche Sonderprodukte wie Legierungen mit besonderen Eigenschaften gebraucht werden.

und vernichtet durch die fluorhaltigen Abgase die Existenzgrundlage der Bauern. Dr. Gruhls Aufgabe in der Forschungsabteilung ist es, die imperialistischen Pläne der VAW-Kapitalisten mit auszuhekken. So ist ein Ziel der Forschungsabteilung die „Sicherung der künftigten Rohstoffversorgung durch die Verarbeitung verfügbarer Erze" und weiter die „Entwicklung von Sonderprodukten", was sich auf die Rüstungsproduktion bezieht, wo solche Sonderprodukte wie Legierungen mit besonderen Eigenschaften gebraucht werden.

Festigung der Diktatur des Proletariats in der Volksrepublik China

Die Revolution anpacken, die Produktion fördern

„Machtwechsel in China mit Reibungen", schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" Ende November: „Andeutungen in chinesischen Zeitungen haben zu der Vermutung Anlaß gegeben, daß der Machtwechsel in Peking nach Maos Tod nicht so reibungslos vonstatten geht, wie es ursprünglich den Anschein hatte." Das ist eine völlig verkehrte Betrachtung in konterrevolutionärer Absicht.

Weder hat es in der Volksrepublik China einen Machtwechsel gegeben. Es herrscht die Diktatur des Proletariats, die von der Kommunistischen Partei geführt wird. Die Kommunistische Partei wird von ihrem Zentralkomitee geführt. Dieses Zentralkomitee hat einen neuen Vorsitzenden gewählt, Genossen Hua Guo-feng, der die Arbeit des verstorbenen Vorsitzenden Mao Tsetung und die unter seinem Vorsitz durch die Partei festgelegte revolutionäre Linie fortsetzt.

Noch nie hat die Diktatur des Proletariats jemals „reibungslos" geherrscht. Die Diktatur des Proletariats ist das Instrument der Arbeiterklasse, um den Klassenkampf nach der Eroberung der politischen Macht fortzusetzen und die früheren Ausbeuter und Unterdrücker zu unterdrücken und die unvermeidlichen Angriffe des Imperialismus zurückzuschlagen. Wie soll das reibungslos vonstatten gehen? Darüber braucht man gar keine „Vermutungen" anzustellen, das liegt auf der Hand. Die Bourgeoisie weiß das nur zu gut. Schließlich ist sie an den „Reibungen" beteiligt und bekommt sie auch zu spüren. Die Kommunistische Partei Chinas hat oft klargestellt und im Kampf gegen den modernen Revisionismus verteidigt, daß der Klassenkampf unter der Diktatur des Proletariats in vielfältigen Formen verschärft weitergeführt wird. Mao Tsetung hat gesagt:

„Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Während dieser Geschichtsperiode des Sozialismus sind Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe immer noch vorhanden; der Kampf zwischen zwei Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, geht weiter, und die Gefahr einer kapitalistischen Restauration bleibt bestehen. Man muß die Langwierigkeit und Kompliziertheit dieses Kampfes erkennen. Man muß die Wachsamkeit erhöhen und die sozialistische Erziehung durchführen. Man muß die Probleme der Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe richtig begreifen und behandeln, die Widersprüche zwischen uns und dem Feind und die im Volk richtig unterscheiden und behandeln. Andernfalls wird sich ein sozialistischer Staat wie unserer in sein Gegenteil verwandeln, er wird entarten, und es wird zu einer Restauration kommen. Von nun an müssen wir jährlich, monatlich, ja täglich darüber sprechen, damit wir für dieses Problem ein verhältnismäßig nüchternes Verständnis haben und eine marxistisch-leninistische Linie besitzen können."

Im letzten Jahr ist folgende Weisung des Vorsitzenden Mao veröffentlicht worden:

„Unser Land praktiziert gegenwärtig unter anderem ein Warensystem, auch das Lohnsystem ist ungleich, wie das achtstufige Lohnsystem. Unter der Diktatur des Proletariats können diese nur eingeschränkt werden. Deshalb ist es für Leute wie Lin Biao, wenn sie an die Macht kommen, sehr leicht, das kapitalistische System durchzusetzen. Darum sollten wir mehr marxistisch-leninistische Werke lesen."

Was sind Leute wie Lin Biao?

Leute wie Lin Biao sind die Bourgeoisie in der Kommunistischen Partei. Sie vertreten die Interessen der gestürzten Kapitalistenklasse und der gestürzten Großgrundbesitzer, praktizieren Revisionismus und Idealismus, betreiben Spaltertätigkeit und befassen sich mit Verschwörungen und Intrigen, um in der Kommunistischen Partei die Macht zu erobern, den Klassencharakter der Partei zu ändern und durch die Beseitigung der Diktatur des Proletariats den Kapitalismus zu restaurieren.

Die Bourgeoisie in der Kommunistischen Partei tritt nicht offen auf. Chruschtschow hat auch nicht offen gesagt, daß er die Diktatur des Proletariats beseitigen will. Zu Stalins Lebzeiten war er einer der Hauptbetreiber des Versuchs, Stalin in den Himmel zu heben, um ihn von den Massen zu isolieren und dann die Massen um so besser niederdrücken zu können. Das hat er dann gemacht. Lin Biao hat stets das Rote Buch geschwenkt und ist in Hochrufe ausgebrochen. In dem Bericht an den X. Parteitag hat Genosse Tschou En-lai darauf hingewiesen, daß es nicht leicht ist, die bürgerlichen Interessen zu erkennen, die von Leuten wie Lin Biao verfochten werden:

„Lin Biao, dieser bürgerliche Karrierist, Verschwörer und Doppelzüngler, hat in unserer Partei nicht etwa bloß ein Jahrzehnt, sondern mehrere Jahrzehnte intrigiert. Er durchlief einen Prozeß der Entwicklung und der Selbstenthüllung, während wir auch einen Prozeß durchzumachen hatten, um ihn zu durchschauen."

Der Klassenkampf, der Kampf der zwei Wege und der Kampf der zwei Linien ist nicht zu vermeiden. Er ist ein Kampf um die politische Macht. Wenn die Arbeiterklasse bereits die politische Herrschaft erobert hat, ist er ein Kampf um die Staatsmacht. Er kann nur durch die Massen, die sich vom Marxismus-Leninismus leiten lassen und durch die Kommunistische Partei geführt werden, zugunsten der Sache des Proletariats entschieden werden. Unvermeidlich spitzt sich dieser Kampf zu, wenn entscheidende Funktionen in Partei und Staat zu besetzen sind. Dann entfalten die bürgerlichen Usurpateure große Hektik. So hat Lin Biao große Hektik entfaltet, um das Amt des Staatspräsidenten wieder einzuführen und zu besetzen. Aber diese Hektik führt zur Selbstenthüllung der bürgerlichen Absichten der Usurpateure und zu ihrer Entlarvung, wenn die Partei und unter Führung der Partei die Massen wachsam und vorbereitet sind, die Komplotte der Usurpateure niederzuschlagen.

Noch zu seinen Lebzeiten hat der Vorsitzende Mao Tsetung die Kritik an Deng Hsiao-ping eingeleitet. Deng Hsiao-ping wurde seiner Ämter in Partei und Staat enthoben. Die Massenkritik wurde entfaltet, um die Ergebnisse der Kulturrevolution zu sichern und die Diktatur des Proletariats zu festigen. Der Klassenkampf, der Kampf gegen den Revisionismus ist das Hauptkettenglied beim Aufbau des Sozialismus; die Revolution anpacken, die Produktion fördern, das sind Grundsätze des Marxismus-Leninismus, die Mao Tsetung formuliert hat. Deng Hisao-ping hat den Klassenkampf geleugnet und die Theorie der Produktivkräfte zur Richtschnur erheben wollen. Eine Tendenz kann die andere Tendenz überdecken. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die Theorie der Produktivkräfte kann die Produktion sabotiert werden, indem versucht wird, den Klassenkampf in die Sackgasse zu führen, die Massen gegeneinanderzuhetzen, Freund und Feind durcheinanderzuwürfeln und ein großes Durcheinander anzurichten.

„Wu Tschuan-tschin, hervorragender Bohrarbeiter und früher Führer des Bohrtrupps 1202, und Tschang Yun-tschung, Parteisekretär der ersten Ölförderabteilung des Ölfeldes Datjing, sagten auf einer Kritikversammlung, daß die parteifeindliche Wang-Tschang-Tschiang-Yao-Clique von ihrem reaktionären Ziel ausgehend vor keinem Versuch zurückscheute, die grundlegenden Erfahrungen des Erdölfeldes von Datjing anzugreifen, zu verfälschen und zu unterdrücken. Die Clique beschrieb das Ölfeld, das ein Schrittmacher dabei ist, den Klassenkampf als Hauptkettenglied zu ergreifen und sich an die grundlegende Linie der Partei zu halten, als ein Beispiel dafür, daß ‚nur die Produktion' zählt. Datjings Rohölförderung ist dieses Jahr sechsmal höher als 1965, dem Jahr vor der Großen Proletarischen Kulturrevolution. Das ist ein Ergebnis der Anstrengungen der Datjing-Ölarbeiter, die den Klassenkampf als Hauptkettenglied ergriffen haben, die Revolution anpacken und die Produktion fördern. Aber die ‚Viererbande' nahm diesen Erfolg als die ‚Theorie der Produktivkräfte'." (Hsinhua)

Die chinesische Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei, ihres Zentralkomitees und ihres Vorsitzenden Hua Guo-feng hat einen neuen Sieg im Kampf der zwei Linien errungen. Sie haben einen Machtwechsel verhindert. Das ging nicht „reibungslos" und kann nicht „reibungslos" gehen. Der Klassenkampf ist damit nicht beendet, genausowenig, wie er durch frühere Siege im Kampf der zwei Linien beendet worden ist. Die Arbeiterklasse setzt den Klassenkampf fort, um den Kommunismus zu verwirklichen. Die Bourgeoisie setzt ihre Märchen mit keinem anderen Zweck in die Welt, als dann um so mehr Sensation machen zu können, wenn sie von Kämpfen in der Volksrepublik China berichtet. Für die internationale Arbeiterklasse sind die Lehren des Klassenkampfes und des Kampfes der zwei Linien in der Volksrepublik China unverzichtbar, um sich im Kampf gegen die Bourgeoisie zu stählen. Warum soll es Verwirrung stiften, wenn der Klassenkampf durch die Arbeiterklasse bewußt fortgesetzt wird? Im Gegenteil. Allein diese Tatsache ist die Garantie dafür, daß die Arbeiterklasse den Kapitalismus schließlich mit Stumpf und Stiel zu beseitigen versteht. – (gs)

BRD-Imperialisten: Italien soll sein Gold verpfänden

Italien muß Anfang Dezember einen kurzfristigen Kredit von 486,5 Millionen Dollar an Großbritannien zurückzahlen. Die italienische Regierung kann nicht zahlen und hat sich an die EG gewandt. Sofort haben die übrigen Imperialisten in der EG sich zusammengeschlossen, um den Konkurrenten zu schwächen und auf vollständige Erfüllung der Kreditbedingungen des IWF (Internationaler Währungsfonds) zu drängen, wonach der italienische Staat nur neuen Kredit erhält, wenn das Lohnraub- und Ausplünderungsprogramm der Andreotti-Regierung ohne jeden Abstrich durchgesetzt wird. Im übrigen hat Finanzminister Apel „angedeutet", daß man der akuten Finanzklemme der italienischen Konkurrenten „mit Ruhe entgegen(sieht). Italien sollte (. . .) zumutbar sein, für eine Überbrükkung von einigen Wochen auf seine sorgsam gehüteten Reserven, vor allem in Gold, zurückzugreifen". (Nach: Handelsblatt, 24.11.76)

Sowjetunion Mitglied des Nordatlantik-Kartells

Neben ihrer Kriegsmarine hat die Sowjetunion ihre Handelsflotte zur sechstgrößten der Welt ausgebaut. Mit Dumpingpreisen sind die sowjetischen Frachtunternehmen in den Markt der westlichen Schifffahrtslinien eingebrochen, die sie um 10 bis 40 Prozent unterboten, und haben im gewinnträchtigen Stückgutverkehr mittlerweile den ersten Platz erobert. Jetzt sind die sowjetischen Frachtbetriebe dem Nordatlantik-Kartell der westlichen Reedereien beigetreten. So werden gemeinsam die Monopolprofite gesichert.

Lange vorbereitetes Betrugsmanöver:

Rentenkürzung – Erhöhung der Beiträge der Krankenversicherung

In der letzten Woche hat der Rat der Sachverständigen sein Jahresgutachten vorgelegt und vorgeschlagen: Steuererleichterungen für die Kapitalisten und Kürzung der Rente durch Erheben eines Beitrags für die Krankenversicherung von 2 Prozent bei den Rentnern. Bis jetzt hat die Regierung immer die Vorschläge der Kapitalisten, geäußert durch den Sachverständigenrat, in die Tat umgesetzt. Sie wird es auch dieses Mal tun. Herauskommen wird es im Dezember, dann wenn die Regierungserklärung veröffentlicht wird.

Es ist aber nicht so, daß die Regierung durch die Sachverständigen darauf kommt. Es ist so, daß diese Ratschläge nur die pseudowissenschaftliche Umkleidung dessen sind, was seit – für uns feststellbar – November letzten Jahres als Auftrag an die Regierung gegangen ist und seitdem zielstrebig vorbereitet wird.

Das Defizit der Rentenversicherung ist die Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen der Rentenversicherung. Es kommt zustande nicht, weil in der BRD die Arbeiter jetzt länger leben würden, sondern deswegen, weil es erstens zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg eine Pause gegeben hat, die den jetzigen „Rentnerberg" verursacht. Zweitens kommt sie zustande durch die gesteigerte Ausbeutung und den frühzeitigeren Verschleiß der Arbeitskraft.

Dieses Defizit wurde im November 1975 im Monatsbericht der Bundesbank festgestellt und zwar im Bericht über die Finanzen der Sozialversicherung und deren Entwicklung. Dieser Bericht hielt fest, daß die Rentenversicherung saniert werden mußte, und hielt ausdrücklich fest, wie *nicht*

„Den Ausweg in einer weiteren Beitragserhöhung zu sehen, wäre unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten sicher mit erheblichen Risiken verbunden, zumal mittelfristig schon im Rahmen des Haushaltsstrukturgesetzes die Erhöhung bestimmter Steuern und Beiträge vorgesehen ist, und damit auf alle Fälle ein weiterer Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Abgabenquote vorprogrammiert ist."

Der „gesamtwirtschaftliche Aspekt" besteht darin, daß eine Beitragserhöhung die Kapitalisten auch trifft.

Ebenfalls im November erschien der Rentenanpassungsbericht der Bundesregierung. Dieser wird jährlich zwecks Beschlußfassung über die Rentenanpassung vorgelegt. Gleichzeitig beruft sich die Regierung den Sozialbeirat ein, der ein Gutachten über den Rentenanpassungsbericht verfaßt.

Der Rentenanpassungsbericht der Bundesregierung für 1976 zeichnete sich durch folgendes aus: Er wies für das Jahr 1975 ein Plus in der Kasse der Rentenversicherung aus. Dieses Plus kam dadurch zustande, daß der Sozialdemokrat Arendt Anweisung gegeben hatte, in diesem Bericht 2,5 Milliarden Bundeszuschüsse als Einnahmen buchen zu lassen. Diese hatte der Bund gar nicht bezahlt – obwohl gesetzlich dazu verpflichtet. Sozialdemokrat Apel hatte im Finanzbericht diese 2,5 Milliarden DM nicht gezahlten Bundeszuschüsse nicht als Schulden ausgewiesen.

Das zweite Wichtige an diesem Bericht war, daß er auch in der Vorausberechnung der Renteneinnahmen und -ausgaben kein Minus aufwies – also nicht das jetzt entdeckte Defizit. Dies dadurch, daß er in der Berechnung von einer Steigerung des Lohneinkommens für die nächsten Jahre von 9 Prozent ausging, und von einer Arbeitslosenrate von unter 2 Prozent. – Man braucht nicht zu meinen, daß die Sozialdemokraten daran selber glauben.

Als nächsten Schritt ließ die Regierung den Sozialbericht beschließen:

„Die Mehrheit des Beirats spricht sich zwar für diese Maßnahme (Rentenanpassung 76 um 11 Prozent, d. Red.) aus, jedoch würdigt auch sie die Bedenken, die sich aus der geänderten gesamtwirtschaftlichen Lage und speziell aus der finanziellen Entwicklung der Rentenversicherung ergeben. Eine große Minderheit des Beirats empfiehlt demgegenüber zu dem bis 1972 geltenden Anpassungsrythmus zurückzukehren, d.h. in der nächsten Rentenanhebung zwar in Höhe von 11 Prozent, aber erst mit Wirkung vom 1. Januar 1977, vorzunehmen."

Im Juni legte die Regierung einen Gesetzentwurf vor mit folgendem Titel: „Weiterentwicklung des Kassenarztrechts und zur Änderung der Krankenversicherung der Rentner". In diesem Gesetzesvorschlag heißt es unter dem Punkt *Zielsetzung*:

„Die finanziellen Grundlagen der Krankenversicherung sollen neu geordnet werden und für die nächsten Jahre stabilisiert werden. Außerdem soll der Finanzierungsanteil der Krankenversicherung an den durch die Beiträge der Rentenversicherung nicht gedeckten Aufwendungen für die Rentner möglichst gleichmäßig auf die versicherten Mitglieder verteilt werden."

In diesem Gesetzesentwurf vom Juni 1975 wird vorgeschlagen, u.a. einen zweiprozentigen Beitrag von jedem Rentner für die Krankenversicherung zu erheben. Also eine Kürzung der Rente um 2 Prozent.

Am 24. Juni wurde dieser Vorschlag behandelt. Im Auftrag des zuständigen Ausschusses trug Müller (CDU/CSU, Berlin) dem Bundestag folgendes vor: „Wegen der Kompliziertheit der Materie sollte die Neuregelung der Finanzierung der Rentenkrankenversicherung erst nach dem 3. Oktober 1976 im Rahmen einer Gesamtkonzeption für die Rentenkrankenversicherung erfolgen." So wurde es dann gemacht.

Das war ungefähr der Zeitpunkt, wo wichtige Zeitungen der Kapitalistenklasse begannen, über die mangelnde Entschlossenheit der bürgerlichen Parteien zu zetern: Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schrieb am 23. September:

„Keine der 3 großen Parteien hat bis zur Stunde ein hörenswertes Argument zur Sache vorgetragen. Im Gegenteil, wenn problemgeladene Sachthemen versehentlich auf den Tisch gerieten, wurden sie sogleich mit vereinter Kraft heruntergebügelt. Bloß keine konkreten Vorschläge! Bloß nicht den Verdacht erwecken, es könnte eine Wohltat reduziert, ein Beitrag erhöht, eine Rentenanpassung verschoben werden müssen."

Man denkt spontan – die sind ja ziemlich offen. Die Wahrheit ist aber, daß der „FAZ"-Schreiber natürlich zu diesem Zeitpunkt die Gesetzesvorlage der Regierung wohl kannte – sie wurde nicht enthüllt.

Die Regierung nahm zu dieser Zeit einen Bericht des Arbeitsministers Arendt entgegen, der immer noch nicht *direkt* eine Kürzung der Rente vorsah. Er sah vor, daß die Rentenversicherung weniger an die Krankenversicherung der Rentner einzahlen sollte. Das ist natürlich die indirekte Vorbereitung entweder einer Erhöhung der Krankenkassenbeiträge oder einer Kürzung der Renten durch Zahlen von Krankenversicherungsbeitrag direkt von den Rentern selber. Das kann jeder merken. Auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung".

Sofort nach dem Bericht meldeten sich die Krankenkassen zu Wort, und erklärten, daß die Beiträge erhöht werden müssen, wenn die Rentner die Rente nicht gekürzt kriegen.

Zum selben Zeitpunkt noch mal der Arbeitgeberverband:

„Der Verband schlägt vor, den Rentenanpassungstermin zu verschieben, von den Rentnern einen Krankenkassenbeitrag zu verlangen und die Renten künftig an die Nettoeinkommen anzupassen."

Jetzt setzen die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft ihre Agentur in Bewegung. Diesmal hieß sie Alfred Schmidt, er ist Sozialversicherungsexperte des DGB. In „Die Quelle" schreibt er im November:

„Die wesentliche Frage, inwieweit es sich hier nur um vorübergehende Engpässe bzw. um Defizite auf Dauer handelt, wird vom Sozialbericht *nun* so beantwortet, daß nicht mit einer Konsolidierung der Finanzentwicklung gerechnet werden kann. Bei der Beantwortung dieser Frage haben sich in der Vergangenheit viele, u.a. auch der Verfasser *verschätzt* (Hervorhebung durch die Redaktion)

Kurz darauf läßt die Regierung erneut den Sozialbeirat zusammentreten. Er schlägt vor: Entweder Verschiebung der Rentenanpassung oder Zahlen des Krankenversicherungsbeitrags durch die Rentner und zwar um 2 Prozent. Eine Woche darauf tagt der FDP-Parteitag. Er legt sich auf die Koalitionsgespräche fest: Vorschlag für ein gesundheitspolitisches Programm, Kürzung der Renten durch Zahlen der Rentner an die Krankenversicherung *und* Verschiebung des Beitragsgefüges der Krankenversicherung. Wer am meisten krank wird, zahlt am meisten.

Womit wir bei dem angelegt wären, was im Novemberbericht der Bundesbank als erstes zu lesen war, dann in Gesetzesform niedergeschrieben wurde und in der Regierungserklärung dazu drinstehen wird. – (am)

Die Bourgeoisie betreibt den Ruin der Kleinbauern und bereitet weitere Verteuerung der Nahrungsmittel vor

Mitte letzter Woche hat der Deutsche Bauernverband seinen Situationsbericht 1976 vorgelegt. „Keine Dürre im Geldbeutel der Landwirte." So berichtete die „Süddeutsche Zeitung" am 23.11. darüber. Die Bourgeoispresse will die gestiegenen Lebensmittelpreise, die die Arbeiterbevölkerung zahlen muß, den Bauern in die Schuhe schieben und einen neuen Preisschub vorbereiten. Gleichzeitig soll mit dieser Hetze Enteignung weiterer Zehntausender von Bauern durch Nahrungsmittelkonzerne, Bankmonopole, Großagrarier und Bodenspekulanten ideologisch bemäntelt werden.

Der Bericht des Bauernverbandes gibt an, in dem Ende Juni abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1975/76 hätten die „deutschen Landwirte" ihre Einkommen um 15 % steigern können. Dazu wurden 13 000 bäuerliche Testbetriebe gefragt. Das Reineinkommen je Familienarbeitskraft habe 22 153 DM im Jahr (etwa 1 850 DM im Monat) betragen. Daraus müssen neben den Steuern und Versicherungsbeiträgen auch noch neu anzuschaffende Maschinen bezahlt werden. Nach der Trockenheit in diesem Jahr ist nach Angaben des Bauernverbandes mit einer Einkommensverminderung um 8 bis 10 % im kommenden Wirtschaftsjahr zu rechnen. Womit für beide Jahre zusammen eine jährliche Erhöhung des Geldbetrages von 2 % verbleiben wird.

Leute wie Constantin Freiherr Heeremann von Zuydtwyck, der sich zum Präsidenten des Bauernverbandes machen lassen konnte und die schlechte Lage der Bauern für seine eigenen Großagrarier-Interessen ausnutzen will, reden natürlich am liebsten nur von Durchschnittseinkommen. Nach den weniger zugänglichen Ergebnissen der Agrarstatistik, zusammengestellt in „Wirtschaft und Statistik" Nr. 10/76, stellt sich die Lage weniger harmonisch dar. Danach gab es 1974 in der Land- und Forstwirtschaft 1 083 020 Betriebe, die mehr als 1 Hektar bebauen. Davon wurde bei 40,4 % ein Betriebseinkommen von weniger als 4 000 DM im Jahr gezählt, bei 59,7 % unter 10 000 DM. Lediglich 15 % der Betriebe, in denen ja meist die ganze Familie arbeitet, hatten ein Betriebseinkommen, das über dem von Freiherr Heeremann angegebenen Durchschnittseinkommen liegt. Mag sein, daß die statistische Basis sich etwas unterscheidet, weil ein großer Teil der Bauern zugleich Arbeiter ist. Das ändert am Sachverhalt nicht viel, denn diese Bauern gehen in die Fabrik, weil die Landwirtschaft nicht genug zum Essen abwirft.

Aufgrund der recht groben Statistik kann man die Nutznießer etwa ab einem Betriebseinkommen – aus dem dann auch die Löhne zu zahlen sind – von 50 000 DM im Jahr rechnen. Das sind ganze 5 % aller Betriebe, 54 000 an der Zahl, und man weiß jetzt, weshalb die Bourgeois so gern vom „deutschen Landwirt" reden, und so sich selbst mit den kleinen Bauern in einem Atemzug nennen.

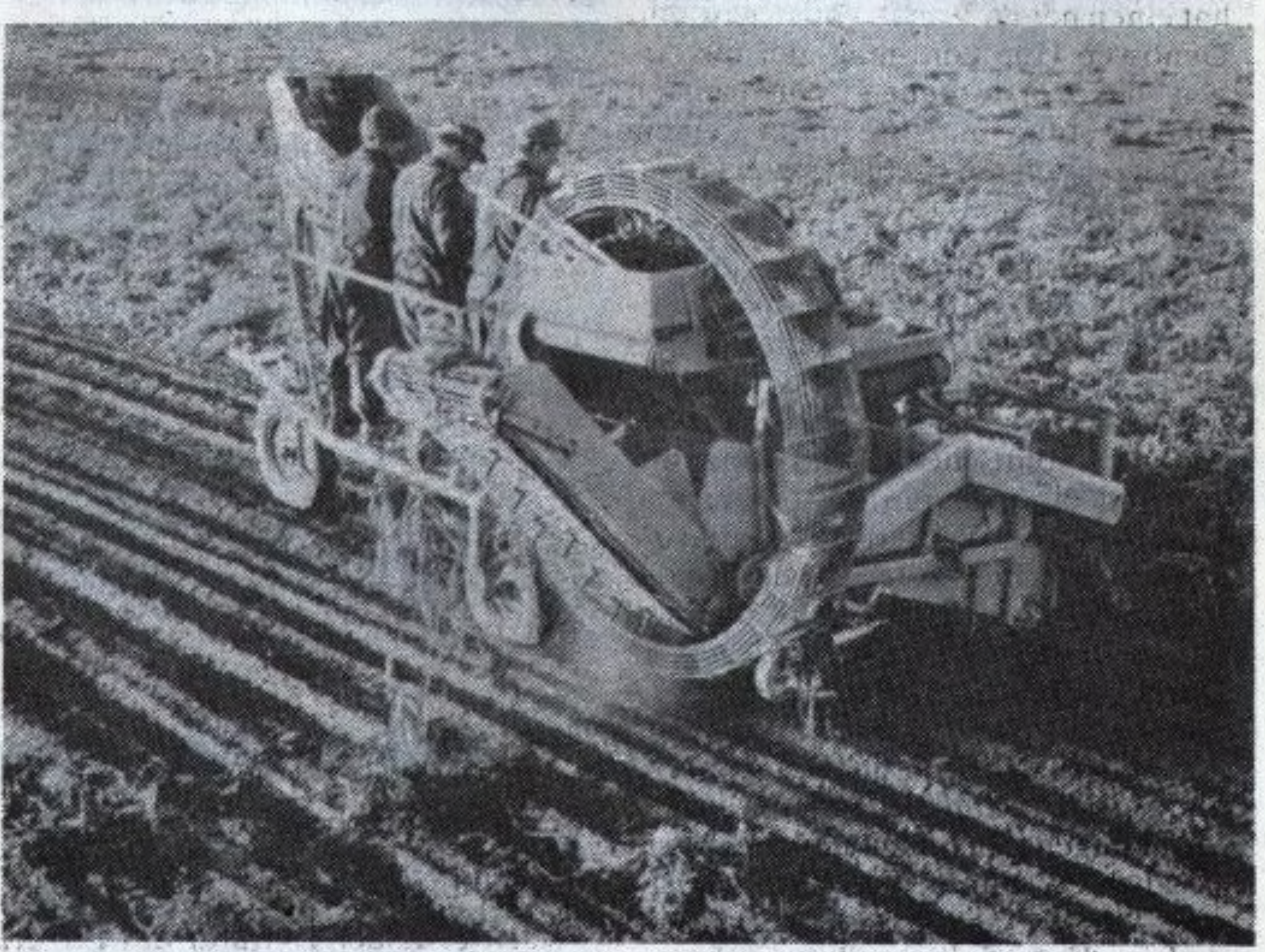
Daß die Preise für Nahrungsmittel gewaltig gestiegen sind, ist in jedem Geldbeutel ersichtlich. Man kann nicht viel einsparen am Essen, will man nicht verhungern. Was liegt da näher für die Bourgeois, als gleich den Bauern die Schuld für das sinkende Lebensniveau der Massen in die Schule zu schieben? In Wirklichkeit haben die selbstproduzierenden Bauern, die den größten Teil der Nahrungsmittel der Gesellschaft produzieren, selbst kaum zu essen. Sie werden erwürgt von den großen Herstellern der landwirtschaftlichen Betriebsmittel, den Nahrungsmittelkonzernen, Banken und Großagrariern. Die Einkaufspreise der landwirtschaftlichen Betriebsmittel wie Dünger, Maschinen usw. sind seit 1970 um rund 50 % gestiegen. Am selben Tag, wie die Presse über den Situationsbericht des Bauernverbandes berichtet, schreibt z.B. das „Handelsblatt" über einen solchen Konzern, die „Kleinwanzlebener Saatzucht AG": „Mit Saatgut weltweit gute Geschäfte gemacht." Um 18 % hat der Konzern seinen Umsatz gesteigert. Kaufen müssen das Saatgut die Bauern, 8 Millionen Mark an ausgewiesenem Profit streichen die Besitzer des Konzerns ein.

Auch auf der Seite der Absatzwege sind die Bauern wirtschaftlich abhängig vom großen Kapitalisten und einigen Monopolen der Nahrungsmittelindustrie und des Handels. Sie erpressen die Bauern durch direkte Lieferverträge oder auf Umwegen zu billigen Abgabepreisen und nehmen sie gemeinsam mit den Banken in die Zange. Wie der „Mannheimer Morgen" am 18.11. berichtet, hat die „Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher" errechnet, daß die Erzeugerpreise für mittlere und einfache Sorten der Kartoffeln seit Mitte Oktober um 20 bis 25 % gefallen sind, die Endverkaufspreise aber nur um 5 %. Die Differenz haben die Großhändler abgesahnt, die ohnehin schon den Preis nach oben getrieben und die Bauern mit den alten Lieferverträgen gedrückt hatten.

Man kann dazu den amtlichen Index für die Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel mit dem Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte vergleichen. Um die in der Landwirtschaft üblichen starken jahreszeitlichen Schwankungen auszuschalten, ist nur ein Vergleich auf Jahresbasis sinnvoll. Danach sind die Preise für Betriebsmittel von 1970 bis 1974 auf 131,1 % gestiegen, die Preise, die die Bauern für ihre Produkte gezahlt bekommen, auf 117,6 %. 1975 sind die Betriebsmittelpreise auf 138,7 % gestiegen, die Erzeugerpreise auf 133,2 %. Nicht berücksichtigt ist dabei natürlich, daß die Einkaufspreise für den kleinen Bauern schneller steigen als für den Großagrarier, er auf der anderen Seite schlechtere Verkaufspreise aushandeln kann.

Der Prozeß, der für die Volksmassen die Lebensmittel verteuert, führt ebenso zum Ruin der kleinen Bauern, wobei das in der Regel durch die Banken vollstreckt wird. Im letzten Jahr haben sie für dieses Geschäft von den verschuldeten Bauern rund zwei Milliarden DM an Zins kassiert. Kann der Bauer die Zinsen nicht mehr zahlen, muß er den Hof für einen Spottpreis an einen der Großbourgeois verkaufen. Um diesen Vorgang zu beschleunigen, hat die Regierung in den vergangenen Jahren allerhand Programme durchgesetzt. Jedesmal hat sie behauptet, die Landwirtschaft würde dadurch leistungsfähiger. Tatsächlich wurde nur der landwirtschaftlich genutzte Boden in weniger Händen konzentriert und hundertausende Bauern in die industrielle Reservearmee eingegliedert. Die EWG hat hier besonders segensreich für die Kapitalisten gewirkt. Von 1964 bis 1974 wurden im Rahmen der EG-Agrarpolitik in Westeuropa 2,637 Millionen selbständige Bauern enteignet. In Westdeutschland wurden in den letzten zehn Jahren pro Jahr rund 65 000 Bauern zur Aufgabe ihres Hofes gezwungen. Im letzten Jahr haben es die Bourgeois bloß auf etwa 4 000 gebracht. Das hängt sicher damit zusammen, daß das Lebensniveau der Arbeiterklasse, die ihre Arbeitskraft den Kapitalisten in der Industrie verkaufen muß, so stark gesunken ist und damit der Punkt, der einen Bauern in die Fabrik zwingt, noch tiefer liegt. Dies drückt ebenfalls auf das Lebensniveau der kleinen Bauern und man sieht, wie eng die Lage der Arbeiter und Kleinbauern zusammenhängt. Der Freiherr Heeremann hat zu dem Bericht seines Verbandes erklärt, er halte „Maßnahmen zur Sicherung des europäischen Agrarmarktes und der gesamten Gemeinschaft" für zwingend. Es ist sicher, daß die Finanzbourgeoisie die Ruinierung der Bauern beschleunigen wird und sie weiter nach unten drücken wird. – (fb)





Der Einsatz von Maschinerie wie hier eines Vollernters bei der Kartoffelernte erhöht die Produktivität der Arbeit in der Landwirtschaft gewaltig. Innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise jedoch bedeutet dies nur Elend und Ruin für die Kleinbauern. Und obwohl weniger Arbeitszeit zu ihrer Produktion notwendig ist, verteuern sich die Nahrungsmittel für die Volksmassen. Die Bauern sind die engsten Verbündeten der Arbeiterklasse. Die proletarische Revolution zerbricht die kapitalistischen Fesseln, die die Entwicklung der Produktivkräfte verhindern, und ermöglicht die freie Entfaltung der Produktion in der Industrie wie in der Landwirtschaft und zum gegenseitigen Nutzen.

Die Lohnabhängigen im Handel organisieren den Kampf gegen Lohnraub und kapitalistische Rationalisierung

Nach Aussage der Abteilung Tarifwesen der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen waren Mitte des Jahres rund 1 1/2 Millionen Beschäftigte im Bereich Handel ohne Tarifvertrag. Das sind mehr als die Hälfte der etwa 2,7 Millionen in diesem Bereich. In einigen Tarifbereichen dauern die tariflosen Zustände bereits bis zu 9 Monaten an. Die Sozialdemokraten schieben dies im Jammerton auf die „mangelnde gewerkschaftliche Organisationsstärke". Das ist eine direkte Verdrehung der Tatsachen und dient der Vertuschung ihrer klassenversöhnlerischen Politik.

Die HBV ist eine Gewerkschaft im Aufbau. Mit der fortschreitenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals, mit der Verschärfung der Ausbeutung, die Hunderttausende ins nackte Elend drückt, entwickelt sich sprunghaft der gewerkschaftliche Organisationsgrad (im Handel von 1971: 108 280 auf 1975: 164 072). Nur durch Zusammenschluß und Kampf können die Lohnabhängigen ihre Interessen durchsetzen. Dieses Bewußtsein setzt sich durch. Vorbei sind die Zeiten, in denen die Sozialdemokraten in der HBV nahezu widerstandslos ihre Politik der Unterwerfung unter die Bedingungen der Kapitalisten betreiben konnten. In den Tarifauseinandersetzungen dieses Jahres haben die Lohnabhängigen im Handel zunehmend Forderungen nach Festgeld, Tarifverträgen und uneingeschränktem Streikrecht aufgestellt, unter denen sie sich zusammenschließen und den Kampf gegen die Kapitalisten organisieren können. Diese Entwicklung ist den Sozialdemokraten verhaßt, sie fürchten und bekämpfen sie. Die Kapitalisten denken ihrerseits nicht daran, den kriecherischen Bitten und Kniefällen der Klassenversöhnler entgegenzukommen und „Zugeständnisse" zu machen. Sie wollen die Tendenz zur absoluten Verelendung weiter durchsetzen und verlangen die Unterwerfung. Die Arbeiter und Angestellten im Handel können und wollen sich nicht unterwerfen. Deshalb werden die Manöver der Sozialdemokraten immer niederträchtiger. Eines besteht darin, die Kraftentfaltung der Lohnabhängigen zu unterdrücken, Tarifabschlüsse monatelang hinauszuzögern – scheinbar gegen die Lohnraubforderungen der Kapitalisten, in Wirklichkeit jedoch zwecks Zersetzung der Einheit und Kampfkraft der Lohnabhängigen – dann über Nacht abzuschließen in Höhen, die nur um einige Mark monatlich über den Angeboten der Kapitalisten liegen, und schließlich die Lohnabhängigen ob ihrer „Schwäche" zu beschimpfen. Wenn die Kapitalisten Tarifabschlüsse hinauszögern und verhindern können, wenn sie den Lohnraub durchsetzen und die DAG nach Belieben zur Spaltung und Schwächung der Lohnabhängigen im Handel einsetzen können, dann ist das ein Umstand, den die Sozialdemokraten in der HBV zu verantworten haben. Für diese Verantwortung werden sie mehr und mehr zur Rechenschaft gezogen.

Die folgenden Korrespondenzen untersuchen, wie die Lohnabhängigen im Handel die Klassenversöhnung bekämpfen und sich auf Grundlage ihrer Interessen immer fester gegen die Kapitalisten zusammenschließen.



Die Mitglieder der HBV erheben überall die Forderungen nach Festgeldbeträgen, Tarifverträgen, Festlegungen gegen die unzumutbaren Arbeitsbedingungen. Auf dem Bild: Aktion der Fachgruppe Buchhandel vor der Frankfurter Paulskirche 1975)

Deutscher Gemeinde-Verlag Köln

Die Einheit der Belegschaft festigt sich im Kampf

Beim Deutschen Gemeindeverlag sind etwa 100 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Hauptsächlich werden Formulare und Gesetzestexte für die öffentlichen Verwaltungen hergestellt und vertrieben. Der Umsatz des Verlages ist in den letzten Jahren enorm gestiegen, von etwa 8 Millionen DM 1969 auf etwa 13 bis 15 Millionen DM 1975. Erreicht wurde diese Steigerung durch Erhöhung der Arbeitsintensität, Rationalisierung und vermehrte Schweißauspressung der Belegschaft. So werden z.B. im Deutschen Gemeinde-Verlag anläßlich von Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen Wahlformulare in Millionenauflage hergestellt. Dieses Stoßgeschäft ist eine enorme Profitquelle für die DVG-Kapitalisten. Bei diesen Stoßgeschäften erhöht sich der Arbeitsanfall regelmäßig schlagartig auf das Doppelte. Die Geschäftsleitung ordnet regelmäßig Überstunden an. Dabei sind die Löhne und Gehälter sehr niedrig und liegen zum Teil an oder unter dem Existenzminimum.

In seinem Geschäftsbericht stellte der Verlagsleiter fest, daß die diesjährige Umsatzentwicklung gegenüber dem Vorjahr rückläufig sei und daß die Rezession infolge der „Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand" inzwischen auch den Deutschen Gemeinde-Verlag ergriffen habe. Dieser Entwicklung könne man nur entgegenarbeiten, indem man neue Märkte erschließe, die Kosten im Betrieb erheblich vermittels Rationalisierungen reduziere, und daß vor allen Dingen die „Fehlleistungen" der Belegschaft eingeschränkt werden müßten. Der Bericht endete mit dem Aufruf an die Belegschaft: Man müsse jetzt verstärkt versuchen, den Karren gemeinsam aus dem Dreck zu ziehen.

Für diesen Bericht bekam der Verlagsleiter kein einziges Händeklatschen zu hören. Im Gegenteil, helle Empörung der Belegschaft schlug ihm entgegen. Es folgte eine ganze Reihe von Redebeiträgen von Kollegen, die entschieden die sogenannten Fehlleistungen der Belegschaft zurückwiesen und die wahren Ursachen der Umsatzrückläufigkeit aufzeigten, nämlich das herrschende Produktionssystem in diesem Lande. Diese Redebeiträge wurden von der Belegschaft mit großem Beifall bedacht. Die Diskussion ging dann zur diesjährigen Weihnachtsgeldregelung über.

Der Betriebsrat stellte fest, daß einer Reihe von Beschäftigten, die länger als 30 Tage krank gewesen seien, das Weihnachtsgeld erheblich gekürzt worden sei. Offensichtlich sei es so, daß verschiedene Kollegen sich schweren Operationen unterziehen mußten, die sogar zum Teil durch die Arbeit verursacht wurden, und dafür auch noch bestraft würden. Die Geschäftsleitung wurde von der Belegschaft aufgefordert, sofort Stellung zu beziehen. Sie mußte erklären, sie werde nächste Woche die Sache rückgängig machen und das Weihnachtsgeld voll auszahlen.

Günter Beyer, Sekretär der Ortsverwaltung Köln der HBV, hielt danach ein Referat zur Tarifauseinandersetzung. Seine Ausführungen liefen darauf hinaus, daß man sich keine allzu großen Hoffnungen machen dürfe über den kommenden Lohnabschluß, weil die gewerkschaftliche Organisierung noch zu schwach sei und die Arbeitgeber nicht zum Verhandeln über bestimmte Punkte bereit seien. Er plädierte für eine Forderung von 9,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt sowie mindestens 140 DM für die unterste Lohn- und Gehaltsgruppe. In der folgenden Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen für eine Festgeldforderung aus, die etwa 170 DM betragen müsse.

Diese Betriebsversammlung war ein guter Schritt vorwärts im Zusammenschluß gegen den DGV-Kapitalisten. Sie hat das Gerede der Sozialdemokraten Lügen gestraft. Es ist gelungen, der Geschäftsleitung auf dieser Versammlung die volle Auszahlung des Weihnachtsgeldes für alle abzuzwingen. Die Front der Belegschaft, den Lohnkampf mit einer Festgeldforderung zu führen, hat sich gefestigt. – (w, Köln)

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen schließt insgesamt rund 1 000 Tarifverträge ab. Bereits im Bereich Handel ist der Stand der Tarifabschlüsse fast unüberschaubar. Wir haben deshalb zumindest für die größeren Bereiche Einzelhandel und Groß- und Außenhandel die Laufzeiten der Tarifverträge zusammengestellt.

	Einzelhandel	Großhandel
Baden-Württemberg	31.3.1977	tariflos seit 31.3.1976
Bayern	31.5.1977	31.3.1977
Berlin	31.6.1977	30.4.1977, Laufzeit 7 Monate
Hessen	31.3.1977	31.1.1977
Hamburg	tariflos seit 28.2.1976	tariflos seit 30.4.1976
Schleswig-Holstein	tariflos seit 28.2.1976	30.4.1977
Niedersachsen	31.5.1977	30.4.1977
Rhein-Hessen	30.4.1977	tariflos seit 31.3.1976
Pfalz	30.4.1977	tariflos seit 31.3.1976
Saarland	30.6.1977	30.6.1977
Nordrhein-Westfalen	30.4.1977	31.12.1976

7 Monate Kampf für 135 DM

Heftige Kritik am Lohnraubabschluß

Hamburg. Bei knapp über 6 Prozent plus einigen Strukturverbesserungen schlossen die Sozialdemokraten einen halbjährigen Tarifkampf ab. Über sieben Monate standen die Beschäftigten aus Buchhandel und Verlagen im Tarifkampf für 135 DM. Einen Monat vor Beginn des Weihnachtsgeschäftes stand die Front wie im April, als der alte Tarifvertrag auslief und die Fachgruppenversammlung in der HBV fast einstimmig erstmals eine Festgeldforderung aufstellte. Ende Oktober war klar: Wenn die Kapitalisten kein entsprechendes Angebot machen, wird im Weihnachtsgeschäft gestreikt. Die Beschäftigten von Frensche hatten mit ihrem einstündigen Warnstreik gezeigt, daß im Buchhandel gestreikt werden kann. Eine Briefumfrage unter allen Gewerkschaftlern hatte im September eine 77-prozentige Bekräftigung der 135 DM-Forderung ergeben.

Noch im August, in der Urlaubszeit, fühlten sich die Kapitalisten stark genug für ein Lohndiktat. Als die HBV ihr 6-Prozent-Angebot nicht annahm, erklärten sie die Tarifauseinandersetzung für ergebnislos beendet und empfahlen den Mitgliedern des Buchhändler- und Verlegerverbandes, in ihren Betrieben Gehaltserhöhungen von maximal 6 Prozent zu diktieren. Die Beschäftigten im Buchhandel haben dieses Diktat mit ihrer Entschlossenheit, für die 135 DM zu kämpfen, wieder zu Fall gebracht. Anfang November mußten sich die Kapitalisten wieder verhandlungsbereit erklären. Ein Streik im Weihnachtsgeschäft, das ist ihr Alptraum, denn in der Weihnachtszeit verdoppelt sich ihr Umsatz.

Der Lohnkampf war also möglich. In dieser Situation sprangen die Sozialdemokraten und DKP-Revisionisten in HBV-Vorstand und Tarifkommission den Kapitalisten bei. Am 8. November schlugen sie bei knapp über 6 Prozent plus einigen Strukturverbesserungen ein. Die Fachgruppe Buchhandel der HBV beschloß auf ihrer Sitzung am 26. November eine Mißbilligung des Abschlusses und eine scharfe Kritik an HBV-Vorstand und Tarifkommission:

„Wir mißbilligen den Tarifabschluß. (...) Der Abschluß entspricht keineswegs dem, wofür wir sieben Monate lang eingetreten sind und gekämpft haben. Wir haben 135 DM für alle gleich gefordert. Der Abschluß liegt für die Masse der Kollegen zwischen 65 und 110 DM. (...)

Für die nächste Tarifrunde halten wir fest:

1. Es muß erneut eine Festgeldforderung aufgestellt werden, die diesmal aber über 135 DM liegen muß, da der jetzige Tarifabschluß für viele Kollegen die gestiegenen Lebenshaltungskosten gar nicht aufwiegt. (...)"

Trotz der Niederlage, in die die Sozialdemokraten die Lohnbewegung geführt haben, war der siebenmonatige Tarifkampf ein Schritt voran im Zusammenschluß der Beschäftigten im Buchhandel. Erstmals wurden Kampfaktionen durchgeführt: Flugblattaktionen vor Buchhandlungen und ein Warnstreik bei Frensche. Die Fachgruppe der HBV ist in dieser Zeit von 240 auf 290 Gewerkschaftsmitglieder angewachsen. In mehreren Betrieben wurden im letzten Halbjahr Betriebsräte aufgebaut. Die guten Zeiten für die Kapitalisten, in denen sie den Lohn maßlos drücken konnten, sind vorbei.

Die Beschäftigten im Buchhandel schließen sich im Kampf gegen die wachsende Verelendung zusammen. – (j, Hamburg)

Vergleich des Tarifabschlusses im Buchhandel Hamburg vom 8. November mit dem 6-Prozent-Angebot vom August

Gehaltsgruppe	Berufsjahr	alter Tarif	Erhöhung bei 6 %	Erhöhung vom 8.11.	Differenz
B 1	1	950,00	57,00	110,00	53,00
	2	995,00	59,70	65,00	5,30
	3	1040,00	62,40	70,00	7,60
	4	1090,00	65,40	70,00	4,60
	5	1130,00	67,80	70,00	2,20
	6	1175,00	70,50	70,00	– 0,50
	7	1260,00	75,60	180,00	104,40
	8	1350,00	81,00	90,00	9,00
B 2	3	1170,00	70,20	90,00	19,80
	4	1200,00	72,00	85,00	13,00
	5	1255,00	75,30	75,00	– 0,30
	6	1315,00	78,90	80,00	1,10
	7	1370,00	82,20	80,00	– 2,20
	8	1434,00	86,04	186,00	99,96
	9	1520,00	91,20	100,00	8,80
B 3	1	1520,00	91,20	110,00	18,80
	2	1562,00	93,72	108,00	14,28
	3	1615,00	96,90	95,00	– 1,90
	4	1685,00	101,10	100,00	– 1,10

Mit einer einheitlichen Forderung Tarifvertrag erkämpfen!

Nachdem bereits seit letztem März tarifloser Zustand herrscht, die Kapitalisten sich weigerten, zu verhandeln, haben die Sozialdemokraten im Gewerkschaftsvorstand Flugblätter verteilt vor Kaufhäusern, in denen sie behaupten:

„Den Arbeitgebern ist der derzeitige Zustand nicht angenehm und ganz offenbar werden die Hamburger Arbeitgeber vom schlechten Gewissen geplagt. (...) Es muß auch den Arbeitgebern blamabel vorkommen, daß ihnen bewiesenermaßen vorgeworfen wird, ihren Beschäftigten Monatsgehälter zuzubilligen, die die vergleichbaren Monatsgehälter sogar in Klein- und Mittelstädten des übrigen Bundesgebietes unterschreiten. (...) Sehr geehrte Herren, wir setzen auf Ihre Einsicht und meinen, daß Sie sich als ehrbahre Kaufleute dieser Hansestadt nicht beschämen lassen sollten. Deshalb fordern wir Sie zur Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen auf und bitten Sie, mit uns eine Terminabstimmung für Verhandlungen ab Mitte November 1976 vorzunehmen."

Die Sozialdemokraten haben Anfang des Jahres eine breite Strömung für 135 DM für alle unterdrückt und im Oktober Aktionen durchgeführt, die sich nur an die Kunden wandten, aber nicht den Zusammenschluß der Lohnabhängigen im Einzelhandel bezweckten. Am 19. November sollten auf der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Einzelhandel neue Forderungen aufgestellt werden, um „Material für die Tarifkommission zu geben". Zum Zwecke der Spaltung wurden die Mitglieder von vornherein in verschiedene Gehaltsgruppen aufgeteilt, die jeweils verschiedene Forderungen aufstellen sollten. Das sollte den Sozialdemokraten Spielraum verschaffen für Manöver.

Herausgekommen ist zweierlei:

Es ist gelungen, die Arbeiter abzuspalten und ihnen eine Prozent-Forderung aufzupressen, ab 1. März 1976 8,5 Prozent, ab 1. März 1977 10,4 Prozent.

Daß aber auch bei den Arbeitern der Wunsch nach Einheit stark ist, zeigen die Forderungen nach Streichung der Lohngruppe 1 und der Lohnstaffel A in Lohngruppe 2 und 3. In der Lohngruppe 4 (Bedienungspersonal) wurde eine Erhöhung des Garantielohns auf 1 148 DM gefordert entsprechend Lohngruppe 2 Staffel B.

In der Lohngruppe K 2 (Verkäufer) wurde eine Forderung von 170 DM für alle aufgestellt. Das entspricht ausgehend von heute tatsächlich gezahltem DAG-Abschluß einem Endgehalt von 1 530 DM.

In den Lohngruppen K 3, 4 und 5 wurden Markbeträge um 200 DM gefordert. Auch das drückt den Wunsch nach einem einheitlichen Vorgehen aus.

Der Hauptamtliche Köpmann hat in Hamburg gesagt, daß erstens keine Festgeldforderungen aufgestellt werden dürfen, weil sie schon mal abgelehnt worden sind von der Mitgliederversammlung, und zweitens ginge es nicht, weil die ÖTV dieses Jahr auch Prozente fordert. Der Zusammenhang zwischen der Lohnbewegung im öffentlichen Dienst und im Einzelhandel besteht aber auch andersherum! In der ÖTV werden immer mehr Beschlüsse für 170 DM für alle gefaßt, und das spricht sich auch im Einzelhandel herum. – (pd, Hamburg)

Forderungsart

Am 16.12.76 will die Tarifkommission Nordwürttemberg/Nordbaden tagen und über die Forderungen der IGM für den Tarifkampf in der Metallindustrie beschließen. In verschiedenen Betrieben wie zum Beispiel bei Teldix in Heidelberg mit 170 DM sind Festgeldforderungen aufgestellt worden. Am 17.12. sollen in Nordrhein-Westfalen die Forderungen aufgestellt werden. Die Tarifkommissionen von Schleswig-Holstein, Hamburg, vom Unterwesergebiet und vom nordwestlichen Niedersachsen wollen am 14. und 15. Dezember Beschluß fassen. Am 6./7.12. will der Bezirksvorstand tagen und die „Marschrichtung" festlegen. Dies wurde auf einer Tarifkommissionssitzung in Bremen gesagt. Dort wurde kein Beschluß gefaßt, nachdem sich herausgestellt hatte, daß mehrere Mitglieder der Tarifkommission für eine Festgeldforderung von 1 DM oder 170 DM eintraten. Die „Marschrichtung" für die Metallindustrie in Norddeutschland geht aus den „Metallnachrichten für die Metallindustrie in Norddeutschland" hervor, die die Bezirksleitung Hamburg herausgibt. Vorausgegangen war eine Umfrage unter den Metallarbeitern in Schleswig-Holstein. In dieser Umfrage hatte sich die Mehrheit für eine Festgeldforderung ausgesprochen. In den „Metallnachrichten" werden jetzt folgende Forderungen propagiert: „Prozentuale Forderung für die Lohnempfänger ab der Ecklohngruppe und für die darunter liegenden Lohngruppen einen Geldbetrag, der dem der Ecklohngruppe entspricht. Prozentuale Forderung für die Angestellten und einen Mindestbetrag für die unteren Gehaltsgruppen. Forderung eines höheren Betrages für Auszubildende im 1. und 2. Ausbildungsjahrs als im 3. und 4. Jahr. Damit wollen wir die Differenz, die zwischen den einzelnen Stufen besteht, verringern." Über die Höhe sollen die Tarifkom-

Über die Höhe sollen die Tarifkommissionen auf ihren Sitzungen am 14. und 15. Dezember beschließen. Mit den Forderungen soll ein „wichtiger Schritt in Richtung Korrektur der Lohn- und Gehaltsunterschiede" gemacht werden, heißt es in den „Metallnachrichten". Mit ihrer Umfrage in Schleswig-Holstein hatte sich die Bezirksleitung alles offengehalten. Die Umfrage hat die Stärke der Bewegung für Festgeldforderungen gezeigt. Der Vorschlag der Bezirksleitung Hamburg stellt diese Stärke in Rechnung. Aus der Festgeldforderung hat sie eine Mindestforderung gemacht in Höhe des Geldbetrages der Forderung für Lohngruppe 6, gegenwärtig 7,47. Mit diesem Vorschlag hat sich die Bezirksleitung jetzt einen weiteren Spielraum verschafft für die Festlegung der Höhe. Da für die höheren Lohngruppen Prozente gefordert werden, glaubt die Bezirksleitung mit einer niedrigen Prozentforderung, sagen wir 8,5 Prozent, durchzukommen. Die bedeutet dann für die Lohngruppen 2 bis 6 rund 64 Pfennig. Das ist zu wenig. Von der Bezirksleitung sind die Forderungen zudem nicht dafür gedacht, ohne Abstriche durchgesetzt zu werden. Für die höchste Lohngruppe, die Lohngruppe 9 mit 9,94 DM, würde eine Forderung von 8,5 Prozent rund 85 Pfennig bedeuten. Auch das ist zu wenig und liegt unter der Mark, die viele Metallarbeiter für richtig halten und die auch von den Vertrauensleutekörpern mehrerer Belegschaften beschlossen worden ist. Kurz und gut: nachdem sich die Bezirksleitung durch die Form der unverbindlichen Umfrage alle Türen offenließ für die Festlegung der Forderungsart, will sie jetzt durch die vorgeschlagene Forderungsart alle Türen offenlassen für die Festlegung der Höhe der Forderung. Dagegen muß man sein. Es geht in dieser Lohnbewegung um die Festlegung einer Forderung, mit der die Einheit im Streik gegen die Kapitalisten möglich ist. Ohne Streik wird nichts gehen. Die Forderung der Bezirksleitung Hamburg ist unter einer Bedingung annehmbar: Auf den Ecklohn muß eine Mark gefordert werden. Die Sozialdemokraten sollen sich nicht herausreden dürfen, daß das dann fast 14 Prozent und viel zu viel sei. Die Mark ist nicht zu viel, sondern höchstens ausreichend. Von der Mark will die Bezirksleitung wegkommen mit ihrer Forderungssart. Man muß die Forderungsart nutzen, um die Markforderung durchzusetzen. Entsprechendes gilt für die Angestellten und die Lehrlinge. Stets kommt es auf die 170 bis 175 DM im Monat an. Sie ermöglichen die Einheit für den Streik.

Das Angebot der Kapitalisten ist eine Kampfansage

Klöckner Bremen. Bei den Stahlarbeitern auf der Klöckner-Hütte Bremen ist das „Angebot" der Kapitalisten auf einhellige Empörung und Ablehnung gestoßen. Schon die 8,5-Prozent-Forderung der Tarifkommission hat die Klarheit über die Notwendigkeit des Kampfes unter den Arbeitern verbreitet und gefestigt.

„Ich kann mit den 5 Prozent nicht einverstanden sein. Ich bin nach wie vor für einen Festbetrag von 1DM die Stunde oder von 170 DM im Monat", sagte ein Vertrauensmann. „Wir müssen dem Ganzen Nachdruck verleihen. Nicht diese laxen Verhandlungen, sondern wir müssen uns einig sein und müssen härter durchgreifen. Ein Streik würde uns sehr wohl nützen. Gerade weil wir die letzten Wochen und Monate praktisch durch eine Mühle gedreht werden. Alle Anlagen laufen, im Gegensatz zu früheren Zeiten, wo ein oder zwei Anlagen gestanden haben. Ein Streik schadet den Kapitalisten auf jeden Fall. Uns würde das gut tun."

Neben dem umverschämten „Angebot" der Kapitalisten vermeldeten die bürgerlichen Zeitungen am selben Tage und an den Tagen darauf, wie der bürgerliche Staat die lohnabhängigen Massen über die Mehrwertsteuer und Versicherungsbeiträge zu plündern gedenkt. In Bremen sollen am 1. Januar 1977 die Straßenbahntarife erhöht werden.

Ein Arbeiter, der sich für einen Warnstreik ausgesprochen hatte, meinte zu diesen Tariferhöhungen: „Das kriegen die nicht so einfach durch. Es gärt schon. Es wird nicht reichen, wenn nur Schüler, Lehrlinge und Studenten dagegen auf die Straße gehen. Von den etwa 500 000 Einwohnern Bremens müssen eigentlich an die 200 000 auf die Straße, denn es gibt kaum einen, der nicht dagegen ist. Aus den Betrieben müssen Proteststreiks organisiert werden. Dann kommen sie nicht durch."

Die Bourgeoisie nimmt die Arbeiterklasse von verschiedenen Seiten in die Zange. Die Arbeiter schließen sich dagegen zusammen und verbinden den wirtschaftlichen mit dem politischen Kampf. Das ist unvermeidlich so. Das wissen auch die Kapitalisten. Entsprechend verschärfen sie die Unterdrükkung. Im Betrieb sieht das so aus, daß man sich wirklich wie in einem Zuchthaus vorkommt. Wer dagegen aufmuckt und die Arbeiter gegen diese Verhältnisse zusammenschließt, wird rausgeworfen, notfalls mit der Polizei, wie vor einem halben Jahr ein Arbeiter am Hochofen, der Aufkleber zur Vertrauensleutewahl geklebt haben soll. (Der Kollege mußte jetzt wieder eingestellt werden.)

Vor einiger Zeit haben die Klöckner-Kapitalisten den Leiter des Werksschutzes ausgewechselt. Der Kommandeur dieser Abteilung ist jetzt ein pensionierter Kripodirektor! Waren die Werksschutzleute früher mehrheitlich Arbeiter, die sich vorher lange Jahre für die Kapitalisten geschunden hatten, so sind in den letzten Monaten zunehmend werksfremde, besonders ausgebildete Leute eingestellt worden, die die Arbeiter während der Arbeit und bei Feierabend beschnüffeln und bespitzeln, als seien die Arbeiter nichts als Diebe und zumindest potentielle Verbrecher.

Durch die Senkung des Lohnes wollen die Kapitalisten die Bedingungen schaffen, die es ihnen erleichtern, die Ausbeutung durch Rationalisierung und Verlängerung des Arbeitstages zu verschärfen. Dabei spielen sie laufend das eine gegen das andere aus. Daß jede technische Verbesserung in der Produktion nur auf die Knochen der Arbeiter geht, und zwar in physischer Hinsicht und im Hinblick auf die Lohntüte, diese Erfahrung haben gerade die Arbeiter am 80-Zoll-Walzgerüst im Kaltwalzwerk gemacht: Ein Arbeiter hatte einen Verbesserungsvorschlag gemacht, um die Arbeit zu erleichtern. Früher mußte einer bei dem entsprechenden Arbeitsvorgang um die halbe Anlage wetzen und mit anpacken. Durch den Verbesserungsvorschlag kann jetzt der zweite Walzer den ganzen Arbeitsvorgang von seinem Pult aus steuern. Der Betriebsleiter will deshalb gleich einen Mann abziehen. Die Arbeiter wehren sich dagegen, weil es für sie bedeuten würde, daß man kaum noch zur Toilette gehen kann, weil kein Ablöser da ist.

Jetzt versucht die Betriebsleitung zu spalten. Der zweite Walzer, der 1,30 DM weniger die Stunde kriegt als der erste, hatte unlängst eine Lohnerhöhung gefordert, weil auf seinem Steuerpult mehrere Schalter und Knöpfe dazugekommen sind. Das wurde von allen Arbeitern an der Anlage unterstützt, weil sie die große Lohnspanne zwischen erstem und zweitem Walzer nicht richtig finden. Dem zweiten Walzer ist jetzt von der Betriebsleitung nahegelegt worden, diesen Lohneinspruch zurückzuziehen, denn wenn er damit durchkomme, würde ihnen das zu teuer, und sie müßten den fünften Mann tatsächlich abziehen. Der Arbeiter hat das mit den anderen Arbeitern an der Anlage beraten, und sie haben beschlossen, den Lohneinspruch aufrechtzuerhalten. Dies zeigt besonders deutlich: Die Verschärfung der Ausbeutung führt unvermeidlich dazu, daß die Arbeiter sich noch enger zusammenschließen und den Kampf aufnehmen. (Klöckner-Zelle Bremen)



Ohne Streik kommt von den Kapitalisten nichts als Hohn. Das wissen die Stahlarbeiter. Einzelne Belegschaften haben gegen das 5 %-Angebot mit Streiks protestiert. Wenn die Fesseln der Sozialdemokratie – und eine dieser Fesseln ist die 8,5 %-Forderung – gesprengt werden, wenn sich die Arbeiter auf ihren Interessen gegen die Kapitalisten zusammenschließen, kommen die Kapitalisten mit ihren Lohnraubabsichten nicht durch.

Metallindustrie: Vorbereitung auf den Lohnkampf

Karmann Osnabrück. In der „Neuen Osnabrücker Zeitung" ließ der Kapitalist Karmann kürzlich wissen, daß er große Zugeständnisse hätte machen müssen, um Aufträge hereinzubekommen. Eins dieser „Zugeständnisse" ist, daß jetzt in jeder Gruppe ein Kalkulationsplan hängt, auf dem die Zeit angegeben ist, in der das Werkzeug fertig sein muß. Das dient den Meistern zur Antreiberei. An den neuen Werkzeugen müssen die Arbeiter in der Spätschicht zwei Stunden länger arbeiten. Samstags soll gearbeitet werden. Nachtschicht ist seit zwei Monaten die Regel geworden. Die Arbeiter werden zu „freiwilligen" Nachtschichten gezwungen, indem die Betriebsassistenten drohen, daß man ansonsten eine Betriebsvereinbarung mit dem sozialdemokratischen Betriebsrat abschließen würde, dann wäre Nachtschicht allgemein eingeführt. Ein großer Teil der ausgelernten Lehrlinge und derjenigen, die von der Bundeswehr wiederkommen, sind nicht im Werkzeugbau eingesetzt worden, sondern wurden ans Band oder in den Maschinenpark gesteckt.

In einer Werkzeugbauabteilung haben sich die Arbeiter zusammengeschlossen. Sie bereiten sich auf den Lohnkampf vor. Von 35 Arbeitern haben 25 eine Resolution unterschrieben, in der sie 1 DM mehr die Stunde verlangen. Die Arbeiter haben einen von ihnen beauftragt, diese Resolution auf der Betriebsversammlung in der nächsten Woche vorzutragen.

Iserlohn. Unter den Arbeitern der Abteilung Walzwerk bei Niebecker und Schumacher in Iserlohn werden die Forderungen diskutiert, unter denen der Lohnkampf geführt werden kann.

N & S ist ein Kleinbetrieb mit zirka 80 Beschäftigten, wo in der Hauptsache Messingkleinprodukte und Messingbänder hergestellt werden. In allen Abteilungen ist die Bezahlung schlecht. In der Stanzerei, wo fast nur Frauen beschäftigt sind, liegen die Löhne zwischen 6 und 7 DM, was zwischen 700 und 800 DM netto ausmacht. In der Abteilung Walzwerk, wo die Messingbänder hergestellt werden, ist die Mehrzahl der Arbeiter in Lohngruppe 4 eingestellt, wo sie mit außertariflichen Zuschlägen 8 DM Stundenlohn erhalten. Die Walzer und Fertigwalzer sind in Lohngruppe 5 oder 6, was 8,40 bzw. 8,90 DM sind.

Der Bruttoverdienst für einen Walzer in Lohngruppe 6 beträgt zirka 1 500 DM. Davon bleiben netto etwas über 1 100 DM übrig. „Allein kann ich meine Familie von dem Lohn nicht ernähren. Meine Frau muß mitarbeiten. Um die beiden Kinder kümmert sich die Schwiegermutter", sagt der Walzer.

Eine anständige Lohnerhöhung muß her. Das wissen die Arbeiter und diskutieren darüber. Die Absichten der Kapitalisten, eine Lohnsenkung zu betreiben und den Arbeitern den Köder „Vermögensbildung" hinzuwerfen, und die Bemühungen der Sozialdemokraten, die Arbeiter zum Schlucken dieses Köders zu bewegen, sind erkannt. „Das mit dem 624 DM-Gesetz ist doch Schwindel. Wenn wir das Geld in die Hände kriegen, ist es sowieso nichts mehr wert. Die Banken machen den Schnitt dabei. Sie haben das Geld sieben Jahre lang und machen damit Gewinne. Die Banken haben noch nie soviel verdient wie im letzten Jahr." Auch die erklärte Absicht der Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung, die Arbeiter mit einer Prozentforderung den Lohnkampf führen zu lassen, wird abgelehnt. „Prozentforderungen sind Mist, eine Festgeldforderung muß her. Bei Prozentforderungen sind die unteren Lohngruppen die Beschissenen. Wenn einer 2 000 DM verdient, macht die Lohnerhöhung dann schon doppelt soviel aus wie bei einem, der 1 000 DM verdient. Die Unterschiede werden immer größer."

Die Forderung nach 1 DM für alle gleich ist die Forderung, die ein Absinken der unteren Lohngruppen ins Elend verhindert und der Spaltung der Arbeiter entgegenwirkt. Unter dieser Forderung ist der Zusammenschluß im Lohnkampf möglich. Das wissen auch die Arbeiter: „Die Forderung nach einer Mark für alle gleich ist richtig." Die Mehrzahl der Arbeiter im Walzwerk hat sich für die Forderung ausgesprochen. – (p., Zelle Iserlohn)

Bei Thyssen Edelstahl in Witten, Thyssen in Wengern, Thyssen Niederrhein, Thyssen-Hütte Duisburg (Werk Meiderich) und in den Krupp Hüttenwerken in Duisburg wurde gegen das unverfrorene Lohnraubangebot der Stahlkapitalisten gestreikt. Am Montag versammelten sich 300 Arbeiter der Frühschicht der August-Thyssen-Hütte Duisburg-Meiderich zwischen 9 Uhr 15 und 9 Uhr 30 und verabschiedeten eine Resolution: „Angesichts der schon geringen Forderung von 8,5 %, die kaum den Reallohnverlust abdeckt, empfinden wir das Angebot des Unternehmerverbandes als eine Herausforderung." In Witten legten 500 Arbeiter der Edelstahlwerke Witten am Dienstag Vormittag die Arbeit nieder und zogen durch das Werk bis zur Unternehmensverwaltung. Anschließend verließen 500 das Werk und versammelten sich vor dem Gewerkschaftshaus.

Nach der Übernahme der Rheinstahl AG durch Thyssen wurden die Profite innerhalb eines Jahres kräftig „saniert". Bei Kurzarbeit und Wegrationalisieren von 2 800 Arbeitsplätzen (zirka 6 Prozent) stieg der an den Thyssen-Konzern abgeführte Gewinn von 5,8 Millionen DM auf 48,3 Millionen DM. Weitere „Sanierungsmaßnahmen" sind beschlossen: bei der Waggon Union in Berlin und Siegen sollen 150 Lohnabhängige entlassen werden, bei Thyssen Klönne 120, bei den Emdener Nordseewerken 1 500 bis 2 000.

Nürnberg. Im Maschinen- und Apparatewerk Siemens Nürnberg (5 000 Beschäftigte) sollen die Arbeiter in der Woche vom 3. bis 7.1.1977 kurzarbeiten. Den Angestellten wurde „empfohlen", „neuen Tarifurlaub zu nehmen". Sie müssen eine Erklärung unterschreiben, daß sie damit einverstanden sind. Zwischen Weihnachten und Neujahr muß die Belegschaft Zwangsurlaub nehmen.

Westberlin. Bei Siemens Westberlin sollen im laufenden Geschäftsjahr über 1 400 Arbeiter entlassen werden. Die Siemens-Kapitalisten haben die Einführung neuer Produktionstechniken dazu genutzt, seit Frühjahr 1975 2 800 Lohnabhängige aus den Bereichen Daten- und Nachrichtentechnik in Westberlin auf die Straße zu setzen. Gleichzeitig wird die Ausbeutung gesteigert – im Hausgerätewerk zum Beispiel wurde am Band 082 die Stückzahl von 210 auf 365 erhöht –, werden die Löhne gedrückt: Arbeiter, die werden die Löhne gedrückt: Arbeiter, die als Montierer in der Fernschreiberfabrik auf 9,45 DM gekommen sind, verdienen nach Umsetzung ins Hausgerätewerk im Gruppenakkord 8,32 DM. Die Angriffe der Siemens-Kapitalisten sind Grundlage ihres imperialistischen Programms der „dauerhaften Durchdringung des Weltmarktes" (Geschäftsbericht).

Siemens Bruchsal. Am 24.11. haben erneut Arbeiter von Siemens Bruchsal für eine Stunde gestreikt, um die Geschäftsleitung zu zwingen, die beabsichtigten Entlassungen zurückzunehmen. Nach Verhandlungen zwischen Betriebsrat, IG Metall, Siemens-Geschäftsleitung, Arbeitgeberverband und Arbeitsamt wurde am Montag folgendes Ergebnis bekannt: Die 33 Entlassungen im Werkzeugbau und die 36 Entlassungen in der Schlosserei werden vorläufig zurückgenommen. Das ist ein erster Erfolg. Er ist von den Kapitalisten nur in niederträchtiger Absicht zugestanden worden. Das Ergebnis bleibt weit hinter den Forderungen der Siemens-Arbeiter zurück (siehe KVZ Nr. 46): Die Bezahlung der Streiktage ist noch nicht durchgesetzt. Die Rücknahme der Kündigungen ist befristet bis zum 30.5.1977! Sie ist außerdem beschränkt auf Werkzeugbau und die größte der vier Abteilungen der Schlosserei. Durch Spaltung der Belegschaft versuchen die Kapitalisten, ihre Absichten bei den Verschärfung der Ausbeutung letzten Endes doch noch durchzusetzen.

Siemens Braunschweig. Ab 1. Oktober ist die Fertigung des mechanischen Fernschreibers drastisch eingeschränkt worden. Im gleichen Maß, wie die Fertigung des neuen elektronischen Fernschreibers in Westberlin anläuft, wird die Braunschweiger Fertigung abgebaut. Bisher 170 Arbeiter verloren ihren Arbeitsplatz in der Fertigung, bis 1978 sollen nochmals 170 wegrationalisiert werden. Umsetzungen sind zumeist mit großen Lohneinbußen verbunden.

Auf der Sitzung am 29.11. sprach sich die große Mehrheit der anwesenden Vertrauensleute für eine Festgeldforderung für den Lohnkampf aus. Als Höhe wurde ein Betrag von etwa 70 Pfennig in der Stunde festgelegt. Außerdem soll ein Tag mehr Urlaub gefordert werden. In Braunschweig hat sich damit die überwiegende Mehrheit der Metallbetriebe für eine Festgeldforderung ausgesprochen.

Die Direktinvestitionen der deutschen Elektroindustrie im Ausland sind im ersten Halbjahr 1976 um 5,7 % auf 4,67 Milliarden DM angewachsen. 70 % der Investitionen zu dieser Zeit entfallen auf die Entwicklungsländer (in der gesamten Industrie 37 %). Die Gier nach Höchstprofit treibt die Kapitalisten um die Welt. Kapitalexport betreiben sie zur Sicherung der Märkte und von Rohstoffbasen, zur Ausbeutung immer neuer, billiger Arbeitskräfte. Herausgepreßt sind diese ungeheuren Werte aus den Arbeitern in Westdeutschland. Ihre Ausbeutung wurde und wird enorm verschärft. Die Zahl der Beschäftigten der 3 großen Elektrokonzerne wurde von 1971 bis 1975 um 12 % gedrückt, während der Umsatz pro Beschäftigtem um 48 % stieg.

VW Hannover. Seit den Werksferien wurden im CKD-Bau bei VW zirka 700 Arbeiter umgesetzt, ungefähr die Hälfte der alten CKD-Belegschaft. Sie wurden in die Fertigung gesteckt. Das CKD bereitet den Versand und Export von Rumpfmotoren, zerlegten Wagen und Einzelteilen vor. In diese Abteilung wurden vielfach Arbeiter versetzt, deren Arbeitskraft in der Produktion und durch den Akkord schon weitgehend verschlissen war. Durch die Umsetzung werden diese Arbeiter wieder in die Produktionsschlacht geworfen. Für viele Arbeiter bedeutet diese Umsetzung den frühzeitigen Tod.

Nachdem am Band 3 die Stückzahl von 49 Transportern auf 57 heraufgesetzt war, haben die Arbeiter, als 8 von etwa 25 im Urlaub waren, immer noch 40 Transporter pro Schicht geschafft. Der Meister verlangte 42 statt 40. Die Arbeiter führten eine Versammlung durch, auf der die Erhöhung einmütig abgelehnt wurde. „Entweder 40 oder das Band wird abgestellt." Die Stückzahl wurde nicht erhöht.

Frankfurt. In der Leiterplattenfertigung bei Hartmann & Braun Praunheim haben 29 Frauen, die alle in Lohngruppe 2 arbeiten, mit ihrer Unterschrift die Abschaffung der Lohngruppe 2 gefordert. In dieser Abteilung arbeiten überwiegend Frauen, über die Hälfte davon in Lohngruppe 2. Von den Vertrauensleuten wurde die Forderung auf ihrer letzten Sitzung einstimmig unterstützt.

Darmstadt. Im Metallbetrieb Schenck haben in einer Abteilung 54 Arbeiter die Forderung nach 170 DM mehr für alle unterschrieben.

Frankfurt. Nachdem die drei Großbanken und der Warenhauskonzern Karstadt das Versandhaus Neckermann aufgekauft haben, gehen sie zielstrebig an die Sanierung der Profite. Um ihre Absichten durchzusetzen, versuchen sie von vorneherein, den Widerstand der Lohnabhängigen bei Neckermann zu brechen. Zwei Tage, nachdem bei Neckermann und Reisen (NUR) die Vertrauensleute auf Grundlage eines Programmes, das die Rationalisierungsabsichten der Imperialisten angreift, gewählt wurden, hat die Geschäftsleitung zwei der Vertrauensleute unter fadenscheinigen Vorwänden fristlos gekündigt, darunter den 2. Sprecher der Betriebsgruppe. Die Entlassungen stoßen auf große Empörung. Am Tag nach der Entlassung wurden vor dem Betrieb 34 KVZ verkauft.

Heidelberg. Bei der Firma Goedecke haben sich in einer Abteilung 29 Arbeiter und Angestellte einheitlich für einen Festgeldbetrag von 150 DM für alle ausgesprochen. Dies bekräftigten sie in einer

Heidelberg. Bei der Firma Goedecke haben sich in einer Abteilung 29 Arbeiter und Angestellte einheitlich für einen Festgeldbetrag von 150 DM für alle ausgesprochen. Dies bekräftigten sie in einer
Resolution an die Gewerkschaft HBV mit ihrer Unterschrift. Die Gewerkschaft HBV wurde beauftragt, diese Forderung in den anstehenden Tarifverhandlungen gegenüber den Kapitalisten zu vertreten. Unter anderem heißt es in der Resolution: „Wir Kollegen mußten bei der letzten Tariferhöhung mit dem 5,4 %-Abschluß einen Reallohnabbau hinnehmen. Dies wurde durch die dauernd steigenden Lebenshaltunskosten durch Inflation und steigende Preise noch verstärkt. Für uns Arbeiter und Angestellte ist es jedoch lebensnotwendig, unsere Arbeitskraft voll zu erhalten und diese so teuer wie nur möglich zu verkaufen. Um dieses zu erreichen, gilt es den Lohnkampf zu führen. Dieser Lohnkampf kann nur durch die geschlossene Einheit der Kollegen zum vollständigen Erfolg führen."

Wiesbaden. Am 23.11. fand die 3. ordentliche HBV-Delegiertenkonferenz statt. Vertreten waren Delegierte aus allen Bereichen der HBV in Wiesbaden. Für die Tarifkämpfe 1977 und 1978 wurde ein Antrag beschlossen, in dem die rechtzeitige Vorbereitung der Lohnbewegung durch die Mitglieder und die Notwendigkeit einer Festgeldforderung festgehalten ist. Beschlossen wurde ebenfalls, diesen Antrag an die Tarifkommissionsmitglieder weiterzuleiten. Die Delegierten beschlossen weiter einen Antrag, in dem abgelehnt wird, daß das „Rentendefizit auf Kosten der Kollegen durch weitere Steuer- und Sozialversicherungs- oder Krankenkassenbeitragserhöhungen abgedeckt werden soll".

Kelsterbach/Main. Bei ENKA Glanzstoff, das zum niederländischen Akzo-Konzern gehört, wird die Strumpfgarnproduktion eingestellt. Vorgesehen ist die Stillegung der Anlagen für Nylonstrumpfgarn, das neben anderen Produkten in Obernburg bei Aschaffenburg und Kelsterbach/Main hergestellt wird. Davon sind insgesamt 200 Arbeiter betroffen. Auf einer Vertrauensleutekonferenz soll über die Forderung „Keine Entlassungen!" und über Kampfmaßnahmen beraten werden.

Nach BASF haben auch Hoechst und Bayer ihre Zwischenbilanzen über die ersten drei Quartale 1976 veröffentlicht. Beide Konzerne melden große Erfolge bei der Schweißauspressung der Arbeiter. Der Gewinn vor Steuern stieg bei der Hoechst AG um 92,7 Prozent auf 636 Millionen DM. Gleichzeitig wurde die Belegschaft durch Entlassungen um 1,7 Prozent gedrückt. Bei der Bayer AG stieg der Gewinn vor Steuern von 303 Millionen DM 1975 (die ersten drei Quartale) auf 630 Millionen DM, um 108 Prozent also, bei Bayer Welt von 357 Millionen DM auf 904 Millionen DM (153 Prozent).

Anhänge zum Druckmanteltarif

Den 7-Stunden-Tag weglassen heißt die Einheit verhindern

Zum 31.12. sind die Anhänge zum Druckmanteltarif gekündigt. Anfang November hat die IG Druck ihre Forderungen veröffentlicht. Während die Druckkapitalisten die Ausbeutung durch Einführung neuer Produktionstechniken, Ausweitung der Schichtarbeit und Verlängerung des Arbeitstages gewaltig steigern, wie die Korrespondenz der Zelle Wiesbadener Graphische Betriebe untersucht, unterdrücken die Sozialdemokraten jede Forderung, unter der sich die Arbeiter gegen die Kapitalisten zusammenschließen und dem Verschleiß der Arbeitskraft durch Zwangsgesetze Schranken setzen können. Sie zersplittern durch ihre Forderungen die Druckarbeiter in die einzelnen Berufssparten, wirken der Spaltung von Hilfs- und Facharbeitern nicht entgegen und verhindern damit die notwendige Einheit für die kommenden Auseinandersetzungen. So verlieren auch einzelne richtige Forderungen ihren Sinn, weil sie unter diesen Bedingungen nicht durchgesetzt werden können. Mit der Forderung nach 1 Stunde bezahlter Pause für *Schicht*arbeiter wollen sie die Forderung nach dem 7-Stundentag, den die Arbeiterklasse von den Kapitalisten erzwingen muß, unterlaufen. Mit der Forderung nach 5 Minuten Pause für alle, die ihre Maschinen nicht verlassen können, geben sie dem Heißhunger der Kapitalisten weiter Raum, die unbezahlte Mehrarbeit ständig zu erhöhen, wie die Korrespondenz der John-Deere-Zelle zeigt, die die Erfahrungen der Metaller mit dem Lohnrahmen II seit 1974 untersucht. Deshalb ist es nötig, daß die Druckarbeiter an den Forderungen festhalten, die sie auf den Mitgliederversammlungen beschlossen haben:

7-Stundentag! Verbot der Überstunden!

Wie kann man dieser unersättlichen Gier der Kapitalisten, die vor keiner Rücksicht halt macht, anders Schranken setzen als durch ein Zwangsgesetz und die Festlegung in den Anhängen, daß der Arbeitstag sieben Stunden nicht überschreiten darf, daß Überstunden und Schichtarbeit verboten werden müssen? Diese Forderungen, vor allem die Forderung nach dem Siebenstundentag, haben eine breite Basis unter den Druckarbeitern. Unter diesen Forderungen können sie sich zusammenschließen und den Kampf um ausreichende Festlegungen in den Druckmanteltarifanhängen erfolgreich führen. – (Zelle Wiesbadener Graphische Betriebe)

Der Verschleiß der Arbeitskraft ist enorm

Wiesbadener Graphische Betriebe. Die Kapitalisten sind unersättlich in ihrem Bestreben, die unbezahlte Mehrarbeit, die sie aus den Arbeitern herauspressen, zu vergrößern. Dazu ruinieren sie rücksichtslos die Arbeitskraft.

Bei den Filmtastern an den Mono-E-Perforatoren in den Wiesbadener Graphischen Betrieben z.B. ist die Arbeitshetze enorm. 5 700 Buchstaben müssen pro Stunde geschafft werden. Acht Arbeiter arbeiten in Wechselschicht. „5 700 Buchstaben stündlich" fordern die Sozialdemokraten in ihren Forderungen zu den Anhängen, und „an allen Geräten mit Schreibmaschinenklaviatur eine Stundenleistung von 8 000 Zeichen". Was soll daran „human" sein? Durch die enorme Konzentration ist der Verschleiß von Sehkraft, Hirn und Nerven bei den Arbeitern äußerst hoch. Nach drei Stunden wird es immer schwieriger, das Tempo zu halten. Sie müssen die ersten Stunden, wo sie noch ausgeruht sind, weit über die Norm kommen, um das Soll zu erreichen. Denn in den folgenden

wird es immer schwieriger, das Tempo zu halten. Sie müssen die ersten Stunden, wo sie noch ausgeruht sind, weit über die Norm kommen, um das Soll zu erreichen. Denn in den folgenden

Stunden macht sich der Verschleiß bemerkbar, das Tempo kann nicht mehr gehalten werden. Immer wieder verlangen die Kapitalisten Überstunden. Von der Frühschicht wird jeden Samstag sechs Stunden gearbeitet. Eine Schicht, vier Arbeiter, hat sich geweigert, in der Spätschicht Überstunden zu schuften.

Unersättlich sind die Kapitalisten auch bei der Ausweitung der Schichtarbeit. Zum Beispiel wurde bei den Wiesbadener Graphischen Betrieben im Auftrag der Deutschen Bundespost das „Kraftfahrerecho" in knapp fünf Tagen mit Zweierschicht durchgejagt. Für die Kapitalisten ein fetter Brokken. Für die Hilfsarbeiter hieß das, bei einem Lohn von 8,44 DM und einer Schichtzulage von 9,28 DM pro Spätschicht noch und noch Papier umstapeln: 16 Tonnen Papier in knapp fünf Tagen, pro Schicht zwei Tonnen Papier, die von zwei Hilfsarbeitern umgestapelt werden mußten. Dazu standen sie noch in einer Wolke von Bestäubungsmitteln.

Tagen, pro Schicht zwei Tonnen Papier, die von zwei Hilfsarbeitern umgestapelt werden mußten. Dazu standen sie noch in einer Wolke von Bestäubungsmitteln.

„Humanisierung" durch Fünfminutenpause?

John Deere Mannheim. Vor drei Jahren wurde in Nordwürttemberg/Nordbaden in der Metallindustrie die Fünfminutenpause pro Stunde für die Akkordarbeiter eingeführt (Lohnrahmentarifvertrag II). Damals haben sich die Sozialdemokraten in der IG-Metall-Führung fast überschlagen vor Lobpreisungen über diese „Humanisierung", diesen „Meilenstein in der Geschichte der Tarifbewegung" (IG-Metall-Bezirksleiter Steinkühler). Heute traut sich von den Sozialdemokraten keiner mehr, in den Metallbetrieben von Nordwürttemberg/Nordbaden solch goldene Worte über die Pausenregelung zu verlieren.

Was ist denn dabei rausgekommen? Gleich mit der Einführung der Pausen ist die vorher bezahlte Zehnminuten-Frühstückspause angerechnet worden. Da waren's nur noch dreißig Minuten.

Bei den Akkordarbeitern an den Einzelmaschinen hat sich dann „herausgestellt", daß in den Vorgabezeiten bei John Deere bereits drei Minuten pro Stunde Erholzeit drin war (5 Prozent der jeweiligen Stückzeit). Auch diese 24 Minuten pro Tag, von denen seltsamerweise kein Arbeiter was wußte und die auch nirgends zu 24 Minuten Pause geführt hatten, weil die Vorgabezeiten dazu viel zu knapp waren, wurden angerechnet. Blieben etwa 6 Minuten Pause, die sich auf dem Tagesarbeitszettel mit ein paar Pfennig „Pausenabgeltung" bemerkbar machen.

Das ganze Ergebnis der „Erholzeit" war dies, daß man im Akkord noch schneller schaffen mußte, damit man seine Pausen bekam. In einigen Abtei-

chen.

Das ganze Ergebnis der „Erholzeit" war dies, daß man im Akkord noch schneller schaffen mußte, damit man seine Pausen bekam. In einigen Abtei-

lungen haben die John-Deere-Kapitalisten das dann gleich so geregelt, daß nur die Frühstückspause und die 10.30-Uhr-Pause mit insgesamt 25 Minuten geschlossen gemacht werden, die restlichen fünf Minuten sind „individuell" zu nehmen. Dann fällt's nicht so auf, daß viele Akkordarbeiter noch gut eine Viertelstunde ihrer Pausenzeit schaffen müssen, um auf ihren Akkord zu kommen. Im Gruppenakkord, an den Montagebändern, ist gleich nach Abschluß des Lohnrahmen II die Bandgeschwindigkeit ruckartig in die Höhe gegangen. Anfang 1974 liefen täglich 135 Schlepper übers Band, am Ende des Jahres waren es bereits 165, ohne daß die Bandbelegung erheblich vergrößert wurde. Heute laufen bereits 190 Schlepper täglich übers Band.

„Du kannst dich gerade hinhocken und verschnaufen, vielleicht einen Kaffe vom Automaten holen, und dann geht's wieder los. Du brauchst die Pause, sonst kannst du das Tempo gar nicht durchhalten. Mit der Pause drehen sie das Arbeitstempo weiter hoch. Aber erholen? Einen Dreck!" Das sagt jeder Arbeiter am Band.

Die Intensivierung der Arbeit und die Ruinierung der Arbeitskraft haben seit der Fünfminutenpause nicht ab- sondern gerade zugenommen. Entscheidend ändern können nicht solche Pausenregelungen, sondern nur Arbeitszeitverkürzung daran etwas. Die Forderung nach dem Siebenstundentag gewinnt gerade durch die Erfahrung mit den Fünfminutenpausen verstärkt an Boden in der Belegschaft. – (Zelle John Deere Mannheim)

Forderung nach dem Siebenstundentag gewinnt gerade durch die Erfahrung mit den Fünfminutenpausen verstärkt an Boden in der Belegschaft. – (Zelle John Deere Mannheim)

Rhein-Plastic-Rohr Mannheim

„Damit ihr überlebt, sollen wir untergehen!"

Unter den Herstellern von Kunststoffrohren tobt eine erbitterte Konkurrenzschlacht. Die imperialistische Krise hat bei ihnen zu einer Umsatzeinbuße von 15 Prozent geführt. Die Schlacht um die Marktanteile wird im wesentlichen ausgetragen zwischen Thyssen, Shell und dem französischen Konzern Mousson Lancy. Die Firma Rhein-Plastic-Rohr in Mannheim gehört zum Konzern von Mousson Lancy. Sie hat gegen ihre stärkeren Konkurrenten erhebliche Umsatzeinbußen einstecken müssen. Ihr Umsatz ist von 18 Millionen 1974 auf 12 Millionen 1975 runtergesackt. Die Produktion mußte zeitweilig im Rohbereich um 54 Prozent gedrosselt werden. Der Absatz für Ende August 1976 ist gegenüber dem Vorjahr um weitere 7 Prozent runtergegangen. Jetzt haben die Kapitalisten im November eine Woche Kurzarbeit angemeldet. Zwei weitere sollen folgen.

Für die Belegschaft bedeutet die Krise Steigerung der Ausbeutung ins Maßlose, wachsende Verelendung und die Ruinierung der Arbeitskraft. Die Schichten in der Rohrzieherei sind von 18 auf 11 Arbeiter abgebaut. Geblieben sind die 23 Extruder, die im Dreischichtbetrieb rund um die Uhr gefahren werden. Immer wieder versuchen die Kapitalisten den Schichtbetrieb in der Rohrzieherei und beim Spritzguß auch auf Samstag und Sonntag auszudehnen. Da machen viele nicht mehr mit.

Die gesteigerte Arbeitshetze hat zu einem Ansteigen des Krankenstandes um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr geführt. Eine Untersuchung hat ergeben, daß jeder Zweite durch den Lärm der Maschinen hörgeschädigt ist. Die gesetzlich festgelegte Armutsgrenze für eine Arbeiterfamilie mit zwei Kindern liegt bei 1 300 DM. Ohne die Schichtzulagen kommen die Arbeiter in der Rohrzieherei und im Spritzguß kaum über 1 000 DM. Und wenn man sich in Frühschicht, Mittelschicht und Nachtschicht von den Kapitalisten die Knochen hat auspressen lassen, dann ist man netto grade über die 1 300 DM-„Armutsgrenze" rausgekommen.

Das reicht noch nicht, sagen die Kapitalisten. Bis aufs Mark müssen die Knochen der Arbeiter ausgepreßt werden. Dazu haben sie jetzt auf einer Betriebsversammlung ein „Krisenprogramm" vorgelegt, das u.a. vorsieht: die „Lastenreduzierung im Personalaufwand", d.h. den Abbau der Belegschaft und den Druck auf den Lohn; Kurzarbeit für mindestens drei Wochen, damit Bereicherung der Kapitalisten aus der Arbeitslosenversicherung.

Ein Arbeiter aus der Rohrzieherei ist auf der Betriebsversammlung aufgestanden und hat den Angriff der Belegschaft gegen das „Krisenprogramm" der Kapitalisten eingeleitet. Aus den Erfahrungen der Belegschaft kann man sehen, wie überflüssig die Kapitalisten zur Organisierung der Produktion sind. Ihr Interesse an bedingungsloser Aufrechterhaltung der Profitproduktion schlägt sich nieder in der völligen Unfähigkeit der Kapitalisten, die Produktivkräfte weiterzuentwickeln. Der Rohrzieher weist das nach an den Bemühungen der Kapitalisten, durch Rohstoffeinsparungen die Profitrate zu heben.

„Auf der letzten Betriebsversammlung haben Sie (die Geschäftsleitung) behauptet, an dem vielen Abfall und Ausschuß in der Rohrzieherei sind die Arbeiter schuld. Das Gegenteil ist der Fall: Um die Rohstoffkosten zu senken, wird anscheinend ein immer größerer Dreck an Kunststoff eingekauft. Die Folge: Die Rohre reißen beim Ziehen immer öfter ab, weil Dreck drin ist. Der Abfall und Ausschuß türmt sich auf dem Hof, daß man meint, eine Bombe hätte das Werk verwüstet. Für uns bedeutet es mehr Arbeit, wenn die Rohre abreißen und wir dazu noch dauernd Abfall raustragen müssen. Um den Abfall wieder zu verwerten, haben Sie eine Mühle angeschafft, die das Zeug wieder granuliert. Der Haken ist nur: Der Dreck wird mit granuliert und ins Silo geschmissen. Die Folge: noch mehr Abfall, weil der Dreck dann mit der Zeit in immer konzentrierterer Form kommt. Wir mußten schon mal eine Maschine fast eine Woche lang nur Dreck fahren, nur damit die Produktion läuft. Obwohl wir schon am ersten Tag gesagt haben, daß das nichts ändern wird. Am Ende der Woche mußte dann diese ganze Produktion nochmal in die Mühle, weil der Abfall nur wieder in granulierter Form in die Abfall-Container paßt. Außerdem übertönt der Lärm von der Mühle noch 23 Extruder. Das machen wir nicht mehr mit. Unsere Schicht fordert, daß die Mühle aus der Halle rauskommt oder endlich lärmisoliert wird."

Die Rede des Rohrziehers ist mehrmals von lautem Beifall der Belegschaft unterbrochen worden. Die Rede des Kapitalisten nicht. Gehofft hatte der Direktor Pfundstein auf die Gewinnung der Belegschaft für sein Krisenprogramm. Jetzt stand er bleich und wütend auf:

„Meine Damen und Herren, erfreulicherweise leben wir in einer Demokratie", kam es mit gepreßter Stimme, „wo jeder sagen kann, was er will. Da wird einem dann auch klar, mit wem man es zu tun hat. Offensichtlich gibt es in der Belegschaft Meinungen, die sich mit freiheitlich-demokratischen Vorstellungen nicht vereinbaren lassen. Gottseidank gibt es aber auch das Recht in unserer Demokratie, nichts zu sagen – ich sage nichts!"

Tatsächlich solche Meinungen, die sich nicht mit den freiheitlich-demokratischen Vorstellungen von der schrankenlosen Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten vereinbaren lassen, gibt es in der Belegschaft. Auf sein „Grundrecht", nichts zu sagen, hat die Belegschaft gepfiffen und ihn lautstark ausgebuht. Versucht hat er es mit einem zweiten Anlauf, die unversöhnlichen Interessen von Arbeitern und Kapitalist nochmal beisammenzuhalten: „Es gab mal früher Zeiten, wo – ich nenne es mal so – vom Gegensatz von Kapital und Arbeit die Rede war, aber das paßt doch nicht in unsere freiheitliche Marktwirtschaft!" (Gelächter) „Sehen Sie, für mich ist die Lage doch nicht besser. Ich beziehe doch auch Kurzarbeitergehalt wie Sie!" (Gelächter) Zwischenruf: „Dann tausche ich meinen vollen Lohn gegen Ihr Kurzarbeitergehalt!"

Eine Angestellte steht auf und fragt, ob es stimmt, daß die Hälfte der Angestellten entlassen werden soll. Direktor Pfundstein windet sich. Das sei ihm gänzlich unbekannt. „Grundsätzlich" komme man aber aus der Krise nur raus, wenn „die Arbeitsplätze möglichst vorteilhaft gestaltet werden". „Sehen Sie, es geht darum, daß wir überleben können!" Zwischenruf: „Damit ihr überlebt, sollen wir untergehen!"

Jetzt erheben sich die Frauen aus der Produktion und fordern Frischluftkabinen um ihre Maschinen, zum Schutz vor den chemischen Giftstoffen. Und sie fordern auch Lärmisolierungen für ihre Maschinen.

Die Gewerkschaftssekretärin Baumann hat noch das Wort. „Kolleginnen und Kollegen, ich höre täglich diese Klagen. Doch ich darf ihnen versichern, daß das alles ja nur zeitweilig ist. Sie haben es ja selber von Ihrer Geschäftsleitung gehört." Dann preist sie die Mitbestimmung an und rasselt die Paragraphen zur Kurzarbeit runter.

Innerhalb von zehn Minuten leert sich während dieser Rede die Kantine. Schlagartig. Die Arbeiter pfeifen auf solche „Versicherungen" der Reformisten. Sie wissen es besser. Deswegen hat sich die Zahl der Gewerkschaftseintritte in diesem Jahr um 20 Prozent erhöht, weil die Einsicht in den notwendigen Zusammenschluß gegen die Kapitalisten gewachsen ist.

Die letzten Worte, die man von Direktor Pfundstein auf dieser Betriebsversammlung gehört hat, waren die folgenden: „Sehen Sie, wenn sie von Gesundheitsschädigung und ähnlichem reden – das ist ein allgemeines Problem. Unsere Gesellschaft wird immer kränker!"

Da hat er recht. Der Imperialismus ist sterbender und faulender Kapitalismus. Höchste Zeit, daß die Arbeiterklasse dieses Ausbeuterpack beseitigt. – (m., Mannheim)

Unter dem Banner der Gerechtigkeit:

Reaktionäres Zeug!

Der Forderungsvorschlag des geschäftsführenden Hauptvorstandes der ÖTV stößt bei der Masse der Beschäftigten nicht auf Gegenliebe, sondern auf Ablehnung. Da die unteren Ebenen der Sozialdemokratie Sorge haben, sich allzu weit und allzu offen gegen die Interessen der Mitglieder zu stellen, ist jetzt die Zeit der Manöver gekommen.

In Westberlin hat das schon angefangen. Die Bezirkstarifkommission der ÖTV Westberlin hat jetzt einen eigenen „Forderungsvorschlag" beschlossen. Dieser eigene Forderungsvorschlag hat zum Kernstück eine Ausweitung der Begründung für die Richtigkeit von Prozentforderungen und soll durch ein Manöver sozialer Demagogie gedeckt werden.

Die Bezirkstarifkommission – es handelt sich ganz einfach um die Mitglieder der großen Tarifkommission aus dem ÖTV-Bezirk Westberlin – schlägt vor, einen „*Kappungsbetrag*" einzuführen. Das heißt, der Abschluß soll bei keiner Gehaltsgruppe eine Erhöhung von mehr als 300 DM hervorrufen.

„Die Bezirkstarifkommission hat sehr ausführlich darüber diskutiert, ob in dieser Tarifrunde eine Begrenzung bei der Erhöhung der Einkommen bei dem Betrag von 300 DM vorgenommen werden soll (Kappungsbetrag: siehe beiliegende Tabelle für Angestellte). Dies bedeutet selbstverständlich, daß von den Beziehern höherer Einkommen ein Solidarbeitrag für die unteren und mittleren Einkommen verlangt wird, ohne daß diese Mitglieder damit ihre Mitgliedschaft in der ÖTV in Frage stellen."

Warum es ein „Solidarbeitrag" sein soll, wenn die Aufsichtsbeamten zwecks Beschleunigung der Rationalisierung und Auspressung von Mehrarbeit 300 DM zugesteckt bekommen, ist schwer zu verstehen. *Leicht* indessen ist zu verstehen, daß der Zorn, der Klassenhaß, der die Geschlossenheit der öffentlichen Dienste zersetzt, abgefangen werden muß. Findet der Groll, der bei der Masse der Beschäftigten aus der *täglichen, ja stündlichen Erfahrung* der Auspressung von Mehrarbeit erwächst, die Richtung des *Zusammenschlusses,* so gibt es nicht viel, was dieser geballten Kraft widerstehen könnte. Deswegen die Forderung nach „Kappungsbetrag".

Die Forderung nach Kappungsbetrag, wohlverstanden *in Verbindung mit einer Prozentforderung.* Hat man eine Festgeldforderung, so braucht man keinen Kappungsbetrag zu errechnen, er ergibt sich von selber. Der Unterschied ist bloß, die Masse der Beschäftigten wird durch eine Festgeldforderung zusammengeschlossen, durch eine Prozentforderung aber gespalten, an dieser *Spaltung* kann kein Kappungsbetrag was ändern. Allerdings kann der Vorschlag des „Kappungsbetrages" von dieser Spaltung ablenken, und das ist auch der Zweck. Dies ist die Wirkung des Beschlusses der Bezirkstarifkommission der ÖTV Westberlin. Er lautet:

„1. Der Vorschlag des gHV auf Erhöhung der Löhne und Gehälter ab 1.1.1977 um 8 % wird unterstützt, aber mit einer Begrenzung auf einen Höchstbetrag von 300 DM."

Das Manöver ist durchsichtig. Es bedarf der weiteren Absicherung. Die Sozialdemokraten in der Westberliner ÖTV liefern sie:

„Bei den Diskussionen der Tarifrunde der letzten Jahre hat es hinsichtlich der Haltung der Vertreter der Arbeiter Schwierigkeiten gegeben in der Darstellung, warum es für die Mehrheit der Arbeiter schwierig ist, eine Festgeldforderung zu akzeptieren. Die Ursache ist in den Lohnspannenverhältnissen zu finden, die völlig andere Relationen aufweisen, als die Angestellten. Um die Entwicklung der letzten zehn Jahre zu verdeutlichen, wurde die nachfolgende Gegenüberstellung errechnet ..."

„Das Lohnspannenverhältnis liegt zwischen der untersten und der höchsten Lohngruppe somit nur noch zwischen 90 % und 113 %. Im Vergleich zur IG Metall gibt es im Metallbereich Berlin acht Lohngruppen, die zwischen 80 % und 133 % liegen. Dieser Vergleich soll keine Wertung zu Gunsten der Tarifpolitik der IG Metall sein, sondern die Problematik vergleichbarer Berufsgruppen der Arbeiter im Lohnspannenverhältnis aufzeigen."

So, so, im letzten Jahr hatten also die Vertreter der Arbeiter „Schwierigkeiten gegeben in der Darstellung", warum es für die Mehrheit der Arbeiter schwierig ist, eine Festgeldforderung zu akzeptieren.

Wer kann auch schon verlangen, daß es die „Vertreter der Arbeiter" *leicht* haben könnten, über Willen und Interessen der Arbeiter Lügen zu verbreiten. Die Tatsache, daß es nach geltenden Tarifen der IG Metall z.B. der Firma Siemens unbenommen bleibt, Tausende von Arbeiterinnen zu Niedrigstlöhnen auszubeuten, hat also eine Wirkung auf das „Lohnspannenverhältnis", wie es sich die Arbeiter vorstellen.

Der Arbeiter, dessen Frau im öffentlichen Dienst putzen gehen muß, weil der Lohn nicht ausreicht, hatte also schon allen Grund zur Freude über das Haushaltssicherungsgesetz. Hat man nicht seiner Frau die Zuschläge für die Familie gestrichen? Hat sich nicht dadurch das Lohnspannenverhältnis zu Gunsten von ihm, dem Ernährer, gebessert?

Sollte man nicht überhaupt die Familien- und Kinderzuschläge beseitigen? Auch hier hätte man eine vortreffliche Wirkung aufs Lohnspannenverhältnis! Und welche Freude wird im Arbeiterhaushalt einziehen, man denke nur, die Frau ist Krankenschwester. Der Mann ist Werkzeugmacher und entlassen. Er bekommt im öffentlichen Dienst eine Stelle, aber bloß als Fahrer. Da wäre eine Festgeldforderung, die der ganzen Familie runde 400 DM bringt, doch bloß schädlich!

Nein, hier muß eine Prozentforderung her, denn, sie wird zwar der Familie um – sagen wir – 100 bis 200 DM weniger einbringen, aber das *Lohnspannenverhältnis* wird sich bedeutend gebessert haben!

Eine lustige Vorstellung von uns Arbeitern hat die Bezirkstarifkommission der ÖTV unter Führung von Hackbart und Konsorten. Und dann die Berufung auf die Metallarbeiter. In der Metallindustrie entwickelt sich die Bewegung für Festgeldforderungen. Gerade jetzt wurde im Bezirk Hamburg und für Schleswig-Holstein eine Forderung durchgesetzt, die verlangt, daß die Lohngruppen unterhalb der Ecklohngruppe Festgelderhöhungen erhalten.

Es hat Jahre in Anspruch genommen, eine Forderung dieses Typs gegen die Sozialdemokraten in der IG Metall durchzudrücken.

Der Kampf war zäh, er ist zäh und nicht gewonnen. Offensichtlich ist jedoch, daß das Glück, durch ein Lohnspannenverhältnis gespalten zu sein, von den Metallarbeitern nicht geschätzt wird.

Das alles ist reaktionäres Zeug, und nur ganz naive Menschen können darauf hereinfallen. Die Sozialdemokraten in der ÖTV Westberlin hoffen das auch nicht. Sie denken bloß, daß der Druck, den sie auf Betriebsversammlungen und innerhalb der Gewerkschaften ausüben können, stark genug ist, daß sie den einen oder anderen dementsprechenden Beschluß zum Vorzeigen erhalten.

Das kann aber auch ganz anders ausgehen. Obwohl das Manöver reaktionär ist, halten wir doch fest: Es ist günstig, daß die Westberliner Sozialdemokraten in ihrem reaktionären Übereifer die Geschlossenheit der Sozialdemokratie angefangen haben zu zersetzen. Sie wollten den Forderungsvorschlag des Hauptvorstandes verbessern, absichern. Dabei haben sie aber angefangen, daran herumzudeuteln. Kann leicht sein, daß dies Schule macht, aber eine andere Richtung annimmt. – (mf)

Minutenschinder holen das Letzte heraus

Minutenschinder holen das Letzte heraus

Bremen. Immer schärfer, kleinlicher und schikanöser betreibt der Dienstherr die Rationalisierung und Bespitzelung der Beschäftigten am Fernmeldeamt (FA) 1 Bremen. Besonders hervorgetan in der unverschämten Auspressung der Arbeiter hat sich der Amtsvorsteher des Fernmeldeamtes 1, der Diplomingenieur Plickat (Besoldung A 15). Deshalb wollen wir im einzelnen seine Leistungen und die seiner Chargen darstellen:

Im letzten Jahr wurde Herr Plickat sehr aktiv, um zu verhindern, daß „seine" sieben Mitarbeiter am Heiligabend und an Sylvester arbeitsfrei bekommen wie in den letzten Jahren. Er schrieb alle Amtsvorsteher des Oberpostdirektionsbezirks an, wies sie auf „die schlechte wirtschaftliche Lage und die allgemeine Kritik am öffentlichen Dienst" hin und forderte sie auf, mit ihm dafür zu sorgen, daß wir an beiden Tagen arbeiten müssen. Mit den Einverständniserklärungen der anderen ging er dann zur Oberpostdirektion und setzte seinen Wunsch um. Deshalb mußten wir im letzten Jahr an beiden Tagen bis Mittag arbeiten. In seinem Weihnachtsgruß schrieb Plickat dann: „Ich darf ihnen allen für Ihre Mühe im Jahr 75 meinen herzlichen Dank aussprechen und Ihnen und Ihren Angehörigen frohe Feiertage und ein gutes neues Jahr wünschen."

In diesem Jahr wird man durchsetzen müssen, daß an beiden Tagen nicht gearbeitet wird. Bei den Arbeitern, die im Außendienst arbeiten und bisher Übernachtungsgeld bekamen, fängt Herr Plickat jetzt an zu sparen. Hermann, Stellenvorsteher des Baubezirks, der nachts nicht schlafen kann, wenn ihm nichts einfällt zum Rationalisieren, tut sich in dieser Frage besonders hervor. Übernachtungsgeld gibt es nur noch, wenn man nicht zufällig in der Nähe seines Arbeitsortes wohnt. Vorher war maßgebend die Entfernung von Dienststelle und Arbeitsort. Die kommunale Neugliederung der Gemeinden zu Großgemeinden wurde hervorgekramt, um die Kürzung der Zulagen zu begründen. Wohnt und arbeitet man in einer Großgemeinde, gibt es kein Geld mehr, selbst wenn über 30 Kilometer zwischen den Orten liegen.

Abteilungsleiter Lührs des Fernmeldeamts 1 traf Arbeiter seiner Abteilung morgens in der Kantine beim Frühstück. Entrüstet forderte er sie auf, nicht in der Zeitung zu lesen. Das Frühstück sei dafür da, dienstliche Angelegenheiten zu besprechen. Der Amtsgruppenvorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft im Fernmeldeamt 1, Mehden, zeichnet sich durch besonders „kollegiales" Verhalten aus. Als Stellenvorsteher der Telegrafie schikaniert er die Arbeiterinnen folgendermaßen: Nachts um 23 Uhr erschien Herr Mehden im Amt, um sich über die Arbeit der Arbeiterinnen zu informieren. Nachts im Dunkeln stand er vor dem Amt, um zu gucken, ob die Arbeiterinnen den Dienst auch „pünktlich" beenden. Des öfteren rief er über 113 an, um zu sehen, wie lange man warten muß und wie der Service der Telegrammaufnahme ist. Im Januar finden Amtsgruppenvorstandswahlen statt. Man wird solch einen „Kollegen" nicht mehr als Vertreter der Interessen aller Kollegen des Amts wählen können.

Im Hauptamt des Fernmeldeamts 1 zeichnet sich der „Kollege" Wührenberg besonders aus, den Auftrag Herrn Plickats auszuführen. Er hält die Kollegen an, spätestens um 7.10 Uhr die Arbeit anzufangen, vor 15.30 Uhr darf aber niemand an seinen Spind gehen, um sich umzuziehen. Das muß nach Feierabend gemacht werden. Zeitungen will er auf dem Tisch nicht sehen. Raucht man auf dem Flur eine Zigarette – woanders darf man es nicht mehr – verjagt er die Arbeiter vom Flur. Mehrere Dienststellenbesprechungen wurden zu diesem Thema durchgeführt.

Die Arbeiter haben auf ihre Art zu verstehen gegeben, was sie davon halten. Sie gingen geschlossen nicht zum Betriebsfest, obwohl sie Karten gekauft hatten, und begründeten das damit: „Nachmittags sollen wir kuschen, abends sollen wir mit denen Händchen halten und Ringelreihen tanzen. Das machen wir nicht mit." – (Zelle Post Bremen)

Bremen. Bei der Bremer Müllabfuhr rationalisiert der Bremer Senat u.a. durch Stellenstopp. Durch Alter oder Invalidität ausscheidende Müllarbeiter werden nicht ersetzt. Die Folge ist, daß die Müllarbeiter mehr arbeiten müssen. Zum Beispiel müssen sie am Sonnabend die Säuberung der Märkte während acht Stunden Arbeit zusätzlich verrichten. Diesen zusätzlichen Arbeitstag erhalten sie nicht bezahlt, sondern können ihn in der Woche abfeiern. Dann fehlen sie aber an diesem Tag an den Müllwagen, so daß dort die Arbeit, die vorher von vier Arbeitern verrichtet wurde, nun von zweien getan werden muß. Außerdem werden die fehlenden Arbeiter von den Springern und Fegern ersetzt. Die Springer und Feger haben die Aufgabe, die Straße zu fegen. Diese Arbeit ist nur begrenzt durch Maschinen ersetzbar, weil die Seitenstreifen ständig mit Autos beparkt sind. So müssen die übriggebliebenen Springer nun die Arbeit der bei den Müllwagen eingesetzten Springer übernehmen. Außerdem haben sie die Aufgabe, die Straßengullis zu reinigen. Sie schaffen die Arbeit nur noch, indem sie Überstunden machen. Die Müllarbeiter sind über diese Rationalisierungsmaßnahmen empört. Sie wehren sich gegen die Samstagsarbeit. „Oben führen sie keine Einsparungen durch, da werden noch Aufseherstellen geschaffen." „Das Pack da oben wird immer reicher. Das Pack muß weg."

Neue Klassenbücher

Verschärfte Kontrolle von Schülern, Eltern und Lehrern

Hamburg. Nach den Herbstferien ist ein neuer Erlaß der Schulbehörde in Kraft getreten, der die polizeimäßige Kontrolle von Schülern, Eltern und Lehrern verschärft. Er gilt für die Sekundarstufe 1 (5. bis 10. Klasse) und behandelt die Einführung neuer Klassenbücher. Zu dem neuen Klassenbuch mitgeliefert wurde gleich ein „Ergänzungsheft", das genauso dick ist wie das Klassenbuch selber, zusammengenommen ca. 4 cm stark. Mußten die Lehrer bisher ihre wöchentlichen Arbeitsstunden in einem Arbeitsheft aufführen und die Versäumnisse von Schülern täglich notieren, so kommt es jetzt noch dicker: Es muß ein Tagebuch geführt werden.

„Im Tagebuch werden für jede Unterrichtsstunde der behandelte Stoff und die gestellte Hausaufgabe eingetragen. In der Spalte ‚Bemerkungen' werden besondere Vorkommnisse und die Abwesenheit von Schülern erfaßt." (Punkt 2.2. der Bestimmung) So soll nicht nur der Unterricht der Lehrer genau kontrolliert werden, sondern gleichzeitig auch überprüft werden, wie gut der Lehrer das Geschäft der Unterdrückung und den Notenterror beherrscht. Im weiteren heißt es nämlich: „Für Bemerkungen zum Arbeits- und Sozialverhalten und zu den Leistungen ist für jeden Schüler eine Seite vorgesehen. ... Die Eintragungen dienen als Grundlage für die Abfassung der entsprechenden Bemerkungen in Zeugnissen und Berichten." (Punkt 3.1. der Bestimmung) Die Ergebnisse von Klassenarbeiten und anderen „Lernerfolgskontrollen" sollen eingetragen werden.

Neben den Schülern sollen auch die Eltern verstärkt Objekt der Bespitzelung sein. Für Gespräche mit Eltern sind „besondere Eintragungsmöglichkeiten" vorgesehen. Festgehalten werden soll Datum, Ort, Teilnehmer, Inhaltspunkte und Ergebnisse der Besprechung.

Mit den neuen Klassenbüchern will die Behörde die Lehrer offen als Spitzel gegenüber Schülern und Eltern einsetzen. Diese umfassende Bespitzelung soll der verschärften Reaktion an den Schulen dienen. Die Schulbehörde rechnet mit Widerstand. Darum verpflichtet sie Schul- und Seminarleiter, die Klassenbücher wöchentlich zu kontrollieren. Daß dies peinlich genau eingehalten wird, ist Sorge der Schulräte. An meiner Schule machte der Prüfer bei der Prüfung eines anderen Referendars einen Riesenaufstand, weil der Schulleiter für die letzten Wochen seinen Arbeitsbericht noch nicht unterzeichnet hatte. Im Studienseminar erging es meinem Seminarleiter ebenso, weil er meinen Arbeitsbericht nicht ganz durchgesehen hatte. Der staatliche Dienstherr sucht sein Heil in verschärftem Druck und hofft, sich so durchsetzen zu können.

Viele Lehrer sind unzufrieden damit. An der Schule Wenksteinweg zum Beispiel hat das Kollegium sich geweigert, die neuen Klassenbücher zu führen. Begründet wurde die Ablehnung unter anderem damit, daß das Führen dieser Bücher Mehrarbeit für die Lehrer bedeutet und die Lehrer dagegen sind, daß die Schulräte mit Hilfe dieser Bücher Schüler, Eltern und Lehrer überwachen und bespitzeln. – (r., Hamburg)

Bremen. Die ÖTV-Mitgliederversammlung am Zentralkrankenhaus Nord hat am 24.11. gegen den „Vorschlag" des Hauptvorstandes beschlossen: 170 Mark mehr Lohn für alle, 300 Mark Urlaubsgeld, zuzüglich 50 Mark für jedes Kind, Streichung der untersten zwei Lohngruppen. Auf der gleichen Sitzung wurde ein Programm für den neu zu wählenden Vertrauenskörper beschlossen, in dem vor allem Forderungen gegen die Rationalisierung und die politische Entrechtung aufgestellt werden. Unter anderem wird die Forderung nach Besetzung aller Planstellen, Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden, Weg mit dem Überstundenzwang! aufgestellt. Die Kündigung der Verträge mit einer Reinigungsfirma, die die Arbeiter zu Spottpreisen ankauft, und Übernahme der Beschäftigten in den öffentlichen Dienst wird ausdrücklich gefordert.

Kassel. Die Vertrauensleute der Zahnklinik der Universität Marburg fordern in einer Resolution einen Festgeldbetrag von 170 DM. Auf einer Vertrauensleutevollversammlung der Universitätskliniken am 16. November wurde über die Lage der Beschäftigten und die Resolution der Vertrauensleute aus der Zahnklinik beraten; alle Diskussionsredner sprachen sich für einen Festbetrag aus, außer der Vorsitzenden des Vertrauensleutevorstandes, die um die höheren Angestellten buhlte und für eine Mischforderung eintrat.

Frankfurt. Auf der Sitzung des Vertrauensleutekörpers der Universität (Kernbereich) haben die anwesenden Vertrauensleute einen Beschluß gefaßt, in dem der Vorschlag des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der ÖTV von 8 Prozent mehr Lohn für 1977 entschieden zurückgewiesen und der Beschluß der Mitgliederversammlung vom 3. November für 185 DM mehr für alle, 300 DM Urlaubsgeld, Urabstimmung vor jedem Tarifabschluß und keine Erneuerung des Schlichtungsabkommens bekräftigt wird. Der Vorstand der Betriebsgruppe wurde aufgefordert, noch im Dezember eine Mitgliederversammlung zur Diskussion über den Vorschlag des Hauptvorstandes einzuberufen.

Frankfurt. In einer Resolution haben die Vertrauensleute der Betriebsgruppe Universität (Kernbereich) den Vorschlag des geschäftsführenden Hauptvorstandes entschieden zurückgewiesen und den Beschluß der Mitgliederversammlung, 185 Mark mehr für alle gleich, 300 Mark Urlaubsgeld, Urabstimmung vor jedem Abschluß und keine Erneuerung des Schlichtungsabkommens.

Mark mehr für alle gleich, 300 Mark Urlaubsgeld, Urabstimmung vor jedem Abschluß und keine Erneuerung des Schlichtungsabkommens.

Fernmeldezeugamt Burgsteinfurt. In den letzten 6 Jahren sind die Richtzeilen für Zerlegung und Grundreinigung eines Fernsprechapparates von 40 bis 45 Minuten auf 13 Minuten gekürzt worden. Insgesamt wurden die Richtzeiten in den letzten 3 Jahren durchschnittlich um 40 % gekürzt, ohne wesentlich neue technische Geräte. Jetzt soll die Zerlegung der Apparate in eine Hörbehindertenschule als „Therapie" gegeben werden, nach dem Willen des Dienstherren sollen die Umsetzungen der Arbeiter aus der Zerlegung zu Eingruppierungen in niedrigeren Lohngruppen führen.

Kaiserslautern. Die ÖTV führte am Samstag, den 20. November, in Kaiserslautern eine Protestkundgebung der Beschäftigten bei den Besatzermächten durch. Etwa 300 Arbeiter und Angestellte aus ganz Rheinland Pfalz und Teilen Baden-Würtembergs waren gekommen. Die Besatzermächte, besonders der US-Imperialismus, erkennen das westdeutsche Arbeitsrecht nicht an. Bei den Besatzermächten werden Beschäftigte, die nach westdeutschem Arbeitsrecht nicht gekündigt werden können, trotzdem entlassen. Das Personalvertretungsrecht wird noch zusätzlich stark eingeschränkt. Auf diese Weise versuchen die Besatzer Lohnsenkung, Rationalisierung in Form von Stellenstreichung ohne Widerstand durchzusetzen. Dagegen schließen sich die Arbeiter und Angestellten zusammen.

Sprendlingen. An der Ricarda-Huch-Schule in Sprendlingen wurden die Anrechnungsstunden um 60 Prozent von 20 auf 8 Stunden gestrichen. 34 Prozent aller Unterrichtsstunden müssen in anderen Räumen außerhalb der Schule erteilt werden. Einige Lehrer müssen zwischen vier Schulen pendeln, die meisten zwischen zwei Schulen mindestens. Für die Erstattung von Fahrtkosten als Dienstfahrt verlangt der imperialistische Staat das Ausfüllen von etlichen Formularen. Im Monat sind das einige Hundert. Die Lehrer sind dagegen mehrere Tage zu Fuß gegangen und nach Unterrichtsbeginn in den jeweiligen Schulen eingetroffen. Sie haben Forderungen nach der Rücknahme der Streichung der Anrechnungsstellen und gegen die Zweidrittelstellen aufgestellt.

Viersen. Die ÖTV-Betriebsgruppe der Jugendpsychiatrie Viersen hat in ihrer Sitzung am 18. November den 8-Prozent-Vorschlag des Hauptvorstandes einstimmig abgelehnt. Stattdessen fordert die Betriebsgruppe 185 DM für alle und die 300 DM Urlaubsgeld, für die sie auch zu Kampfmaßnahmen bereit ist. Beschlossen wurde ferner, auf dieser Grundlage eine breite Einheit herzustellen durch Unterschriftensammlungen auf den einzelnen Stationen. In der Jugendpsychiatrie Viersen sind etwa 60 Prozent der Belegschaft in der ÖTV (160 Mitglieder).

Karry plant umfassende Registrierung der Jugendlichen.

In Hessen hat vor Tagen der dortige Wirtschaftsminister Karry (FDP) erklärt, er halte die Anregung des Industrie- und Handelstages, Meldekarten für alle Schulabgänger zwecks besserer Erfassung von Ausbildungsplätzen einzuführen, für prüfenswert. (Frankfurter Rundschau, 25.11.) Nach den bisherigen Vorstellungen des Industrie- und Handelstages läuft das so, daß die jugendlichen Schulabgänger eine Meldekarte bekommen, deren Abgabe beim Kapitalisten als feste Zusage des Jugendlichen gilt, daß er die Lehrstelle auch antritt. Der Kapitalist muß ihm vorher zugesagt haben, schriftlich. Ist die Karte vom Jugendlichen beim Kapitalisten abgegeben, wird sie zentral registriert beim Arbeitsamt, was dann heißt, die Stelle ist besetzt. Will der Jugendliche wieder raus aus dem Lehrverhältnis, also sich eine andere Lehrstelle suchen, bekommt er die Karte zurück. Aber er ist registriert, denn er hat ja schon mal zugesagt. Welcher Kapitalist nimmt schon dann einen Jugendlichen, wenn er schon mal zurückgezogen hat? Die Kapitalisten setzen auf die Konkurrenz unter denen, die Lehrstellen suchen, die durch die große Zahl der jugendlichen Arbeitslosen verstärkt wird. Die Meldekarten, die die Jugendlichen nach Vorstellung des Industrie- und Handelstages zum Schulabgang bekommen sollen, sind ein Mittel von Kapitalisten und bürgerlichem Staat, Lehrlinge gezielt in Berufszweige zu lenken, wohin sie sie haben wollen, und Instrument der Gängelung und Schikane gegenüber der Jugend.

Syke. In Syke haben alle 9 Eltern und alle 16 Schüler der Klasse 12 der Fachoberschule ihren Lehrer aufgefordert, alle die gleiche Note zu geben. In der Begründung heißt es, „... daß die Noten nur dazu da sind, die Konkurrenz zwischen den Schülern zu schüren, Schüler auszusortieren und bestimmte, staatlich bestimmte Lehrinhalte in die Köpfe der Schüler zu pressen".

Hannover. In der Integrierten Gesamtschule Roderbruch wird die Unterdrükkung und Spaltung durch das Notensystem verschärft. Fast alle Lehrer schöpfen die volle Skala von 0 bis 15 Punkten aus, wobei immer mehr Schüler in die untere Hälfte gedrückt werden. Beim letzten Abitur sind abgesehen von zwei Ausnahmen bei allen die Zensuren, insbesondere in den Leistungsfächern, bis auf die Hälfte der Vorzensuren gedrückt worden.

In einer Resolution der Schülervertretung der Integrierten Gesamtschule zur jetzt stattfindenden Zwischenbeurteilung in den Kursen heißt es: „... Die Lehrer sollen mit diesem Notensystem die Schüler spalten und auslesen. ... Die Schülervertretung der Sekundarstufe I hat beschlossen, gemeinsam mit der Schülervertretung der Sekundarstufe II zu arbeiten, denn es ist nicht nur das Interesse der Sekundarstufe II-Schüler, sich gegen die verstärkte Auslese zur Wehr zu setzen. Ein Schritt gegen die Spaltung der Schüler ist die gemeinsame Arbeit in den Kursen und der Zusammenschluß der Schüler gegen das weitere Senken der Zensuren bei den noch anstehenden Tests."

Mainz. Am 11. September wollen die Mainzer Oberschüler eine Demonstration durchführen gegen den 13/1-Erlaß des Rheinland-Pfälzischen Kultusministeriums. Nach diesem Erlaß werden die Zensuren der Abschlußklasse 13, die keine Prüfungsfächer sind, auf die Endzensuren angerechnet. Die Schüler sollen im ersten Halbjahr der 13. Klasse um die Abschlußzensuren konkurrieren, um einen Studienplatz zu ergatttern. Reformisten und Revisionisten rufen zur „Verteidigung der Oberstufenreform" auf, diesem Paradestück imperialistischer Bildungsreform.

Hannover. Alle Lehrlinge von Max Müller sollen für Weihnachten und Neujahr vorholen. Vier Wochen lang sollen sie jeden Tag eine halbe Stunde länger arbeiten. Der Betriebsrat und die Jugendvertretung haben dieser Maßnahme zugestimmt. 30 Lehrlinge haben die Forderung „Keine Vorholzeit für Weinachten und Neujahr!" unterschrieben. 40 sind zum Betriebsrat gegangen, um ihn zur Rede zu stellen.

Celle. Die Dr. A. Stankiewicz GmbH (Schallschluck) stellt Dämmstoffe für die Autoindustrie her. Statt wie vor einem Jahr 300 Matten pro Schicht zu erstellen, müssen jetzt bis zu 540 in einer Schicht geschafft werden. Erreicht wurde das, indem die Antreiberei verschärft wurde, denn ein zweiter Meister für jede Schicht wurde eingestellt. Wegen dieser Arbeitshetze kam es vor kurzem zu einem schweren Unfall. Ein fünfzehnjähriger Junge mußte für drei Tage die Matten allein zuschneiden, weil der andere Arbeiter an einer anderen Stelle eingesetzt war. Er konnte dem Arbeitstempo nicht standhalten und schlitzte sich tief mit dem Messer in den Unterarm. Zirka 10 Jugendliche im Alter von 15 bis 17 Jahren arbeiten bei Stankiewicz. Sie müssen die gleichen Arbeiten verrichten wie die älteren Arbeiter und bekommen dafür 1 DM weniger in der Stunde. Schaffen müssen sie im Akkord und in Früh- und Spätschicht. Das Jugendarbeitsschutzgesetz sichert das den Kapitalisten.

Am 27.11. demonstrierten in Friedberg (Bild) 1 200 Lehrlinge, Schüler und Lehrer, in Offenbach 400 und in Frankfurt über 1 000 unter Forderungen: Weg mit dem Einstellungsstopp für Lehrer, sofortige Einstellung aller Lehrer! Weg mit den Richtlinien zur 70 %-Planstellenregelung! 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen! Sofortige Fahrtkostenrückerstattung! Einspruchsrecht für Schüler, Eltern und Lehrer in alle Schulangelegenheiten! Streikrecht für alle Schüler! In Kassel wurde in der Woche vom 22. bis 26.11. an den Schulen die Urabstimmung über Streiks in Kassel und Hessen zur Durchsetzung dieser Forderungen durchgeführt. Obwohl die Reformisten und Revisionisten im Stadtschülerrat das Ergebnis der Urabstimmung geheimhalten, liegen die Ergebnisse von 8 Gymnasien, 2 Gesamtschulen, 3 Haupt- und Realschulen und 4 Berufsschulen vor. 9 166 Schüler dieser Schulen haben sich an der Urabstimmung beteiligt. 6 592 Schüler stimmten für landesweiten Streik. 3 182 für sofortige Weiterführung des Streiks in Kassel und 4 064 für Koordinierung gemeinsamer Aktionen aller hessischen Schüler.



BASF Jugendversammlung:

„Wir sind uns einig, wir werden kämpfen"

Am Freitag, dem 26.11., hatten wir in der BASF-Jugendversammlung die erste von 3 Versammlungen, die diesen Monat stattfinden. Über 1 000 Jugendliche waren gekommen. Vorausgegangen waren der Versammlung harte Auseinandersetzungen mit Werksleitung und Sozialdemokraten in Betriebsrat und Jugendvertretung. Es ging um die Durchsetzung der Forderungen: Fahrtkostenrückerstattung für alle Lehrlinge, Übernahme aller Lehrlinge!

Ein Warnstreik von ca. 200 Lehrlingen war durchgeführt worden, die Jugendversammlungen sollten verboten werden, konnten aber gegen die Werksleitung durchgesetzt werden. Die ganze Zeit über hatten die Sozialdemokraten abgewiegelt, versucht zu spalten, indem sie Vorschläge brachten, man solle nicht die volle Fahrtkostenrückerstattung fordern, sondern einen Sockelbetrag durchsetzen, wo jeder „nur noch 10 bis 15 DM zahlen muß!" Das ging soweit, daß sie auf einer Jugendvertrauensleutesitzung eine Resolution für beide Forderungen verhinderten, um sich nicht festlegen zu müssen. Als sie dann noch dazu übergingen, Vertrauensleute offen wegen dem Warnstreik anzugreifen, war der Ofen aus. Breite Empörung unter den Jugendlichen, überall wo die Jugendvertretung hinkam, wurde sie angegriffen. Genauer haben wir die Vorgeschichte in der KVZ berichtet.

Es ist hier aber nochmal wichtig, damit man versteht, warum die Jugendvertretung dann auf der Versammlung so wortradikal auftrat und alle Angebote der Werksleitung ablehnte. Sie war gezwungen, dazu durch den Druck, den die Lehrlinge ausgeübt hatten.

Die Versammlung wird eröffnet vom Vorsitzenden der Jugendvertretung Oswald: „Die Jugendversammlung fällt in eine Zeit verschärfter Auseinandersetzungen. (...) Die Werksleitung lehnt unsere Forderungen ab. Für uns hier gilt da, wer Wind sät, wird Sturm ernten. (...) Die BASF hat ihre Gewinne enorm gesteigert, im Betrieb werden Überstunden gekloppt, die Belegschaft wurde abgebaut und jetzt sollen dazu noch Lehrlinge nicht übernommen werden. Mit welchen Begründungen? Schlechte Beurteilungen!" Pfiffe im Saal. Oswald liest vorne einen Beurteilungsbogen vor und zerreißt ihn dann demonstrativ. Beifall im Saal.

Man wundert sich noch über solche Worte von einem Juso, später wird das klarer, was die oben planen.

Jugendliche und ältere Arbeiter müssen gemeinsam kämpfen

Ein Solidaritätsbrief aus einem Schichtbau der BASF wird vorgelesen.

„Im Betrieb F 712 wurde über die vollständige Fahrtkostenrückerstattung und die Übernahme aller Lehrlinge diskutiert. Wir sind der Auffassung, daß die Werksleitung einen Teil der Lehrlinge entläßt, um Kosten zu sparen. Gleichzeitig beschäftigt sie zum Beispiel keine weiteren Handwerker in den Betrieben und spart somit weitere Kosten. Die anderen müssen dann die Arbeit mitmachen. Zu den Fahrtkosten meinen wir, daß die BASF-Werksleitung die Fahrtkosten nicht übernimmt, weil es ihnen zusätzliche Kosten macht. Daß die Lehrlinge aber das Geld brauchen, weil sie sonst den Eltern auf der Tasche liegen, ist ihnen egal. Für sie zählt nur der Profit. 10 Arbeiter aus dem Betrieb solidarisieren sich daher mit dem Kampf der Lehrlinge unter den Forderungen: Volle Fahrtkostenrückerstattung! Übernahme aller Lehrlinge nach der Ausbildung! Verlest diese Resolution auf der Jugendversammlung. Jugendliche und ältere Kollegen müssen gemeinsam kämpfen! – 10 Arbeiter von F 712"

Der Beifall im Saal will nicht aufhören. Das ist ein Schlag gegen die Werksleitung. Das ist ein Schlag gegen die Sozialdemokraten, die immer mit dem Argument abblocken: die Erwachsenen stehen nicht hinter euch.

Die Diskussion beginnt. Von der Nichtübernahme Betroffene schildern ihren Fall. Ein Beitrag endet: „Wir dürfen uns nicht unterwerfen, wir müssen zusammenhalten. (...) Die Scheiß‚demokratie' hier ist nur für die Unternehmer da!"

Ein Antrag wird gestellt, 2 Delegationen sollen entsandt werden, eine zum Vorstand und eine zum Ausbildungsleiter, um sie zu holen. Angenommen. Sprechchöre im Saal mit unseren Forderungen und Zwischenrufe „Stellungnahme!". Die Delegationen gehen. Jetzt spricht Sozialdemokrat Betriebsrat Häuser: „Das Arbeitslosenheer soll als Druckmittel benutzt werden. (...) Es ist eine Lüge der Werksleitung, daß vorrangig ehemalige Nichtübernommene bei Neueinstellungen genommen würden. Keine 10 haben sie eingestellt. (...) Kriechen sichert keinen Arbeitsplatz!" Der übertrifft sich ja bald, denken viele im Saal, „solch große Worte" von dem? Aber er fährt fort: „Wir appellieren an die Verantwortung der Werksleitung.

(...) Unruhe herrscht im Betrieb, aber daran sind sie schuld, Betriebsrat und Jugendvertretung sind bereit, die Ruhe wieder herzustellen." Na also, jetzt kennen wir unsere Pappenheimer wieder. – Kläglicher Beifall.

Ein Jugendvertrauensmann geht vor: „Ich bin jetzt aus der Lehrwerkstatt draußen im Betrieb. Das erste, was du hörst: die Arbeitshetze ist gestiegen, wenn du ausgelernt hast, kommst du nicht auf deinen Akkord. Aus weniger Leuten wird mehr rausgeholt! Die Werksleitung begründet die Nichtübernahme mit den vielen Fehlzeiten, da ist die Antwort, woher die kommen! Weiter begründet sie einige mit den schlechten Prüfungen. Wenn ich mir die Ausbildung ansehe, die stumpfsinnige Arbeit, die Abrichtung auf den Akkord, dann habt ihr die Antwort auf die Frage, woher die schlechten Prüfungen kommen: weil diese Ausbildung eben so aussieht!" Beifall im Saal. „Ich halte es für nötig, nochmals hier unsere Forderungen in einer Resolution zu fassen und lese die hier vor!"

„Die hier Versammelten beschließen, für die Forderung nach voller Fahrtkostenrückerstattung zu kämpfen. Wir haben die Forderung aufgestellt, weil wir bei Fahrtkosten von durchschnittlich 40 bis 120 DM und einem durchschnittlichen Lohn von 400 DM nicht über die Runden kommen und den Eltern auf der Tasche liegen. Den Nutzen davon, daß wir ins Werk kommen, hat die BASF. Sie bildet uns dafür aus, daß wir ihr mal solche Gewinne schaffen wie z.B. in diesem Jahr. Um 101,5 % hat sie ihren Gewinn gesteigert, sie muß die vollen Kosten für An- und Abfahrt tragen. Man muß mal festhalten, wir sind nicht freiwillig hier. Wir sind gezwungen, hier zu lernen, um unseren Lebensunterhalt zu verdienen.

Wir beschließen weiterhin, für die Forderung nach Übernahme aller Lehrlinge zu kämpfen. Die Betroffenen werden in die Arbeitslosigkeit oder in Hilfsarbeiterstellen gezwungen, für uns steigt durch die ständig drohende Nichtübernahme der Druck und für die Kollegen im Betrieb steigt die Arbeitshetze, weil die Abgänge nicht ersetzt werden.

Wir lassen uns bei beiden Forderungen auf keinen Kompromiß ein. Wir unterstützen das Verhalten der Jugendvertretung, auf das Angebot der Werksleitung nicht einzugehen und weiter für die volle Erfüllung beider Forderungen einzutreten."

Stürmischer Beifall, auf den Tischen wird rumgetrommelt, daß sie bald zusammenbrechen. Was sollen die Sozialdemokraten in der Jugendvertretung machen? Sollen sie wie auf der Vertrauensleuteversammlung die Abstimmung verhindern? Sie müßten ja dann sagen, daß sie gar nicht vorhatten, für die Erfüllung beider Forderungen einzutreten, wie im letzten Satz steht. Sie können es sich nicht erlauben, sie müssen diesmal selbst die Resolution abstimmen lassen! – Einstimmig angenommen, großer Beifall, das ist ein Erfolg!

Ein Vertreter der Werksleitung meldet sich, welcher Mut – er wird ihn bald verlassen.

Pfiffe, Buhrufe, eine Minute braucht er, bis er anfangen kann: „Die Werksleitung hat Schwierigkeiten", Zwischenrufe: „Das ist wahr!". „Sie müssen sich auch unsere Vorstellungen anhören, die Zahlen der Neueinstellungen bei Lehrlingen steigen doch, wir wollen ja auch, wie es im Beschluß des IG Chemie-Gewerkschaftstages hieß, möglichst alle übernehmen." Zwischenruf: „Unsere Forderung heißt nicht ‚möglichst alle'!" Mordskrawall im Saal, Zwischenrufe gegen das Werksleitungsmitglied: „Halts Maul, holt ihn runter!" – Er muß nach einer Weile Schluß machen.

Die Delegation kommt zurück. Bei Betreten vom Bau H 307 hat der Ausbildungsleiter fluchtartig durch die Hintertür den Bau verlassen; der Vorstand ist unabkömmlich!

„Feiglinge, Feiglinge", wird im Saal gerufen. Ein rotes Transparent mit unseren Forderungen wird aufgespannt. Der Beifall hört nicht auf, die Begeisterung ist groß.

Nach weiteren Beiträgen wird nochmal eine Delegation gefordert. „Wer soll mitgehen", fragt die Jugendvertretung vorne. Sprechchöre: „Alle, alle!" Da wird gar nicht darauf eingegangen, eine Delegation wird fortgeschickt.

Ein Jugendlicher geht nach einer Weile vor: „Wenn die vom Vorstand nicht kommen, müssen wir eben hin!" Beifall. Die Jugendvertretung wiegelt ab.

Wie weiter jetzt? Einige Vertrauensleute besprechen sich draußen: „Wir machen den Vorschlag, die Versammlung mittags fortzusetzen und ziehen vorher geschlossen raus zu einer Werksküche außerhalb vom Werk zum Essen."

Die Sozialdemokraten sind nicht unsere Vertreter

Das wird vorgebracht. Der uns bekannte Betriebsrat Häuser erwidert: „Das Gesetz erlaubt das nicht. (...) Man soll jetzt nicht die Fronten weiter verschärfen, und wenn hier eine linke Splittergruppe meint, ihr Süppchen kochen zu können ..." Empörung im Saal über diesen Abwiegler. „Dem gehört doch die Gurgel abgeschnitten", ruft ein Kollege. Es melden sich gleich 3 bis 4 Kollegen zu Wort.

Aber was ist das, was reden die da vorne, das Schlußwort wird vergeben? Ein paar Worte vom anwesenden Bundesjugendsekretär der IG Chemie und Schluß, die Versammlung ist beendet, Mikrophon aus. – Beim Schlußwort haben wir erstmal dagehockt wie bekloppt. Das haben wir nicht erwartet, die Rednerliste haben sie noch nie gestrichen. Bis wir uns gefangen haben, haben die hinteren Reihen schon den Saal verlassen. Ein paar von uns, Vertrauensleute und andere Kollegen, die die ganze Sache vom Warnstreik bis zur Versammlung aktiv vorbereitet hatten, quetschen sich raus. Aber zu spät. Das Transparent wird aufgespannt, es sammeln sich noch viele, aber viele sind schon weg. Marschieren zum Bau der Werksleitung ist nur drin, wenn alle mitmachen, oder wenigstens der Großteil, sonst gibts Druck. Diskussionstrauben bleiben noch lange stehen, so um die 300 Leute. „Da hätten wir aber dran denken sollen, daß die solche Touren aufziehen", sagen die Kollegen. Die Sozialdemokraten in der Jugendvertretung und der Betriebsrat sind isoliert wie noch nie. „Das sind nicht unsere Vertreter", sagen viele und neben mir einer: „Das vom Häuser mit den Splittergruppen war doch auf dich bezogen und den KBW, der soll das Maul nicht so voll nehmen. ‚Splittergruppe', wer hat denn hier gespalten?"

Wir sind uns einig. Wir haben einen Fehler gemacht, nicht gleich welche mit dem Transparent rauszuschicken, um die Kollegen zu sammeln. Wir haben die Sozialdemokraten eben noch unterschätzt. Aber wir haben Erfolge erzielt. Die, die noch Vertrauen in die sozialdemokratische Jugendvertretung und den Betriebsrat hatten, haben gelernt, daß die zu ihren Feinden gehören. Wir haben uns zusammengeschlossen auf eine Resolution, die ausdrücklich sagt, das wir kämpfen werden. Wir haben Solidarität gefunden bei erwachsenen Kollegen.

„Die Sache ist nicht gelaufen, wir werden kämpfen", ist unsere einhellige Meinung. – (BASF-Zelle)

Erfolge des Kampfes:
„Schwierigkeiten bei der Handhabung des § 218“

Am 26.11. hat der SPD-Pressedienst eine Erklärung abgegeben über „Schwierigkeiten bei der Handhabung des § 218“. „Die neuen Vorschriften des Strafgesetzbuches“ seien noch nicht „hinreichend bekannt“, so Adolf Müller-Emmert, SPD-Abgeordneter und Vorsitzender des „Sonderausschusses für die Strafrechtsreform“.

Allerdings, die SPD-FDP-Regierung hat „Probleme mit dem § 218“, wie der „Mannheimer Morgen“ zur Presseerklärung des Herrn Müller-Emmert feststellt. Diese rühren jedoch keineswegs daher, daß der § 218 nicht „hinreichend bekannt“ wäre. Das Gegenteil ist der Fall. Weil die Arbeiterklasse und die Volksmassen ausreichend Erfahrung gemacht haben mit der Unterdrückung, Schikane und Entwürdigung durch diesen Paragrafen, führen sie den Kampf für die ersatzlose Streichung des § 218. Dieser Wille steht in den zahlreichen Beschlüssen in den Gewerkschaften, die Arbeiterklasse hat ihn eindrücklich am 1. Mai 1976 auf den Straßen demonstriert. Er äußert sich darin, daß die Erfassungs- und Spitzelstellen vielerorts angegriffen und bemalt werden, Registrierbögen mancherorts in Flammen aufgegangen sind.

Die Presseerklärung der SPD fährt fort, viele Ärzte hätten keine Vorstellung, was das Gesetz mit der allgemeinen Notlage meine. Gleichzeitig erklären die demokratischen Gewerkschaftsführer in „Metallreport“ 24/76, die „Ärzte unterlaufen den reformierten § 218“: das sind Ablenkungsmanöver. Der Zorn der Volksmassen soll sich nicht gegen das Strafgesetz, gegen den bürgerlichen Staatsapparat richten, sondern gegen Ärzte, die diese „Reform unterlaufen“. Für das Gesetz soll man eingenommen werden. Das ist eine Leimrute. Aufschlußreich ist die Belehrung dieser Ärzte durch Müller-Emmert. Indikationen sollen sie aufstellen zum Beispiel „wenn der Zustand des Ehemannes – seine Geistes- oder Suchtkrankheit – die Verhältnisse belastet“, oder wenn „die Schwangere ... wegen eigener schwerwiegender Behinderung – etwa Epilepsie, Depression, Taubstummheit, Blindheit, fehlende Gliedmaßen – das erwartete Kind nicht in ausreichendem Maße pflegen und erziehen kann“. (Frankfurter Rundschau, 27.11.) Nicht weil die Profitgier der Bourgeoisie große Teile der arbeitenden Menschen direkt ins Elend drückt, gibt es den Zwang zur Abtreibung. Die Unverschämtheit hat ihren Zweck. Es soll vorgetäuscht werden, daß der § 218 ein Gesetz ist, das in Extremfällen die Abtreibung regle. Daß man in solchen Extremfällen auch noch um eine Abtreibung betteln gehen muß, ist übel genug. Der Müller-Emmert nutzt das, um vom Kern der Sache abzulenken: der § 218 ist ein Polizeigesetz zur Unterdrückung der Volksmassen. Man sieht, auf Polizeiknüppel allein verläßt sich die Bourgeoisie nicht. Die Bewegung gegen den § 218 zu unterdrücken, die Strafverfolgung zu betreiben, dazu muß ideologisch der Boden bereitet werden. Die erneute Propagandakampagne der Bourgeoisie soll diesen Zweck erfüllen.

Am 14.12. wird die Bourgeoisie über die SPD-FDP-Regierung ihr Programm für die nächsten vier Jahre verkünden. Soviel ist klar, es ist ein Programm der Ausbeutung und Unterdrückung, der Reaktion auf der ganzen Linie. Der § 218 gehört dazu. Die Komitees und Initiativen rufen zum 11.12., dem Samstag vor der Regierungserklärung, dazu auf, in Kundgebungen, Umzügen und Aktionen der Reaktion einen weiteren Schlag zu versetzen und zum Ausdruck zu bringen: Weder dieser noch einer anderen Regierung wird es jemals gelingen, den § 218 gegen das Volk durchzusetzen. Die Forderung der Massen ist die ersatzlose Streichung des § 218, und sie werden ihn im Kampf gegen die herrschende Klasse zu Fall bringen. Die Bourgeoisie ahnt dies, wenn sie verkündet, daß sie „Probleme mit dem § 218“ hat. – M. Kraft, Mitglied des Zentralen Ausschusses der Komitees gegen den § 218.

Röhm Darmstadt
Soziale Verhältnisse lassen sich nicht streichen – der § 218 muß weg!

Auf der letzten Vertrauensleuteversammlung der Firma Röhm wurde von einer Kollegin, Mitglied des Komitees gegen den § 218, eine Resolution eingebracht, die den DGB auffordert, eine öffentliche Veranstaltung gegen den § 218 durchzuführen, und die Kollegen zur Beteiligung am Aktionstag des Komitees am 11.12. aufrief.

Es hat über diese Resolution in der Vertrauensleuteversammlung scharfe Auseinandersetzungen mit den sozialdemokratischen Betriebsräten darüber gegeben, daß man sich an den Beschluß des IG Chemie-Gewerkschaftstages halten müsse, in dem die Fristenregelung gefordert wird, und nicht weiter für die ersatzlose Streichung des § 218 eintreten dürfe. Die Vertrauensleuteversammlung auf diesen Beschluß des Gewerkschaftstages und damit auf die Fristenregelung festzulegen, ist ihnen jedoch nicht gelungen. Bereits die Vollversammlung der Verwaltungsstelle hat nach dem Gewerkschaftstag unter starkem Beifall festgestellt, daß der Kampf gegen den § 218 weitergeht und daß es gerade auch nach dem Beschluß des Gewerkschaftstages darauf ankommt, weiter in den Gremien der IG Chemie für die ersatzlose Streichung des § 218 einzutreten und den DGB zu Veranstaltungen und Aktionen aufzufordern.

Die Röhm-Kapitalisten, die momentan versuchen, ihren Plan durchzusetzen, daß die Arbeiter Tag und Nacht für sie zur Ausbeutung zur Verfügung stehen, haben in den Sozialdemokraten gute Unterstützung bekommen. Sie versuchen gerade den Arbeitern die 4. Schicht (vollkontinuierliche Schicht) anzupreisen, die für die Arbeiter nichts anderes bedeutet als Lohnraub durch den Wegfall von Überstundenzuschlägen wie die vollkommene Zerstörung des Familienlebens. Deshalb haben sie auch insbesondere auf den folgenden Absatz des Antrages den Angriff geführt. „Wir wissen, daß durch Rationalisierungen bei Röhm, Frauen aus der Wechselschicht nur noch Frühschicht arbeiten sollten. Das hätte für sie bedeutet, daß 200 bis 300 DM im Monat aufgebracht werden müßten, für die Beaufsichtigung der Kinder. Viele Familien haben dieses Geld nicht und so müssen Frauen und Männer wechselweise Schicht arbeiten, um abwechselnd auf die Kinder aufzupassen.“

Auf der Versammlung wurde die Resolution nicht beschlossen, sondern an die Vertrauensleutekörperleitung zur Überarbeitung weitergegeben. Die Sozialdemokraten werden versuchen, die sozialen Verhältnisse, die zur Abtreibung zwingen, aus der Resolution zu streichen, aber Tatsachen lassen sich nicht streichen oder weglügen. Gerade die Frauen, die damals den Kampf gegen die Veränderung des Schichtplans geführt und damit gedroht hatten, ihre Kinder mit zur Arbeit zu bringen, lassen sich keineswegs von den Kapitalisten einschüchtern. Sie haben ihre Forderung, weiterhin in Wechselschicht zu arbeiten, durchgesetzt. Genausowenig läßt sich die Bewegung innerhalb der Gewerkschaft für die ersatzlose Streichung des § 218 einschüchtern oder auf die Fristenlösung herunterbringen. – (Zelle Röhm, Darmstadt)



550 Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge, Schüler und Studenten demonstrierten am 26.11. in Flensburg gegen den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf. Auf der Abschlußkundgebung verlasen Sprecher der dänischen Aktion gegen Kernkraftwerke, der Niebüller Arbeitsgemeinschaft gegen Atomkraftwerke im Wattenmeer und ein Jugendvertreter der Flensburger Werft Solidaritätsadressen. Als Ausdruck ihrer Wut über die unverschämten Hetzartikel der Flensburger Bourgeoispresse kippten die Demonstranten zwei Schubkarren voll Mist vor das Gebäude des „Flensburger Tageblatts“.

Haushaltsplan 1977 der Stadt Heidelberg
Ausplünderung und Unterdrückung im Dienst des Finanzkapitals

Haushaltsplan 1977 der Stadt Heidelberg
Ausplünderung und Unterdrückung im Dienst des Finanzkapitals

Am 6. Dezember findet der Prozeß gegen Helga Rosenbaum wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters Zundel statt. Im Wahlaufruf des KBW zur Oberbürgermeisterwahl hatte es geheißen: „Der Name Zundel steht in Heidelberg für Ausplünderung und Unterdrückung, für Despotie und Niedertracht.“ Diese Wahrheit auszusprechen, will der bürgerliche Staat mit Hilfe seiner Klassenjustiz verbieten.

Wer die Wahrheit unterdrücken will, hat Übles vor. Kürzlich hat Zundel im Auftrag des Finanzkapitals den Haushaltsplan 1977 der Stadt Heidelberg vorgelegt. Der Plan hat ein Gesamvolumen von 334 Millionen DM. Woher die Millionen kommen und wohin sie gehen, zeigt ein Blick: Kommen sollen sie aus den Taschen der arbeitenden Massen, fließen sollen sie in den Geldsack des Finanzkapitals.

Vorgesehen sind Kreditaufnahmen von 22 Millionen. Damit wächst die Verschuldung der Stadt auf über 200 Millionen DM, der größte Teil davon bei den Banken. Allein 27,3 Millionen DM wird das Finanzkapital 1977 an Zinsen und Tilgung einstreichen, 3 Millionen DM mehr als 1976. Die Kreditaufnahme reicht nicht einmal, um die Tributzahlungen an das Finanzkapital zu begleichen. Diese Verschuldung ermöglicht dem Finanzkapital den sicheren Zugriff auf die Politik und erschließt ihm ständig neue Quellen der Bereicherung.

Der Bereicherung der Kapitalisten dient auch die „Altstadtsanierung“. Die Altstadt wirft ihnen noch zu wenig Profit und Grundrente ab – noch mehr Großkaufhäuser sollen her. Dazu wird billiger Wohnraum abgerissen und die arbeitende Bevölkerung in Ghettos außerhalb der Stadt vertrieben. Als eine der „Prioritäten“ sieht der Haushaltsplan 1977 3 Millionen DM für die „Sanierung“ vor. Darüberhinaus „saniert“ die Stadtbürokratie mit den Geldern der Werktätigen – 68,9 Millionen DM bis 1980 – u.a. für C & A und die Rheinisch-Westfälische Immobiliengesellschaft.

Die bürgerliche Gesellschaft ist in Klassen gespalten. Die Kapitalistenklasse lebt von der Ausbeutung der Arbeiter. Das reicht ihnen nicht. Gerade in der Krise, in der die Profitproduktion ins Stocken gerät, treiben sie immer unverhüllter die Ausplünderung der Arbeiterklasse und der Volksmassen voran. Nachdem 1976 in Heidelberg bereits folgende Gebühren bis zu 19 Prozent erhöht wurden: Abwasser, Müll, Jugendfreizeitstätten, Essensgeld in Schülerhorten, Säuglingskrippen, Krabbelstuben, Schulkinderhorte, Pflegesätze in Altersheimen, Friedhofsgebühren; nachdem Erhöhungen der Müllabfuhr von 5 Prozent für 1977 und 6 Prozent für 1978 beschlossen wurden, hat das Finanzkapital als weiteren Auftrag erteilt: Die Wassergebühren müssen 1977 um 18,5 Prozent, bis 1980 um weitere 26 Prozent erhöht werden, ebenso auch die Abwassergebühren. Diese Erhöhungen treffen die Werktätigen. Die Kapitalisten werden durch Sondertarife subventioniert, wie diese Beispiele zeigen: 1 Liter Hausmüll kostet 1,85 DM, 1 Liter Kapitalistenmüll 0,85 DM. Strom für Privathaushalte: 15 bis 20 Pfennig, für die Kapitalisten: 7 Pfennig.

Der „Nachholbedarf an Schulen“ sei Nummer 1 der Prioritäten, verkündete Zundel auf der Haushaltsdebatte. Hinter diesen schönen Worten verbirgt sich: Die Ausgaben für Grund- und Hauptschulen werden von 694 000 DM 1976 auf 502 000 DM 1977 gesenkt. Die Verrottung des Volksbildungswesens wird planmäßig vorangetrieben. Nur daran hat die Kapitalistenklasse noch großen „Nachholbedarf“.

Ein weiterer Angriff wird geführt auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. In der Haushaltsdebatte rühmte Zundel anhand zweier Beispiele die Fortschritte bei der kapitalistischen Rationalisierung. In der Personalküche seien 1975 drei bis vier Hauptkräfte beschäftigt gewesen, 1976 nur noch drei bis vier Halbtagskräfte. Bei der HSB seien, nachdem schon in den vorigen Jahren 200 Arbeitskräfte herausrationalisiert worden seien, seit 1975 weitere 90 Angestellten aus den Bereichen Lagerhaltung und Allgemeine Verwaltung eingespart worden. Damit müsse man fortfahren: „Die Personaldecke sei so ausgedünnt“, berichtete die bürgerliche Presse über die Haushaltsdebatte, daß jetzt 17 neue Planstellen geschaffen werden müßten. „Gezielte Fachkräfte“ wolle er einstellen, verkündete Zundel. Was er meint, liegt auf der Hand: Neue Antreiber und Aufseher sollen eingesetzt werden, um Mehrarbeit, Lohndrückerei und politische Entrechtung durchzusetzen und die Bewegung der Beschäftigten niederzuhalten. Überhaupt: Zundel und seine Gemeinderatskumpanen haben den Zorn und den Widerstand der Volksmassen gegen ihre Politik zu spüren bekommen. Sie können sie nur durch wüste Unterdrückung durchsetzen. Zielstrebig gehen sie daran, den Unterdrückungsapparat auszubauen. Die Polizei wurde dank der „freundlichen Hilfe“ Filbingers massiv verstärkt, sie ist jetzt so zahlreich, daß man keine Minute auf der Straße sein kann, ohne einer Fußstreife zu begegnen. Ein Heer von bei den Volksmassen verhaßten „Blaumännern“ wurde eingestellt, das keine andere Aufgabe hat, als den ganzen Tag Strafzettel zu verteilen und Spitzel- und Zuträgerdienste zu leisten. Für den Stadthaushalt bringt diese Tätigkeit eine zusätzliche Einnahme von mindestens 300 000 DM im Jahr.

Die Politik der Ausplünderung und Unterdrückung, die Zundel im Auftrage des Finanzkapitals durchführt, ruft unvermeidlich den Widerstand der Volksmassen hervor. Eine weitere Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen können sie nicht hinnehmen. Auf einem Tribunal gegen Zundel und seine 39 Kopfnicker, das organisiert und veranstaltet wurde vom Ausschuß gegen die Fußgängerzone, Bewohnern der vom Abriß bedrohten Siemensstraße, Arbeitern von Teroson, Stotz und Teldix, Komitees gegen den § 218, HSB-Komitees, verschiedenen Jugendzentrumsinitiativen, dem Bezirksverband Rhein-Neckar II des KBW u.a., wurde die Politik der Staatsmacht heftig angegriffen. Gegen den Ausschluß H. Rosenbaums aus dem Gemeinderat verabschiedeten 600 Teilnehmer eine Resolution, in der sie R. Köhler, Mitglied der Bezirksleitung des KBW, verpflichten:

„Rolf Köhler soll ihren Platz einnehmen mit der Verpflichtung, folgende Aufträge durchzuführen:

Bei seinem Amtsantritt soll er die Unterschriftensammlung gegen den Ausschluß von Helga Rosenbaum dem Oberbürgermeister Zundel als Vorsitzendem des Gemeinderats auf den Tisch legen und vertreten, daß dieser Ausschluß fallen muß.

Dann soll er die Eintrittskarte in den Gemeinderat erwerben und vereidigt werden, um den Kampf gegen die bürgerliche Klasse auch dort zu führen.

Er soll gegen den geplanten Haushalt der Stadt auftreten und ihn ablehnen. Bei jeder einzelnen Maßnahme des Gemeinderats gegen das Volk soll er ihre Zwecke enthüllen, sie angreifen und ablehnen.

Er soll unsere Ziele darlegen, die gerechten Kämpfe, die wir führen, propagieren und zur Organisierung und Führung dieser Kämpfe seinen Beitrag leisten.

Er soll keinerlei Geheimhaltungspflichten der Bürgerlichen im Gemeinderat anerkennen und uns alle Informationen zur Verfügung stellen, die uns in die Lage versetzen, besser gegen die bürgerliche Klasse zu kämpfen.“

– (g., Zelle Altstadt Heidelberg / Red.)

Bremen. Vor sechs Wochen wurde Frau M. auf Grundlage des § 218 zu 450 DM Geldstrafe, ersatzweise 90 Tagen Haft verurteilt. Der Richter sagte in der Urteilsbegründung des Prozesses, der nur unter starkem Polizeieinsatz zu Ende gebracht werden konnte: „Nur unter großen Bedenken sehe ich von einer Freiheitsstrafe ab. Mit dem ungeborenen Leben kann man nicht machen, was man will.“

Fünf Wochen nach dem Prozeß starb ein Säugling von Frau M. Der herbeigerufene Arzt rief, da er angeblich die Todesursache nicht feststellen konnte, nach der Kriminalpolizei. Diese überfiel mit zehn Beamten die Wohnung, um die Leiche des Kindes zur Obduktion zu beschlagnahmen. Nach zweieinhalb Tagen erfuhr Frau M., daß Herzversagen die Todesursache des Kindes war.

Der Kampf, der gegen den Prozeß von Frau M. in Bremen geführt wurde, hat die Bourgeoisie getroffen. (KVZ Nr. 42) Mit kleinlich gehässiger Schikane versucht sie nunmehr Vergeltungsschläge gegenüber Frau M.

Bremen. Am 21.9. hat sich in Bremen-Hemelingen eine Untergruppe der Initiative gegen den § 218 gegründet. Sie hat mobilisiert zum Prozeß gegen Frau M., die wegen Beihilfe zur Abtreibung angeklagt war. Seit dem Prozeß hat sich die Untergruppe von sieben Mitgliedern bei der Gründung auf jetzt fünfzehn vergrößert, darunter auch Frau M. In Bremen gab es acht Untergruppen der Initiative gegen den § 218 vor dem Prozeß von Frau M. Anfang Dezember wird die 17. gegründet.

Deutsche Ärztekammer: Schützenhilfe für Lohnraub und Ausplünderung. Professor J. Volhard Deneke, Hauptgeschäftsführer der Bundesärztekammer, im „Deutschen Ärzteblatt“:

Es könne „nicht weiterhin die Funktion der Solidargemeinschaft der Versicherten sein, diejenigen, die gesundheitsbewußt leben, für die Schäden aufkommen zu lassen, die die im Rauchen, Trinken und sonstigen Lebensgenuß Unmäßigen sich selbst zufügen. Die derzeitige Bestrafung gesunder Lebensführung durch die Kollektivschuld für Genußmittelmißbrauch und Unmäßigkeit müsse ein Ende haben, meint Deneke. Zur Begründung“ einer „zweckgebundenden Verbrauchssteuer“ für Genußmittel und Luxusbedarf“ schreibt Deneke, „schon während des schädigenden Konsums müsse kollektiv die Rücklage gebildet werden, aus der die individuellen Schäden finanziell zu regulieren sind“.

Hamburg. Auf ihrer Mitgliederversammlung am 26.11. verabschiedete die Fachgruppe Buchhandel und Verlage eine Resolution gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf. Alle Versuche, die Verabschiedung der Resolution zu verhindern oder auf das nächste Mal hinauszuzögern, scheiterten an dem festen Willen der meisten anwesenden Kollegen, den Kampf **jetzt** zu unterstützen, so daß sich schließlich nur noch Sekretär Cohn gegen die Resolution wandte.

Außerdem wurde der Ortsverwaltungsvorstand aufgefordert, die geplante Demonstration der Bürgerinitiativen in Hamburg zu unterstützen. Eine Geldsammlung für die Arbeit der BUU erbrachte 44,60 DM.

tungsvorstand aufgefordert, die geplante Demonstration der Bürgerinitiativen in Hamburg zu unterstützen. Eine Geldsammlung für die Arbeit der BUU erbrachte 44,60 DM.

Wunstorf/Hannover. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag hat die Polizei in Wunstorf auf einen 22-jährigen Arbeiter geschossen, der in eine Würstchenbude eingedrungen war. Als die Polizei kam, wollte er fliehen. Dabei ist er von einer gezielten Polizeikugel in den Rücken getroffen worden. Ein Warnschuß wurde vorher nicht abgegeben. Der Arbeiter schwebt in Lebensgefahr. Die Kugel hat ihm die Wirbelsäule zertrümmert, so daß er sein Leben lang querschnittsgelähmt ist. In den neuen Polizeigesetzen der Länder hat die Bourgeoisie den gezielten Todesschuß ihrer Polizei gesetzlich verankert. „Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ – so hat sie im Grundgesetz die blutige Unterdrückung der Volksmassen bemäntelt.

„Reform“ des Asylrechts: Bessere Möglichkeiten zur Ausweisung sollen geschaffen werden. 1975 haben sich in der BRD 9 627 Ausländer um Anerkennung als politische Flüchtlinge beworben. Von ihnen erhielten bis heute 2 927 Asyl. Gemessen an der Gesamtzahl von vier Millionen Ausländern in der BRD ist diese Zahl gering. Allerdings handelt es sich bei den Asylberechtigten häufig um politische Flüchtlinge aus Ländern der Dritten Welt, die für die Unabhängigkeit ihres Staates, für die Befreiung ihrer Nation vom Imperialismus und Feudalismus und für die Revolution ihres Volkes gekämpft haben. Bundesregierung und Länderregierungen planen eine Erschwerung des Zugangs zum Asylverfahren und eine Verkürzung. Dies teilte ein Vertreter des Innenministeriums Baden-Württemberg auf einer Caritas-Konferenz am 28.10.1976 mit. Die Änderungen sollen hauptsächlich in drei Punkten erfolgen:

– Den Ausländerbehörden werden erweiterte Vorprüfungsrechte eingeräumt. Sie werden einen Asylbewerber postwendend und ziemlich unkontrolliert abschieben können.

– Das Asylverfahren beim Bundesamt soll durch Beschneidung von Rechtsmitteln drastisch verkürzt werden. Das Widerspruchsverfahren im Bundesamt selbst soll wegfallen.

– Schon während des Asylverfahrens soll gegen den Asylbewerber eine Ausweisungsverfügung ergehen können, wenn er einen Ausweisungsgrund liefert.

An fast allen Hochschulen finden in dieser Woche Aktionen und Streiks statt gegen den Versuch der herrschenden Klasse, das Existenzniveau der Studentenmassen auf ein Hungerdasein zu drükken, gegen die politische Entrechtung an den Hochschulen und die Unterdrückung durch die Hochschulbeamten. An zahlreichen Fachhochschulen wird in den Aktionen und Streiks die Aufhebung des Numerus Clausus an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen für Fachhochschulstudenten verlangt. Die bürgerlichen Politiker im VDS-Vorstand, die zu diesen Aktionstagen aufgerufen haben, versuchen die große Zersplitterung dieser Bewegung auszunutzen, um die politische Spaltung der Studentenbewegung durch ihre Politik der Klassenversöhnung durchzusetzen. Die revolutionären und kommunistischen Studenten bekämpfen diese Auslieferung der Interessen der Studentenmassen und unterstützen ihre Aktionen gegen den imperialistischen Staatsapparat. Sie treten für den Zusammenschluß der Studentenmassen ein, um durch einen Streik an allen Hochschulen des Landes ein Ausbildungsentgelt zu erzwingen, von dem man leben kann.

Westberlin. Auf der Vollversammlung der FU beschlossen 3 000 bis 4 000 Studenten in der vergangenen Woche uniweiten Streik unter anderem unter den Forderungen: „Weg mit den Berufsverboten“ und „Einstellung aller Disziplinar- und Ermittlungsverfahren an der FU“. Der von allen Opportunisten unterstützte neue Präsident der FU, Lämmert, wurde in der vergangenen Woche in sein Amt eingeführt. Seine erste Amtshandlung: Polizeischutz für den Dozenten Bellinger, der seit Wochen von den Studenten wegen seiner Prüfungsbedingungen bekämpft wird.

Heidelberg. Im Studentenparlament der Universität wurden die Jusos gezwungen, folgenden Antrag zu stellen, der beschlossen wurde: „Der AStA der Uni Heidelberg wird aufgefordert, die Einberufung einer a.o. VDS-MV noch in diesem Jahr zu beantragen, auf der bundesweite Kampfschritte gegen das HRG und für eine Erhöhung des BAFöG beraten werden sollen. Der AStA wird dazu aufgefordert, sich auf dieser MV für die Durchsetzung von Urabstimmungen an den Hochschulen einzusetzen, in denen über die Durchführung eines bundesweiten Streiks zur Zurücknahme des HRG und für kostendeckende Ausbildungsförderung entschieden wird.“

Darmstadt. Am 25.11. haben 1 700 Studenten auf der Gesamtvollversammlung der Fachhochschule Warnstreik für diese Woche beschlossen. Werden die Forderungen zum BAFöG und gegen Verschärfung der Studienbedingungen nicht erfüllt, wollen die Studenten für landes- bzw. bundesweiten Streik im Sommer eintreten.

Hamburg. An allen Hamburger Hochschulen wird in dieser Woche gestreikt. Fast 4 000 Studenten haben auf der Uni-Vollversammlung nahezu einstimmig einen Warnstreik von Dienstag bis Donnerstag beschlossen. Der Streik richtet sich gegen den Entwurf eines Landeshochschulgesetzes. Weiterhin beschloß die Vollversammlung mit knapper Mehrheit gegen überwiegend Enthaltungen die von den Revisionisten im AStA vorgeschlagenen Forderungen nach 600 DM BAföG und 1 200 DM Elternfreibetrag sowie die VDS-Postkartenaktion. Alle dreizehn Hamburger Fachhochschulen streiken ebenfalls.

Kiel. Am 25. November fand eine Uni-Vollversammlung mit etwa 800 Teilnehmern statt. Eine klare Mehrheit der Studenten sprach sich für eine außerordentliche Mitgliederversammlung der VDS noch vor Weihnachten aus. Der AStA, der von den Jusos besetzt ist, wurde beauftragt, sich dafür einzusetzen. Die Forderung nach Erhöhung des Elternfreibetrages auf 1 500 DM fand ebenfalls eine klare Mehrheit, die Forderung nach Erhöhung des Bedarfssatzes auf 600 DM wurde mit knapper Mehrheit gegen die Forderung 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher beschlossen. Für die VDS-Aktionstage wurden Veranstaltungen zum BAFöG mit Vertretern der VDS, des Kultusministeriums und der Hochschulleitung festgelegt. Die Jusos im AStA weigern sich, diese Beschlüsse anzuerkennen, weil nicht genügend Studenten dagewesen seien.

Osnabrück. Die Vollversammlung der Fachhochschulstudenten mit etwa 500 Teilnehmern hat am 19.11. einen dreitägigen Streik beschlossen gegen die Unterdrückung durch das BAFöG und gegen die Verschärfung der Studien- und Prüfungsbedingungen. In der Resolution wird der AStA aufgefordert, „sich für die sofortige Einberufung einer VDS-Mitgliederversammlung einzusetzen. Diese Mitgliederversammlung wird endgültig die BAföG-Forderung beschließen, und sie muß beschließen, daß an allen Hochschulen der BRD und Westberlins eine Urabstimmung durchgeführt werden muß über diese Forderung und für Streik bis zur vollen Durchsetzung dieser Forderung.“

Nienburg. An der Fachhochschule Nienburg wird in dieser Woche gestreikt für die Forderungen nach vertraglicher Regelung mit dem Staat über 100 DM mehr für alle BAföG-Bezieher und 1 500 DM Freibetrag.

Braunschweig. Am 25. November beschloß eine Vollversammlung aller Braunschweiger Hochschulen gegen die Essenspreiserhöhung von 1,40 DM auf 1,80 DM den Kampf durch Mensaboykott in der sechsten und siebten Woche fortzusetzen.

In den Lehrveranstaltungen:

Kampf gegen die bürgerliche Professorenreaktion

Die Bourgeoisprofessoren, die dafür bezahlt werden, das Eigentum und die Herrschaft der Kapitalistenklasse zu verteidigen, werden durch den Kampf der Studentenmassen gegen diese Wissenschaft empfindlich getroffen. Die Reaktionäre unterdrücken die Studentenmassen mittels ihrer Prüfungsgewalt und üben Polizeigewalt aus, wo ihnen die Studentenmassen Widerstand entgegensetzen. Sie verteilen dutzendweise Referatthemen und Seminaraufgaben und betreten die Lehrveranstaltungen mit ellenlangen Listen voller schwülstiger Büchertitel, in der Hoffnung, die Sache zu verwirren und die Studentenmassen mit der Unmasse von reaktionärem Zeug zu erschlagen. Die bürgerliche Wissenschaft, die diese Reaktionäre vertreten, hat solchen Schutz und solche Methoden nötig, denn es ist die Anschauung einer verfaulenden und zum Untergang verurteilten Klasse.

Die Studentenmassen aus den besitzlosen Klassen greifen diese Wissenschaft und Dressur, der sie an der Hochschule unterworfen werden, an. Die Klassengegensätze zwischen den Bourgeoisstudenten und Hochschulbeamten auf der einen Seite und den besitzlosen Studentenmassen treten im Kampf schroff hervor. Die Zelle des Kommunistischen Studentenbundes Göttingen am Institut für Leibesübungen berichtet über die Entwicklung dieses Kampfes:

Henze, Direktor des Instituts für Leibesübungen, hat gegenüber den Teilnehmern erklärt, sein Hauptseminar nur weiterführen zu wollen, wenn die Mitglieder des Kommunistischen Studentenbundes in seinem Seminar die folgende Erklärung unterschreiben:

„Ich distanziere mich hiermit von dem Beschluß vom 18. Oktober 1976, die Lehrveranstaltungen von Professor Henze nicht zustandekommen zu lassen. Ich nehme zugleich die in der Sitzung vom 15. November 1976 abgegebene Erklärung zurück, weiterhin innerhalb und außerhalb des Seminars die Arbeit dieses Seminars bekämpfen zu wollen, ebenso die auf Wandzeitungen und in Flugblätter veröffentlichten unwahren und diffamierenden Äußerungen:

1. Dieses Seminar diene der theoretischen Rechtfertigung von Unterdrückung.
2. Die Teilnehmer des Seminars seien Unterdrückungsmaßnahmen ausgesetzt, sie sollten dressiert werden, es bestehe Meinungszensur.
3. Dieses Seminar diene nicht wissenschaftlicher Arbeit und Wahrheitsfindung, sondern der Verbreitung von Lügen und wissenschaftlichen Plattheiten und Banalitäten und haarsträubendem Unsinn.

Ich bin bereit, durch Unterlassung solcher Handlungen, unsachlicher Polemik und persönlicher Diffamierung die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit im Seminar wiederherzustellen und damit einen konstruktiven Beitrag für die Durchführung dieses Seminars zu liefern.“

Dieser Brief, der an alle Seminarteilnehmer per Brief und an die Mitglieder des Kommunistischen Studentenbundes per Einschreiben am letzten Freitag zugesandt wurde, ist vorläufiger Höhepunkt einer Auseinandersetzung, die seit Semesterbeginn in diesem Seminar geführt wird. Am 18. Oktober hatte die Vollversammlung der Sportstudenten den Beschluß gefaßt, Henzes Lehrveranstaltungen solange nicht zustandekommen zu lassen, bis die Zensurenlisten herausgegeben sind. 30 Studenten haben Henze in seinem Büro aufgesucht und die Herausgabe der Liste verlangt. Anlaß war jetzt eine von uns veröffentlichte Wandzeitung, auf der eines der über 80 von Henze angegebenen Bücher angegriffen wird. Das Thema des Seminars lautet „Der Athlet in der Antike“, und das angegriffene Buch ist von U. Popplow und trägt den Titel „Leibesübungen und Leibeserziehung in der griechischen Antike“. Dieses Buch ist deshalb interessant, weil dort Prof. Henze als Redaktionsmitglied geführt ist und man davon ausgehen kann, daß er die inhaltlichen Positionen teilt. Bis heute hat er sich davon auch nicht distanziert.

Die Wandzeitung trägt die Überschrift: „Henze-Seminar – wissenschaftliche Plattheiten und theoretische Rechtfertigung für Unterdrükkung“. Popplow gibt bereits im Vorwort an, welchen Standpunkt er in der Untersuchung der Geschichte einnimmt. „Das Lebens- und Daseinsgefühl des Menschen ist die sinngebende Mitte. (...) Von dort muß die Deutung der Ereignisse und Tatsachen vorgenommen werden.“ Also: die Mitte, die allem einen Sinn gibt, ist das Gefühl, das Denken, der Geist des Menschen. Folgerichtig heißt es dann im Buch, daß zum Beispiel „der Schiffsbau der Griechen dem Drang nach Weite entspringt“ und alles ihrem „planenden Geist“ zu verdanken sei. Das Seminar ist Teil der Sportlehrerausbildung. Der Sportunterricht ist in den Schulen des imperialistischen Staatsapparates Mittel der Unterdrükkung der Jugend der arbeitenden Klassen, der Verstümmelung ihrer Fähigkeiten und ihrer Zurichtung zur Lohnsklaverei. Ihre Rebellion muß gerade auch im Sportunterricht unterdrückt werden. Dazu soll den künftigen Sportlehrern eingetrichtert werden, daß die Welt bestimmt ist durch Gefühle und Ideen und nicht durch die Entwicklung der Produktivkräfte und den Klassenkampf.

Die erste Reaktion Henzes: „Kommt die Wandzeitung nicht ab, wird das Seminar abgebrochen.“ Auf der Wandzeitung stünden eine „Fülle von Lügen, Unterstellungen und Diffamierungen“. Nachdem die Seminarteilnehmer (32) sich geeinigt hatten, die Arbeit im Seminar auf sachlicher Grundlage weiterzuführen, daß dem Erpressungsversuch von Henze aber nicht nachgegeben wird, folgte der zweite Angriff: Jeder Teilnehmer des Seminars erhielt einen Brief, der folgendermaßen endete: „Ich fordere diese (drei KSB-Mitglieder) daher auf, dem Seminar zukünftig fernzubleiben. Sollte dies nicht geschehen, werde ich dem Rektor der Universität mitteilen müssen, daß das Seminar nicht durchführbar ist und ausfällt.“ Niemand ist ferngeblieben. Auch nach dreimaliger Aufforderung und Androhung einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch hat sich daran nichts geändert. Daraufhin ging Henze. Allerdings nicht ohne zu versichern, daß „für die übrigen Seminarteilnehmer das Seminar gesichert“ sei – bei ihm in der Privatwohnung – verteilte einen Wegeplan und verließ den Raum. Die Teilnehmer haben sich nicht spalten lassen. Eine einstimmig verabschiedete Erklärung bildete die Grundlage für eine Verhandlung mit Henze. Mit einigen Änderungen, die von allen angenommen wurden, wurde letzten Dienstag eine „Einigung“ erzielt. Das Seminar sollte mit allen Teilnehmern weiterlaufen. Am 26. November jedoch erhielten wiederum alle einen Brief, der die oben angeführte Erklärung enthielt. Als bis zur festgesetzten Frist die unterschriebenen Erklärungen nicht eingetroffen sind, hat Henze das Seminar für Montag Abend abgesetzt. Stattdessen soll es nächste Woche wieder stattfinden. Trotzdem sind 31 Seminarteilnehmer abends erschienen, um zu beraten, wie jetzt vorzugehen ist. Die Taktik Henzes wurde so eingeschätzt, daß er jetzt allen „genehmen“ Studenten wiederum einen Brief schreibt, in dem Zeit und Ort der nächsten Seminarsitzung bekanntgegeben wird, um so die Auslese durchzusetzen. Wir kennen das bereits vom historischen Fachbereich. Dagegen und gegen sieben Seminarteilnehmer, die auch unter Polizeischutz am Seminar teilnehmen würden, haben die restlichen Studenten beschlossen, unter allen Sportstudenten Unterschriften zu sammeln für die Forderungen: Bedingungslose Durchführung des Seminars mit allen Teilnehmern! Für das Recht auf freie wissenschaftliche und politische Betätigung! Mit dieser Aktion soll eine Vollversammlung der Sportstudenten vorbereitet werden, die über das weitere Vorgehen beschließt. 21 Seminarteilnehmer beteiligen sich aktiv an dieser Agitation und Sammlung im Institut für Leibesübungen. – (Kommunistischer Studentenbund Göttingen / Red.)

Die Jusos und das reaktionäre Ausbildungsförderungsgesetz:

Verzweifelte Rettungsversuche

Die vereinigten Jungsozialisten, Jungliberalen, DKP-Revisionisten und Opportunisten Marke „Sozialistisches Büro“ im VDS-Vorstand haben schon allerhand an Ausreden losgelassen, um sich um die Organisierung des Kampfes für ein Ausbildungsentgelt, von dem man leben kann, herumzudrükken. Diese Ausreden haben nichts genutzt. Ein Teil der Studenten hat inzwischen seine BAFöG-Bescheide in Händen und damit das Ergebnis der Politik der Vereinigten Deutschen Studentenschaften unter der Führung von Sozialdemokraten. Dies Ergebnis dokumentiert zigtausendfach, wieweit die herrschende Klasse kommt, wenn die Kampfkraft der Studentenmassen zersplittert und ihre Interessen wegen Klassenversöhnung verschaukelt werden.

Prompt haben die Jusos im VDS, die es wesentlich zu verantworten haben, rechtzeitig vor den Aktionstagen eine „politische Plattform“ plaziert. Damit versuchen sie die Flucht nach vorn anzutreten: „Wir fordern eine kostendeckende Ausbildungsförderung für alle Studenten und einkommensschwache Familien. Der DGB hat in diesem Sinne einen Förderungsbetrag von 690 DM bei einem Elternfreibetrag von 1390 DM befürwortet“, heißt es in dieser Juso-Plattform. Gleichzeitig setzen sie sich mit der Verbreitung dieser Plattform ab von der „BAFöG-Postkartenaktion“, die sie zu Semesterbeginn im VDS-Vorstand ausgekungelt hatten.

Die Jusos fürchten mit Recht, daß sich die Studentenmassen mit Hilfe der „VDS-Sofort-Forderung 1200 DM Elternfreibetrag“ nicht abspeisen lassen. Ebensowenig werden sich die Studentenmassen durch die Aufforderung, für diese „Sofortforderung“ eine Postkarte an die Regierung zu schikken, an der Fortsetzung ihres Kampfes hindern lassen. Mit ihrer jetzigen Forderung legen die Jusos im VDS deshalb einen Köder aus. Als besonders schmackhaft empfinden sie ihn, da er durch ihre Parteifreunde in der DGB-Führung „befürwortet“ wird. 690 DM – das hört sich gut, ja stattlich an, wenn man nicht weiß, wovon man die nächsten Monatsmieten bezahlen kann. Eine Forderung in ähnlicher Höhe hat bisher nur der RCDS und entsprechende Organisationen von Bourgeoisstudenten an Hochschulen vertreten. Das ist ungefähr der Mindestbedarf, den die Bourgeoisstudenten für sich bei ihren Eltern geltend machen, dabei das Auto natürlich nicht eingerechnet. Im Elternfreibetrag dagegen sind die Jusos merklich zurückhaltender. Hier betrachten sie 1390 DM für genug.

Von Nutzen ist also die Juso-Forderung für die reichen Studenten. Sie ist ihnen willkommene Unterstützung, wenn sie sich mit ihren Eltern über die Höhe der monatlichen Bezüge aus Besitz und Reichtum streiten. Für die Studentenmassen dagegen ist diese Forderung ein Hohn. Denn sie bedeutet nach diesem Gesetz eine „Erhöhung“ ihres eigenen „Bedarfs“, die Deckung dieses erhöhten Bedarfs geschieht gesetzlich aber aus dem Lohn der Eltern, soweit er über den Freibetragsgrenzen liegt. Die Forderung der Jusos richtet sich gegen die Eltern, soweit diese Lohnabhängige sind. Gleichzeitig eröffnen die Jusos damit ihren Parteifreunden in der Regierung alle Möglichkeiten, mit Hilfe des Gestrüpps von „Freibetrags-“ und „Bedarfssätzen“ die Studentenmassen zu spalten und zu betrügen.

Wenn auch Höhe und Charakter der Juso-Forderung Betrug und reaktionär sind: was treibt die Jusos zu einer solchen Forderung, wo sie doch genau wissen, daß Helmut Schmidt in seiner Regierungserklärung in zwei Wochen weit entfernt davon ist, dieses Versprechen aufzufangen? Die Jusos treten mit dieser Forderung an in der Hoffnung, das reaktionäre Ausbildungsförderungsgesetz vor dem Angriff der Studentenbewegung retten zu können. Denn auf zahlreichen Fachbereichsvollversammlungen und in Lehrveranstaltungen wurden bereits Forderungen verabschiedet, die den Zusammenschluß der Studentenmassen gegen die Politik der herrschenden Klasse stärken, weil sie die Einheit der Studentenmassen ermöglichen und stärken. Diese Forderungen sind: 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher und 1500 DM Elternfreibetrag rückwirkend ab 1. Oktober.

Mit dieser Forderung greifen die Studenten nicht etwa mit dem Staat und den Gerichten ihre lohnabhängigen Eltern, sondern den bürgerlichen Staatsapparat an. Das ist der feine Unterschied.

Das Manöver der Jusos ist offensichtlich. Es wird nicht wirken. In Heidelberg waren die Jusos an der Universität in der letzten Woche gezwungen, einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen VDS-Mitgliederversammlung zur Beschlußfassung über Kampfmaßnahmen im Studentenparlament einzubringen. Das wurde beschlossen. In der Vollversammlung der Kieler Universitätsstudenten wurde in der letzten Woche ebenfalls die Forderung nach einer a.o. Mitgliederversammlung der VDS beschlossen. Entsprechende Beschlüsse wurden an einer Reihe von Fachhochschulen gefaßt. Die Lage der Studentenmassen zwingt zum Kampf, die Betrugsmanöver der Opportunisten werden blaß. – (hj)

Bilanz eines Studiums

Zum Wintersemester 1970/71 habe ich das Studium mit dem Ziel, Lehrer zu werden, aufgenommen. Während ich noch zu Beginn den vollen Förderungssatz erhielt, sank dieser bis zum Ende meines Studiums fast bis auf null ab, einzig bedingt durch tarifliche Lohnerhöhungen meiner Mutter (Bankangestellte). Deswegen war ich gezwungen, ein „freiwilliges“ monatliches Darlehen aufzunehmen (dies ist für diejenigen möglich, die schon Studienförderung nach dem Honnefer-Modell erhalten haben), wozu in den letzten beiden Jahren noch die Pflichtdarlehen des Staates kamen, sodaß ich am Ende meines Studiums im Dezember 1976 mit *11 409 DM Schulden,* die ich an den Staat zurückzahlen muß, dastehe.

Dazu kommt noch, daß der Höchstförderungssatz den tatsächlichen Bedarf für den Lebensunterhalt nie deckte, sondern der Rest aus anderen Quellen finanziert werden mußte (Beitrag aus dem Lohn der Mutter, Ferienarbeit, zusätzlich Schulden). – (k., Göttingen)

Jahr	Höchstförderungssatz (100 %)	Zuschuß	in % von Höchstförderungssatz	Darlehen		Einkommen der Mutter	
				freiw.	Pflicht	Brutto-	Netto-
Okt.-Dez. 1970	350,-	350,-	100 %	–	–	–	430,-
1971	400,-	400,-	100 %	–	–	–	430,-
71/72	427,-	427,-	100 %	–	–	702,-	540,-
72/73	427,-	197,-	46 %	203,-	–	1287,-	969,-
73/74	420,-	160,-	38 %	240,-	–	1376,-	1056,-
74/75	500,-	231,-	46 %	89,-	80,-	1444,-	1103,-
75/76	500,-	159,-	33 %	161,-	80,-	1593,-	1177,-
Okt.-Dez. 1976	550,-	9,-	1,6 %	261,-	130,-	1749,-	1377,-

Erläuterungen zur Tabelle:
Das Nettoeinkommen besteht aus den Bruttoeinkommen abzüglich Steuern und Sozialabgaben.
Die Möglichkeit, ein freiwilliges Darlehen aufzunehmen, besteht nur für diejenigen, die schon Studienförderung nach dem Honnefer-Modell bekamen.

HAMBURGER HOCHSCHULGESETZ ENTWURF

Die Hochschulen und ihre Mitglieder sind gehalten, die Freiheit in Lehre und Studium auf Grundlage der Verteidigung des Privateigentums zu nutzen und zu wahren (§9,1) Die zuständige Behörde kann anstelle der Hochschule handeln, wenn deren Organe handlungsunfähig sind oder die Hochschule es rechtswidrig unterläßt zu handeln (134,2)

Laßt uns nunmehr nach § 9 zusammenwirken! Nach §122 kann dazu die Öffentlichkeit auf Antrag ausgeschlossen werden, über den Antrag ist unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu beschließen!

HOCHSCHULRAT

Öffentlichkeit ist nach Maßgabe vorhandener Plätze zugelassen (§57,1)

PRÜFUNG nicht stören

Sie haben gestern ein Brot mit Holsteiner Schinken gegessen. Wer sich Holsteiner Schinken leistet, kriegt kein BaföG.

AMT FÜR AUSBILDUNGSFÖRDERUNG

Der Sonderforschungsbereich Afrikanistik lehnt es ab, den Tatbestand der Lohnarbeit im Dienste privater Unternehmen als Ausbeutung zu bezeichnen!

NIEDER MIT IMPERIALISMUS UND REAKTION!!

Ihr könnt mir viel erzählen, ich bin ausschließlich meinem Gewissen verpflichtet!

SONDERFORSCHUNGSBEREICH AFRIKANISTIK

SVV HEUTE!

ICH BIN EIN LIBERAL

Arschloch!

Hören Sie-der ASTA muß 2 Flugblätter zu Südafrika sofort zurückziehen!

Eben, den lassen wir jetzt fallen. Drinstehen muß, daß wir jetzt selbst eingreifen.

Aber die waren doch für Vorster!

RCDS

NIEDER MIT DEM SCHWARZEN TERROR IN SÜDAFRIKA! SOLIDARITÄT MIT VORSTER! RCDS

SONDERFORSCHUNGSBEREICH ISOLATIONSFOLTER

Nach § 43(3) können wir den Besuch dieser Lehrveranstaltung beschränken, wenn dies zu deren ordnungsgemäßer Durchführung geboten ist!

Sie haben es mehrfach und trotz wiederholter Aufforderung unterlassen, den Professor Thielicke vor den Angriffen kommunistischer Rowdies zu schützen. Nach § 41(1,2) muß ich Sie daher für 2 Jahre von allen Hochschulen im Geltungsbereich des HRG ausschließen.

Das kann halten, muß aber nicht!

ORDNUNGSAUSSCHUSS

Biallas! Dein Entwurf gefällt mir! Aber - durchsetzen müssen wir ihn.

GRUNDGESETZ

Sozialistische Studenten Gruppe

Herrenwaldtkaserne, Stadt Allendorf. 11 Soldaten haben eine Solidaritätserklärung an die Bürgerinitiative gegen den Bau des Kernkraftwerkes an der Unterelbe geschickt. In der Erklärung heißt es u.a.: „Wenn der Staat mit Polizei und Bundesgrenzschutz den Bauplatz besetzt, um den Baubeginn zu erzwingen, dann halten wir es für richtig, wenn ihr mit allen euch zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen vorgeht. (...) Wir stehen voll auf eurer Seite und werden uns niemals gegen solche Aktionen des Volkes einsetzen lassen."

Sontra. Der Soldat Holger Arendt ist von Sontra nach Lorsch (Rheingau) strafversetzt worden. Er hatte in Uniform an der 1. Mai-Demonstration in Kassel teilgenommen und war bei einer Parade zur Propagierung der imperialistischen Tradition der Bundeswehr in Sontra dagegen aufgetreten. Dafür hatte er mehrere Disziplinarmaßnahmen bekommen, zuletzt drei Wochen Arrest. Gegen seine Bestrafung hatte es breiten Protest gegeben. Eine Erklärung des Studentenparlaments in Kassel, gerichtet an alle Soldaten der Husarenkaserne in Sontra, ist in der Kaserne verteilt worden. Das hat viel Wirbel verursacht. Major Otto, der Kompaniechef der 15., ließ etliche Spinde öffnen, um zu kontrollieren, welcher Soldat eine Resolution bekommen hatte. Stundenlang wurden Soldaten verhört. Der stellvertretende Divisionskommandeur, Brigadegeneral Mertens, war persönlich zur Übergabe der ersten Spähpanzer vom Typ „Luchs" in der Kaserne anwesend. Er teilte Holger Arendt dort seine Strafversetzung persönlich mit. Er sehe keine andere Möglichkeit, wieder Ruhe in der Kaserne von Sontra zu bekommen, als Arendt möglichst weit weg von Sontra zu versetzen, denn er hätte das Ansehen der Bundeswehr in der Bevölkerung schwer erschüttert. Um den Widerstand der Soldaten gegen diese Maßnahme zu brechen, hagelte es Disziplinarmaßnahmen und „erzieherische" Maßnahmen. Ein Soldat berichtete: „Im letzten Kompanieunterricht hat der Kompaniechef gegen den KBW und das Soldaten- und Reservistenkomitee Kassel gehetzt. Er war sehr aufgeregt und hektisch." In den Mannschaften hat er keine Resonanz mit seiner Hetze gefunden. Im Gegenteil.

Stadt Allendorf. Das Panzerbataillon 63 aus Stadt Allendorf betreibt seit 1974 die „Traditionspflege" des alten Panzerregiments 5. Das Panzerregiment 5 ist das älteste deutsche Panzerregiment. Die Führung des PzBtl 63 ist stolz darauf, die Tradition des PzReg. 5 fortzuführen. Über ein Regimentstreffen vor wenigen Wochen heißt es denn auch in der „Oberhessischen Presse": „Im Rahmen der Woche des Soldaten führte die Traditionsgemeinschaft des PzReg. 5, das an allen Fronten des Zweiten Weltkrieges kämpfte, ein Regimentstreffen durch, bei dem nicht nur alte Erinnerungen aufgefrischt wurden, sondern den Soldaten auch vermittelt wurde, daß sie das vorläufig letzte Glied in einer langen Traditionskette seien, die es zu wahren und fortzuführen gelte." Diese Tradition ist die des imperialistischen Raubkrieges.

Bundeswehr:

„Transporter fliegen nach Afrika"

„Rhodesien baut Großbauplätze. In Rhodesien werden zur Zeit an strategisch wichtigen Stellen drei große Flugplätze gebaut, die auch von schweren Transportflugzeugen zu benutzen sein werden. Diplomatische Kreise rätseln über den Zweck der Anlagen, für die keine Notwendigkeit besteht, wenn die Regierung Smith die Macht tatsächlich in absehbarer Zeit an die schwarze Mehrheit abtreten will." (Weser Kurier, 25. November)

Daß die Imperialisten und ihre Regierung Smith tatsächlich nicht die Macht in absehbarer Zeit an das Volk von Zimbabwe abgeben wollen, zeigt der Bau von diesen drei großen Flugplätzen in Zimbabwe, wenn man die ganze Sache in Zusammenhang mit den Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Imperialisten sieht.

Sie rüstet die Bundeswehr mit Offensivwaffen aus, insbesondere die Marine, um sie einsatzfähig für die Verteidigung des westdeutschen Kapitals und gegen den siegreichen Befreiungskampf der Völker im südlichen Afrika zu machen. Das Fregattenprogramm soll anlaufen, und 1981 soll die erste Fregatte fertig sein. Weiterhin wird ein neues Minenabwehrsystem geschaffen, das sehr schnell auf Transportschiffe verladen, auch vor fremden Küsten zum Einsatz kommen kann (vergl. KVZ Nr. 47/1976). Auch ideologisch bereitet sich die Bourgeoisie auf die militärische Intervention im südlichen Afrika vor. So heißt es in ihrer Militärzeitschrift „Wehrwissenschaftliche Rundschau", Nr. 5/1976: Der Westen muß alles unternehmen, um Südafrika und zumindest auch Namibia die Unterstützung zu gewähren, damit dieses ‚Kraftwerk Afrika' dem Westen erhalten bleibt." „Kraftwerk Afrika", weil Gold, Platin und Diamanten in großer Menge vorhanden sind. Uran wird beim Goldabbau so mitgenommen, und Kupfer, Eisen, Mangan, Chrom und Antimonerze seien noch gar nicht vollständig erschlossen, schreibt die „Wehrwissenschaftliche Rundschau" weiter. Das Motiv der Imperialisten liegt auf der Hand. Nur ist es so, daß der Befreiungskampf der südafrikanischen Völker täglich Sieg um Sieg erringt und das Smith-Regime mit seinem Kolonialistenpack demnächst zum Teufel gejagt wird. Daß dann all die Bodenschätze und die Fabriken der amerikanischen und europäischen Imperialisten in den Händen der Völker des südlichen Afrika liegen, ist klar.

Deswegen haben sich die Imperialisten etwas ausgedacht. Sie bauen jetzt Flugplätze an drei strategisch wichtigen Stellen. Wo sollen denn die Flugzeuge herkommen?

Die November-Ausgabe der Luftwaffenzeitschrift „Luftwaffe" steht unter dem Thema „Transporter im Ausland". Da ist einmal ein Bericht über die Übung „Augustus Exchange", die im Oktober im Rahmen von „Autumn Forge" abgehalten wurde.

Überschrift: „Drei heiße Tage für die Lufttransportgeschwader". Es heißt dann weiter: „In 44 Einsätzen brachten die Männer in den Cockpits der Transall amerikanische, britische, belgische, kanadische und deutsche Soldaten sowie Material nach Decimomam auf Sardinien.

Insgesamt transportierten die Geschwader der beteiligten Nationen 1 400 Soldaten und 150 Fahrzeuge in das Übungsgebiet."

Zum zweiten ein Bericht über einen Medikamententransport des Lufttransportgeschwaders 61 in Landsberg/Lech mit dem Titel „Transporter fliegen nach Afrika". Dieser Artikel hat nur einen entscheidenden Satz, und das ist der letzte: „Die Transporter bewiesen ihre Leistungsfähigkeit." Leistungsfähigkeit deshalb, weil die Transall 16 623 Kilometer ohne Schaden zurückgelegt hat und dabei 5 800 Liter Treibstoff verbrauchte.

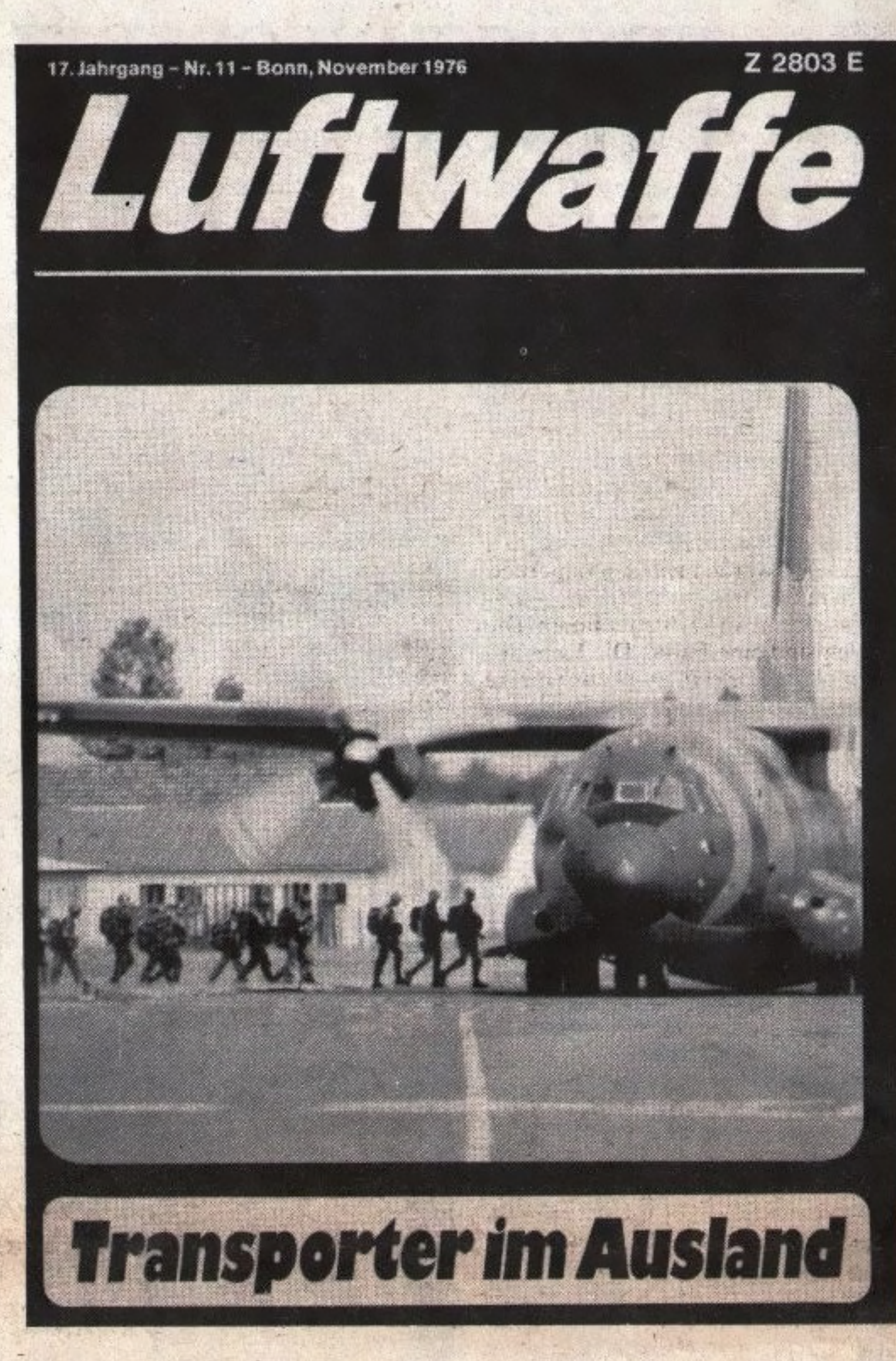
Der Rest des Artikels soll über das Vorhaben der Imperialisten, nämlich die militärische Intervention durch die Luftlandung, hinwegtäuschen, indem man die Bundeswehr als caritativen Verband hinstellt, der „den armen unterentwickelten Negern im Busch" überschüssige Medikamente aus der Bundesrepublik „kostenlos zur Verfügung stellt".

Der wahre Charakter dieser beiden Übungen ist doch, daß die Imperialisten proben, wie sie schnellstens im südlichen Afrika die Befreiungskämpfe unterdrücken können, um die Herrschaft der Kolonialisten zu verlängern.

Die Bundesluftwaffe verfügt über 90 Transall C 160, die auf zwei Lufttransportgeschwader aufgeteilt sind. Das Lufttransportgeschwader 61 in Landsberg/Lech und das Lufttransportgeschwader 63 in Hohn bei Rendsburg.

„Die Transall ist ein robustes Flugzeug, das hat sie in ihrer sechsjährigen Tradition bewiesen", das schrieb schon letztes Jahr der Bremer „Weser Kurier".

Auch eine Luftlandeoperation der Imperialisten in Zimbabwe wird den siegreichen Befreiungskampf der Völker im südlichen Afrika nicht zerschlagen, denn die revolutionären Befreiungskämpfer bewegen sich unter den Volksmassen und nicht auf dem freien Feld zwischen den Grashalmen. Sie sind im Volk verankert. Die Völker im südlichen Afrika sind ihre eigenen Befreier von Imperialismus, Kolonialismus und der Rassistenregimes. – (n., Soldaten- und Reservistenkomitee Bremen)



Titelbild der Zeitschrift „Luftwaffe". Herausgeber: Bundesministerium für Verteidigung.

Mehr Wochenenddienste – weniger Dienstausgleich

te.“ Diese Tradition ist die des imperialistischen Raubkrieges.

Marburg. Der Kanonier Kluge aus dem 1. Panzerbataillon 65 wurde zu 21 Tagen Arrest verurteilt, weil er den Dienst an der Waffe verweigerte. Nachdem die Veränderung des Wehrpflichtgesetzes von der SPD gefeiert wurde als „Liberalisierung“ der Kriegsdienstverweigerung, wird jetzt die Absicht der Bourgeoisie offen sichtbar. Selbst diese pazifistische Form der Ablehnung der Militärpolitik der Bourgeoisie wirkt zersetzend auf die imperialistische Armee und soll unterbunden werden.

Hannover. Von dem Truppendienstgericht Nord in Hannover wurde der Oberleutnant der Reserve Franz Dick am 9.11. zum Funker degradiert. Franz Dick war Kandidat des KBW zu den Stadtratswahlen in Göttingen.

Als Anlaß wurde eine Rede im Jahr 1969 genommen. Damals hatte Dick die, wie er vor Gericht erklärte, „falsche Konsequenz der Kriegsdienstverweigerung“ aus der Notwendigkeit des Kampfes gegen die imperialistische Armee gezogen.

Auf einer Veranstaltung habe er gesagt, die Bundeswehr müsse zersetzt werden. „Der Angeschuldigte hat die Bundeswehr als imperialistisches Angriffsmittel bezeichnet“. „Der Angeschuldigte bezeichnete die Bundeswehr als Gewaltorgan zur Verteidigung des kapitalistischen Systems“, sind einige der Vorwürfe. 7 Jahre nach dieser „Tat“ führt jetzt dies Verfahren zur Degradierung. „Es geht nicht um Sühne für eine bestimmte Handlung, sondern es geht darum, die Bundeswehr funktionstüchtig zu halten“, stellt das Gericht fest. Man kann sich die Sorge der Bourgeoisie gut vorstellen, mit kommunistischen Offizieren – und auch Reserveoffizieren – in den Krieg zu ziehen.

Einen neuen 30-Tonnen-Kampfpanzer auf der Basis des Schützenpanzers Marder hat Thyssen-Henschel jetzt im Prototyp gebaut. Der Panzer sei aufgrund seines relativ geringen Gewichtes (der Leopard 2 wiegt 55 Tonnen), seiner Geschwindigkeit und Reichweite besonders geeignet für „Aufklärung und Einsätze in schwierigem Gelände“, heißt es in „Kampftruppen“ 6/76. Auf dem Fahrgestell des Marder sitzt ein 360-Grad-Drehturm mit einer 105-mm-Bordkanone. Weiter ist der Panzer mit Maschinengewehr und Nebelwerfer bewaffnet. Bei 630 PS erreicht er eine Höchstgeschwindigkeit von 75 km/h. Er hat eine Reichweite von 900 km. Die Besatzung soll aus 4 Mann bestehen.

Mehr Wochenenddienste – weniger Dienstausgleich

Die Kasernierung soll lückenlos gemacht werden

Jeder Tag, den ein Soldat zu Hause oder jedenfalls nicht in der Kaserne verbringt, schmerzt die Bourgeoisie, weil es Zeit ist, in der er den Befehlen und dem ideologischen Einfluß der Offiziere entzogen ist und sich seine Verbindung mit dem Volk – mit Familie, Freunden und Kollegen – festigt. Die Führung der Armee unternimmt alles, um diese Verbindungen zu zerstören.

Zwei Beispiele aus der Tauberfranken-Kaserne in Lauda, von der Stabskompanie des II./Fernmelderegiments 32 der Luftwaffe:

Gefreiter vom Dienst und Unteroffizier vom Dienst machen 24 Stunden Dienst von 7.30 Uhr bis 7.30 Uhr. Dafür gibt es gegenwärtig einen Tag dienstfrei.

Noch vor einem halben Jahr konnten alle Soldaten diesen freien Tag (etwa alle 2 Monate) an ein Wochenende zu Hause anhängen. Dann kam der Befehl: „Der freie Tag dient zum Ausschlafen, nicht dazu, Urlaub zu machen. Er ist deshalb unmittelbar nach dem GvD/UvD zu nehmen oder verfällt.“

Damit war der Tag bereits für all die Soldaten, die weiter weg wohnen, praktisch nutzlos. 200 km hin und wieder zurück oder mehr, was bliebe da von dem freien Tag? Und der Sold läßt solche „Extra-Touren“ sowieso nicht zu.

Jetzt soll der freie Tag ganz kassiert werden. Es ist geplant, daß zukünftig GvD/UvD einfach erst um 17 Uhr anfangen und aufhören. Folglich hat man anschließend eine ganze lange Nacht zum Ausschlafen und hat am nächsten Morgen fit zum Dienst anzutreten. Noch ist das nicht offiziell, aber das, was die Militärkraftfahrer gerade erleben, ist mit Sicherheit eine Probe, wieweit man es mit den Soldaten treiben kann.

Aus zwei selbständigen Fahrbereitschaften zweier Abteilungen wurde eine Standortfahrbereitschaft gemacht mit praktisch dem Personal *einer* der früheren zwei Fahrbereitschaften. Also sind mehr Fahrten von weniger Fahrern zu machen und vor allem die Schichtdienste liegen viel häufiger. Kraftfahrer vom Dienst (KvD) und Alarmfahrer vom Dienst (AvD) schließen jeweils ein Wochenende ein und zwingen zu Nachtbereitschaft (beispielsweise wenn ein Häufchen besoffener Offiziere von einem Ball ins traute Heim chauffiert werden will). Und nicht nur, daß die in Frage kommenden Soldaten jetzt öfters diesen Dienst machen sollen; zusätzlich ist der Dienstausgleich von ca. 3 bzw. 2 Tagen auf jeweils einen einzigen Tag gestrichen worden.

Weiter: Eine „Alarmbereitschaft“ ist eingerichtet worden. Bei Alarm werden drei Fahrer losgehetzt, um die Unteroffiziere und Offiziere ohne Telefon daheim zu alarmieren. Das war bisher mit die Aufgabe des Alarmfahrers vom Dienst. Jetzt müssen extra für diesen Zweck ständig (im wöchentlichen Wechsel) 3 Soldaten Bereitschaft schieben. Dafür nimmt man in der Hauptsache solche Soldaten, die den Führerschein in Zweitfunktion haben, also tagsüber auf irgendeiner Dienststelle schaffen sollen und außerhalb des Dienstes und an einem Wochenende die Bereitschaft für den Ernstfall.

Und für diese Bereitschaft sollte es endlich überhaupt keinen freien Tag geben.

Die Soldaten sind bereits dabei, geeignete Schritte gegen diese Maßnahmen zu organisieren und sich gegen die verschärfte Kasernierung zusammenzuschließen.

Auf einer ersten Versammlung waren die Hälfte der Fahrbereitschaft und der Vertrauensmann anwesend. Die Forderungen der Fahrer richten sich gegen die häufigeren Wochenenddienste, gegen die Kürzung des Alarmfahrers vom Dienst und Kraftfahrers vom Dienst, für ausreichenden Dienstausgleich für die Alarmfahrer. Die erste Reaktion der Kompanieführung war: Für die Alarmbereitschaft soll nun doch dienstfrei gewährt werden. Eine weitere Versammlung steht bevor. – (h./II., Fernmelderegiment 32, Lauda)

Zustände auf der Wache

In der Kurpfalz-Kaserne gibt es u.a. Wachdienste an den Kasernentoren (sogenannte Kasernenwache) und Wache im Munitionslager (sogenannte Mun-Wache). Jeweils für eine Woche wird eine Gruppe von Mannschaftssoldaten aus einer Kompanie dazu eingeteilt. Diese Gruppe wird geteilt, die beiden Gruppen wechseln sich tageweise ab. Der Wachdienst verläuft so, daß zwei Stunden Wachdienst ist und dann vier Stunden wachfrei. Jeweils von 15 Uhr bis 15 Uhr. Dienstausgleich dafür gibt es keinen. Ist die eine Gruppe um 15 Uhr mit der Wache fertig, muß sie meistens noch bis Dienstschluß gegen 17 Uhr am Dienst der ganzen Kompanie teilnehmen. Vollkommen unausgeschlafen muß diese Gruppe am nächsten Tag am Dienst der Kompanie teilnehmen, bis sie um 15 Uhr wieder zur Wache muß. Das geht so eine Woche lang. Danach sind die Soldaten körperlich fertig. Dabei gibt es Soldaten, die das dritte Mal hintereinander am Wochenende Wache haben.

Die Soldaten werden körperlich auf den Hund gebracht. Es bleibt ihnen kaum eine ganze Stunde Zeit, sich am Klassenkampf zu beteiligen. Das ist so gewollt vom bürgerlichen Staat und seiner Offiziersclique.

Nicht einmal für anständige Schlafmöglichkeiten ist gesorgt. In der Mun-Wache sind vor einiger Zeit Läuse ausgebrochen, die sich in der Geschlechtsbehaarung festsetzen. Daraufhin haben die Offiziere die Matratzen entfernen lassen. Seitdem müssen die Soldaten auf nackten Holzpritschen schlafen, fast ohne Decken. Die Läuse konnten sich ausbreiten wegen der unhygienischen Verhältnisse. So gibt es auf der Mun-Wache kein Trinkwasser, sondern es wurde einfach ein Loch in die Erde gebohrt zum Grundwasser. Dieses Loch ist notdürftig abgedeckt. Darin schwimmen des öfteren tote Kaninchen und Ratten. Erst seit kurzem hängt an dieser Leitung ein Schild, daß dies kein Trinkwasser ist. Schon mancher Soldat hat da einen Schluck genommen.

In der Kasernenwache gibt es etwa 10 Betten in einem kleinen Schlafraum mit einer einzigen Lüftungsmöglichkeit von etwa 20 x 20 Zentimeter. In dem Mief erstickt man fast. Den Soldaten blieben zum Schlafen bisher folgende Möglichkeiten: entweder gar nicht zu schlafen oder auf dem Scheißhaus (weil da immer Durchzug ist) oder in die Arrestzellen zu gehen, was nicht immer geht, sei es, daß die Arrestzellen belegt sind oder der Offizier vom Wachdienst (OvWa) dies nicht zuläßt.

Auch in dem Schlafraum der Kasernenwache gibt es zur Zeit keine Matratze und nur ungenügend Decken, von sauberem Bettzeug ganz zu schweigen.

Unter den Soldaten werden Forderungen besprochen nach einem Tag dienstfrei nach jeder Wache, anständigen Schlafmöglichkeiten und einer Trinkwasserleitung für die Mun-Wache. – (Soldat x., Speyer)

Spanien:

Die Manöver des Regimes halten den Kampf der Massen nicht auf

Die Bourgeoisie lobt die Entwicklung in Spanien in hohen Tönen. Die Cortes, das von den Faschisten geschaffene Ständeparlament, hat beschlossen, dem Plan der Regierung Suarez zuzustimmen, im nächsten Jahr in Spanien Wahlen für ein Parlament abzuhalten, und dazu Mitte Dezember ein Referendum durchzuführen.

Der Faschismus ist vorbei, so lautet die Propaganda der Bourgeoisie. Die spanische Arbeiterklasse und die Bauern haben da andere Erfahrungen. Mit dem Tod Francos ist der Unterdrükkungsapparat, die Herrschaft der spanischen Kapitalisten und Großgrundbesitzer, der USA und europäischen Imperialisten, nicht beseitigt. Und mit den Wahlen auch nicht. Die Wahlen von Juan Carlos und seiner Bande können nicht darüber hinwegtäuschen, daß weiter die spanischen Arbeiter ausgebeutet und ausgeplündert werden, daß weiter verhaftet, gefoltert und eingekerkert wird. Die Wahlen sind auf Grundlage des faschistischen Staatsapparates und der Macht der Kapitalisten und Großgrundbesitzer nichts weiter als ein Manöver gegenüber den spanischen Arbeitern und Bauern und werden von den Imperialisten benutzt, den Charakter des Regimes insgesamt aufrechtzuerhalten. Die Wahlen sind eine Farce. Die Kommunisten bleiben verboten, ebenso einige weitere linke Gruppen und die Revisionisten.

Der Generalstreik der spanischen Arbeiterklasse vor einigen Wochen, die Streikaktionen der Lehrer in ganz Spanien, das ist die Antwort der spanischen Arbeiter und Volksmassen auf die Manöver des Juan-Carlos-Regimes und seiner Imperialisten-Hintermänner.

Großer Streik der spanischen Volksschullehrer

Am 23. November sind 93000 Volks- und Realschullehrer der staatlichen Schulen in Spanien in den Streik getreten. 3 Millionen Kinder gingen in dieser Zeit nicht zur Schule.

Die Lehrer haben diesen Kampf aufgenommen, weil sie großteils so schlecht bezahlt werden, daß sie nebenher noch arbeiten müssen, um leben zu können. Während ein Universitätsprofessor im Monat mindestens 83000 Peseten Grundgehalt kassiert (an die 3000 DM), und ein Studienrat am Gymnasium fast 60000 Peseten (etwa 2000 DM) bekommt ein Volks- und Realschullehrer „mit Opposicion“ nur noch 29000 Peseten (etwa 1000 DM). Die Masse der Volks- und Realschullehrer aber sind „ohne Opposicion“. „Opposicion“ ist ein zweites Staatsexamen, das man nur bestehen kann, wenn man sich ein Jahr lang darauf vorbereitet, d.h. sich aus eigenen Mitteln durchschlägt. Das Geld haben die meisten Lehrer nicht. Deshalb bleiben sie Lehrer „ohne Opposicion“. Sie bekommen nur Arbeitsverträge für ein Jahr und ein Hungergehalt von 15390 Peseten (kaum mehr als 500 DM).

Der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte, war die erneute Subventionierung der Privatschulen der Reichen mit 35 Milliarden Peseten, während an den Volksschulen weiter gespart wird und oft katastrophale Verhältnisse herrschen. Allgemein bekannt war auch, daß der Zuschuß der Regierung für die teuren Privatschulen dazu diente, verschiedene faschistische Cortes-Abgeordnete für die Zustimmung zu den „Reform“-Plänen der Suarez-Regierung zu ködern.

In einem Brief an die Eltern ihrer Schüler erklärten die Lehrer die Ziele ihres Streiks und riefen zur Unterstützung auf. Sie stellten fest, daß die Ausbildungsbedingungen unerträglich seien: 50 Kinder pro Klasse, verfallene Gebäude, hoher Stundenausfall u.a.m. Sie forderten die Eltern auf, gemeinsam für eine bessere Ausbildung, erträglichere Arbeitsbedingungen und „eine Schule im Dienste des Volkes“ zu kämpfen. Im einzelnen forderten sie: Recht auf freie gewerkschaftliche Organisierung, Schulpflicht für alle Kinder vom 4. bis 16. Lebensjahr, politische Freiheit an der Schule, nicht mehr als 30 Kinder pro Klasse, Pensionierung der Lehrer mit 65 Jahren, wenn gewünscht mit 60 Jahren (bei dreißigjährigem Schuldienst), Bezahlung wie alle anderen Lehrer, so daß sie davon leben können und nicht noch nebenher arbeiten müssen.

Der Streik fand große Unterstützung. Elternvereinigungen, Nachbarschaftskomitees und andere Zusammenschlüsse der Volksmassen unterstützten aktiv den Kampf. In Valencia standen die Mütter der Kinder Streikposten und gingen im Viertel herum, um die Ziele des Streiks zu erklären und zu diskutieren. Es gab auch Schulen, in denen zuerst nur die Hälfte der Lehrer streikte. Als aber die Arbeiter und Werktätigen ihre Kinder nicht in die Schule schickten, streikte auch der Rest der Lehrer. Die Regierung erhielt Tausende von Telegrammen aus dem ganzen Land, die den Streik unterstützten und Forderungen bezüglich der Volksschulen erhoben.

Die Regierung wagte nicht, die Lehrer unter Ausnahmerecht, d.h. Militäraufsicht, zu stellen und sie mit Zwang zum Dienst zu verpflichten. Sie wagte das nicht wegen der großen Unterstützung und weil sie jetzt vor dem Referendum sich eine liberale Maske aufsetzen will. Gelingt das Gaunerstück, wird sie daran gehen, statt wie bisher „von Gottes Gnaden“ nun „im Namen des Volkes“ ihre faschistische Unterdrückung des Volkes von neuem zu verstärken.

Die Lehrer und die Volksmassen haben ebenfalls die Ziele weiter gesteckt. Sie haben am Wochenende den Streik organisiert abgebrochen, um – wie in zahlreichen Erklärungen festgestellt wurde – die Kräfte, die sie im Streik gesammelt haben, für die Organisierung des Kampfes zum Sturz des Faschismus und Errichtung einer Demokratie des Volkes einzusetzen. – (m., Valencia, telefonischer Bericht / Red.)



Die Arbeiterkommissionen sind die einheitlichen Klassenorganisationen der spanischen Arbeiter, die sie sich im Kampf gegen den Faschismus aufgebaut haben. Auf dieser Wandmalerei aus Bilbao (Bild) wird die Wiedereinstellung entlassener Arbeiter verlangt. – Eine Delegation der spanischen Arbeiterkommissionen besucht gegenwärtig die BRD. Auf Veranstaltungen, die vom KBW in Bremen (400 Teilnehmer) und in Köln (250 Teilnehmer) veranstaltet wurden, kam die große Unterstützung zum Ausdruck, die die spanischen Arbeiter im Kampf gegen Faschismus und Imperialismus finden. Es wurden in Bremen 1 570 DM und in Köln 1 013 DM gesammelt.

Italien. Die Andreotti-Regierung hat jetzt einen Vorstoß für einen zweijährigen Lohnstopp, d.h. eine weitere Verschärfung des Lohnabbaus, ergriffen. Bei Löhnen und Gehältern über 8 Milliarden Lire (ca. 24000 DM) im Jahr soll es keinerlei Erhöhung geben, bei Löhnen und Gehältern zwischen 6 und 8 Milliarden (16000 bis 24000 DM) sollen die Erhöhungen nur zur Hälfte ausgezahlt werden. Statt Lohnerhöhungen sollen die Lohnabhängigen „Inhaberschatzscheine“ erhalten, die erst nach 5 Jahren eingelöst werden können, wenn sie nur noch einen Fetzen Papier wert sind. Gegen das Lohnraub- und Plünderungsprogramm der Regierung sind am 23. November in ganz Italien die Beschäftigten der staatlichen Betriebe in einen 24-stündigen Generalstreik getreten. Für den 30. November haben die Gewerkschaften sieben Millionen Arbeiter, vor allem in der Metallindustrie, zu einem vierstündigen Generalstreik aufgerufen. Die Druckarbeiter haben ebenfalls beschlossen, sich zu beteiligen. (Nach Neue Zürcher Zeitung, 21./22.11. und Süddeutsche Zeitung, 30.11.76)

Portugal. Im Agrargebiet von Beja südlich von Lissabon haben sich die Landarbeiter gegen die gewaltsame Räumung von ihnen besetzter Güter zur Wehr gesetzt. Die sozialdemokratische Soares-Regierung will in einer „Aktion Alentejo“ die von den Landarbeitern auf ehemaligem Großgrundbesitz gebildeten Kooperativen zerschlagen und das Land den Großgrundbesitzern zurückgeben. Nach diesen Kämpfen hat Nationalgarde das ganze Gebiet besetzt. Es herrsche „gespannte Ruhe“. (Nach Süddeutsche Zeitung, 30.11.76)

England. Die sozialdemokratische Regierung Callaghan kündigte in der Unterhaus-Debatte über die „Thronrede“ (die von der Queen verlesene Regierungserklärung) an, daß sie die Verlängerung der Begrenzung von Lohnerhöhungen auf viereinhalb Prozent für ein weiteres Jahr, bis zum Juli 1978, aufrechterhalten sehen will. Die offizielle Teuerungsrate beträgt 14,7 %. Für die Lebenshaltung der Werktätigen ist sie noch erheblich höher. Somit lauten die Absichten der sozialdemokratischen Regierung im Klartext, im Laufe von zwei Jahren die Arbeiterlöhne um mehr als 20 % zu kürzen. – Als Hebel zur Lohnsenkung wird bewußt das Heer der Arbeitslosen eingesetzt. Im Staatsdienst plant die Regierung die Entlassung Zehntausender von Beschäftigten. Zehntausende Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes haben gegen diese Pläne in London demonstriert. (Nach: Süddeutsche Zeitung, 26.11.76, und: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.11.76)

DDR. Die Ostberliner Zeitung „Der Bau“ hat mitgeteilt, daß zahlreiche Betriebe in der DDR den Arbeitern nicht die festgelegten Löhne bezahlen und insbesondere die in den Betrieben gebildeten Lohnfonds zurückhalten. Dies geschehe unter Berufung auf die „Planerfüllung“. (Nach: Die Woche, Australien, 15.11.76) – Nach dem seit einigen Jahren in der DDR eingeführten Neuen Ökonomi-

ben zu können. Während ein Universitätsprofessor im Monat mindestens 83000 Peseten Grundgehalt kassiert (an die 3000 DM), und ein Studienrat am Gymnasium fast 60000 Peseten (etwa 2000 DM) bekommt ein Volks- und Realschullehrer „mit Opposition" nur noch 29000 Peseten (etwa

Die Arbeiterkommissionen sind die einheitlichen Klassenorganisationen der spanischen Arbeiter, die sie sich im Kampf gegen den Faschismus aufgebaut haben. Auf dieser Wandmalerei aus Bilbao (Bild) wird die Wiedereinstellung entlassener Arbeiter verlangt. – Eine Delegation der spanischen Arbeiterkommissionen besucht gegenwärtig die BRD. Auf Veranstaltungen, die vom KBW in Bremen (400 Teilnehmer) und in Köln (250 Teilnehmer) veranstaltet wurden, kam die große Unterstützung zum Ausdruck, die die spanischen Arbeiter im Kampf gegen Faschismus und Imperialismus finden. Es wurden in Bremen 1 570 DM und in Köln 1 013 DM gesammelt.

Polen:

Die polnischen Bourgeois und die russischen Sozialimperialisten sitzen auf einem Vulkan

Weil sich in Osteuropa die Widersprüche zwischen der neuen, bürokratischen Monopolbourgeoisie und den Sozialimperialisten einerseits, der Arbeiterklasse und den unterdrückten Massen des Volkes andererseits immer mehr zuspitzen, mußten kürzlich Gierek (Polen) und Husak (CSSR) zum Rapport in Moskau antreten. Um seinen Machtbereich zu festigen, den proletarischen Klassenkampf zu unterdrücken und den Kampf mit der anderen Supermacht um die Weltherrschaft zu intensivieren, hat Breshnew eine Tagung des Warschauer Paktes in Bukarest durchgesetzt und die Bildung eines „politischen Sekretariats" erreicht. Besonders scharf spitzen sich die Widersprüche im sozialimperialistischen Machtbereich gegenwärtig in Polen zu.

Gierek hat sich in Moskau einen neuen Kredit von einer Milliarde Rubel geben lassen müssen, um damit sowjetische Waren einzukaufen, unter anderem Getreide. Das war notwendig, weil die soziale Unzufriedenheit in Polen sich weiterhin offen äußert und Gierek neue Streiks und Aufstände fürchten muß. Zum Beispiel hält der Mangel an Fleisch weiterhin an und vor den Geschäften stehen lange Schlangen. Dies ist so, obwohl in den letzten Jahren gewaltige Investitionen in der Fleischproduktion getätigt worden sind, seit 1970 über 23 Milliarden Zloty. Damit wurde die Viehhaltung und Fleischproduktion auch erheblich gesteigert. Aber diese Steigerung kam am wenigsten den polnischen Werktätigen zugute, sondern diente in erster Linie dem Export und der Jagd nach Devisen. Die Jagd nach Devisen ist notwendig, weil durch die von den Sozialimperialisten erzwungene „Spezialisierung" der kleineren Comecon-Staaten die polnische Wirtschaft immer einseitiger auf die Produktion einer beschränkten Anzahl von Waren ausgerichtet ist, so daß große Importe notwendig sind.

Offensichtlich hat Gierek mit seinen Moskauer Oberherren konkrete neue Pläne zur Unterdrückung und Durchsetzung weiterer „unpopulärer Entscheidungen" geschmiedet. Breshnew hatte ihm gleich zu Beginn zu verstehen gegeben, daß er es als seine Pflicht betrachte, „unsere sozialistische Gemeinschaft, unser Bündnis zu festigen". Dementsprechend ließ Gierek sofort nach seiner Rückkehr die Mitglieder des Warschauer „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter", in dem sich bekannte Intellektuelle zur Unterstützung der von Repressalien getroffenen Arbeiter von Radom und Ursus zusammengeschlossen haben, von der Polizei festnehmen und bezeichnete sie als Werkzeuge einer „vom Westen geführten antipolnischen Kampagne".

Durch Enthüllungen dieses „Komitees" ist der Umfang und die Wucht der Kämpfe der Arbeiter und Volksmassen in Ursus und vor allem in Radom aber auch Umfang und Wucht der Unterdrückungsmaßnahmen des Regimes bekannt geworden. Berichte darüber hat der „Spiegel" (47, 48/76) kürzlich abgedruckt.

Die Unruhen begannen am 25. Juni 1976 mit einem Streik in allen Radomer Betrieben. Um sechs Uhr morgens beschloß in den ‚General-Walther'-Werken (Rüstungsbetrieb) die Belegschaft der Abteilung P-6, der sich andere Abteilungen anschlossen, auf die Straße zu gehen. Die ‚Walther'-Arbeiter brachen das Tor zum Waffenlager auf, um sich zu bewaffnen – vergebens. Das Lager war leer. In der Nacht zuvor hatte die Werksleitung vorsorglich den gesamten Waffenvorrat zum Militärflugplatz Radom geschafft. – Die ‚Walther'-Belegschaft zog auf die Straße, in mustergültiger Ordnung, mit weiß-roten Fahnen und roten Fähnchen und sang die ‚Internationale'. Den Demonstranten schlossen sich Belegschaften anderer Radomer Betriebe an." Auch in anderen Betrieben wurde an diesem Morgen gestreikt. Die Demonstranten, zu denen inzwischen Schuljugend und Bevölkerung von Radom gestoßen war, zogen vor das Haus des Bezirkskomitees der revisionistischen Polnischen Arbeiterpartei. Als sich der Sekretär weigerte, mit „dem Mob" zu sprechen, wurde er nach längerer Auseinandersetzung verprügelt. Dann wurde das Haus mit Traktoren aufgebrochen und in Brand gesteckt. Überall in Radom erschienen im Laufe des Tages Inschriften und Plakate an den Wänden „Nieder mit der käuflichen PVAP!" Die Massen begannen, Barrikaden gegen den erwarteten Angriff der Polizei zu errichten. Rentner unterstützten die Jugendlichen durch Zurufe wie: „Jetzt oder in zwei oder in fünf Jahren – ihr werdet sowieso gegen die da antreten müssen. Also los!" Das Gierek-Regime ließ überall aus Polen Einsatztruppen zur Niederschlagung des Aufstandes einfliegen. Mit gepanzerten Fahrzeugen, Tränengas-Granatwerfern, Schutzhelmen und hohen Schutzschilden mit Visier in Augenhöhe sowie 85 cm langen Knüppeln rückten diese vor. Erst nach stundenlangen Kämpfen, als immer größere Verstärkungen eintrafen, begann sich das Blatt zu wenden. Es begann eine gnadenlose Hetzjagd mit Massenverhaftungen während der ganzen Nacht; die Angaben schwanken zwischen einigen Hundert und 5000 Verhafteten. Der größte Teil wurde sofort gebildeten Schnellgerichten vorgeführt, die Haft- oder hohe Geldstrafen verhängten. Viele der Verhafteten wurden geschlagen und gefoltert. Bei den Kämpfen kamen mehrere Menschen ums Leben, darunter einige wahrscheinlich nach ihrer Verhaftung. Die Rädelsführer dieses Volksaufstandes oder diejenigen, die von den Behörden dafür gehalten wurden, etwa 20 bis 30, wurden später vor Gericht gestellt und zu zwei- bis zehnjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Hunderte haben bis heute keine Arbeit und leben in Not.

Auch dieser harten Unterdrückung haben sich die Massen nicht gebeugt. Aus Ursus, wo es ebenfalls zu einem Volksaufstand kam, wenngleich nicht in solchem Umfang, wurde bekannt, daß die Arbeiter der dortigen Maschinenfabrik in einem offenen Brief mit 889 Unterzeichnern die Wiedereinstellung ihrer entlassenen Kollegen gefordert haben.

Unter dem Druck der Aktionen der Massen zersetzt sich das bürgerliche Lager und entwickelt sich ein Streben nach staatlicher Unabhängigkeit gegenüber dem Sozialimperialismus.

Der ehemalige „Chefideologe" des Gomulka-Regimes, das 1970 durch die Kämpfe der polnischen Arbeiter gestürzt wurde, Bienkowski, hat in einem offenen Brief an die PVAP-Führung erklärt, „daß es unannehmbar sei, daß sich heute der sowjetische Botschafter so aufführe, wie das der Beauftragte der Zarin Katharina vor 200 Jahren tat". (Neue Zürcher Zeitung, 17.11.76)

Die neuen Zaren haben mit ähnlichen Methoden wie die alten Zaren ein Reich gezimmert, von dem aus sie nach der Weltherrschaft greifen. Wie die alten Zaren werden sie enden. – (gk)

DDR. Die Ostberliner Zeitung „Der Bau" hält es für möglich, daß zahlreiche Betriebe in der DDR den Arbeitern nicht die festgelegten Löhne bezahlen und insbesondere die in den Betrieben gebildeten Lohnfonds zurückhalten. Dies geschehe unter Berufung auf die „Planerfüllung". (Nach: Die Woche, Australien, 15.11.76) – Nach dem seit einigen Jahren in der DDR eingeführten „Neuen Ökonomischen System" haben die Leitungen der einzelnen Betriebe das Recht, Gewinne auf betrieblicher Ebene in „Fonds" zu sammeln. Für die Arbeiter soll dies „materiellen Anreiz" durch „Gewinnbeteiligung" bedeuten. Offensichtlich aber handelt es sich nur darum, daß nur noch ein Teil des Lohns tariflich festgelegt ist, während ein anderer Teil als „Prämie" ausgezahlt wird – oder eben auch nicht. Der „materielle Anreiz" besteht demnach vor allem in Lohnkürzung.

Dazu paßt gut die Mitteilung in einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung", daß in der DDR in breitem Umfang künftig die 3-Stunden-Schicht eingeführt werden soll. „Die dritte Schicht ... ist ein ganz normaler Weg, um der hundertprozentigen Auslastung (der Produktionsanlagen) nahezukommen." (Leipziger Volkszeitung, 6.8.76) Der niedrige Lohn wird als der entscheidende Hebel eingesetzt, um die Ausbeutung durch vermehrte Nacht- und Schichtarbeit, Akkord- und akkordähnliche Systeme und durch andere Maßnahmen zu steigern.

Sowjetunion. Mit klassisch imperialistischen Methoden des Dumping mischen sowjetische Betriebe mit in der Konkurrenz auf dem kapitalistischen Weltmarkt. Ein Genosse schreib uns:

„Ich arbeite in einer kleinen Fabrik für Industrieklebstoffe in Offenbach. Sehr gewundert habe ich mich, als eines Morgens ein russischer Container-Lastzug im Hof stand und die 78 Fässer Klebstoff für Hongkong dort aufgeladen wurden. Der Meister erklärte, das sei billiger als mit dem Schiff. Wieso es billiger ist, mit einem Lastzug 6000 km nach Moskau zu fahren und den Container dann durch den ganzen russischen Kontinent mit der transsibirischen Eisenbahn zu transportieren, um ihn dort wieder in ein Schiff nach Hongkong zu verladen, konnte er nicht erklären. Der Grund dürfte der sein, daß die neuen kapitalistischen Herren der Sowjetunion mit niedrigsten Preisen ihren imperialistischen Konkurrenten Aufträge abjagen. So wollen sie an Devisen kommen, um bei den westlichen Finanzkapitalisten weiterhin Riesenkredite aufnehmen zu können. Die beiden Lastwagenfahrer bekommen umgerechnet 4 DM Stundenlohn (alle Zulagen gerechnet). Sie mußten die Nacht im Lastwagen schlafen, weil sonst das Geld nicht reicht."

Zimbabwe-Solidaritätsaktionen

Friedberg. Der Fachschaftsrat der Fachhochschule Friedberg von Gießerei und Werkstofftechnik hat beschlossen, zur Veranstaltung mit der ZANU-Delegation am 11. Dezember in Frankfurt aufzurufen.

Paderborn. Der RCDS wollte das Rassistenregime in Südafrika verteidigen. Zu diesem Zweck hat er einen Konsul des Vorster-Regimes an die Universität Paderborn eingeladen zu einer Veranstaltung mit dem Titel: „Apartheid – und was kommt danach?" Die CDU-Studenten wollten die Propagandaschau gegen das Volk von Azania den Studenten als „reine Informationsveranstaltung" verkaufen. Die im Saal Anwesenden haben den Rassistenkonsul nicht reden lassen und die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes im südlichen Afrika gefordert. Die Rassisten ergriffen die Flucht und hielten die Veranstaltung im kleinen Kreis ab. Die Studenten sammelten für die ZANU.

Handelsschule Ludwigshafen. Vorletzte Woche fand eine SMV-Sitzung der Handelsschule statt. In der Diskussion sollte es hauptsächlich um eine Spendensammlung für eine Missionarin in Brasilien gehen als „Entwicklungshilfe". Eine Schülerin erklärte den Charakter der imperialistischen „Entwicklungshilfe" und schlug vor, daß stattdessen eine Sammlung für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe durchgeführt wird. Nach einer heftigen Diskussion stimmte die SMV dem Vorschlag zu. In den Klassen wird jetzt beraten, wie die Sammlung für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe durchgeführt werden kann.

Heidelberg. Die Zelle Pfaffengrund des KBW führte am Freitag, den 26. November, eine Kleidersammlung durch für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe. Tags zuvor hatten wir ein Flugblatt in zwei Straßen des Stadtteils verteilt, das die gerechten Ziele des Befreiungskampfes propagierte. Es wurden sechs Säcke voller Kleider für den bewaffneten Befreiungskampf gesammelt.

Die Zelle Altstadt hat in den Häusern im Schloßberg eine Kleidersammlung für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe durchgeführt.

Heidelberg. Der fünfjährige Sohn einer

Zimbabwe

Jede Aggression wird zurückgeschlagen!

Mit einer reaktionären Doppelstrategie wollen die Imperialisten den bewaffneten Befreiungskampf in Zimbabwe liquidieren und ihre Herrschaft über das Land und über das gesamte südliche Afrika aufrechterhalten. Während sie in den Verhandlungen in Genf die Unterwerfung der revolutionären Befreiungsbewegung unter den Kissingerplan erzwingen, die Befreiungsbewegung spalten und damit eine neokoloniale Lösung in Zimbabwe durchsetzen wollen, bereiten sie gleichzeitig die imperialistische Aggression in Zimbabwe vor. „Kriegsgefahr im südlichen Afrika", meldet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 26.11.76.

Das Volk von Zimbabwe antwortet unter der Führung der ZANU mit einer revolutionären Doppelstrategie. In Genf kämpft die ZANU für die sofortige Machtübernahme und gegen die Spaltungsversuche der Imperialisten. In Zimbabwe haben die Befreiungskämpfer in der vergangenen Woche überall im Lande bewaffnete Aktionen durchgeführt. Nahe den Viktoriafällen haben sie eine Farm überfallen und den Siedler erschossen. „Der Guerill-Krieg in Rhodesien forderte wieder 28 Todesopfer, darunter auch neun Regierungsangestellte." (Süddeutsche Zeitung, 25.11.)

Der bewaffnete Befreiungskampf treibt das Rassistenregime in die Niederlage. Es ist absehbar nicht mehr in der Lage, die Interessen der Imperialisten an der Ausbeutung der afrikanischen Arbeiter und der Ausplünderung des Landes zu sichern. Also die Imperialisten denken keineswegs daran, das Feld zu räumen. Je heftiger die Schläge, die sie erhalten, desto wütender und aggressiver werden sie. Seit Wochen starten rhodesische Truppen kriegerische Provokationen gegen Mozambique. Am 11. November schlägt die mozambiquische Armee einen Überfall rhodesischer Truppen auf Mozambique zurück und schießt 7 rhodesische Flugzeuge ab. (Hsinhua, 18.11.)

„Ministerpräsident Smith hat est am Wochenende angedeutet, der amerikanische Außenminister habe ihm Waffenhilfe für den Fall zugesagt, daß die Genfer Verhandlungen an der Haltung der schwarzen Delegierten scheitern." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.11.76) „... auch Rhodesien (wird) berichtet, daß man sich auf das Eintreffen amerikanischer Hilfe vorbereiten. Mehrere kleine Zivilflugplätze in Rhodesien, darunter Wankie und Buffalo Range, werden ausgebaut, militärische Flugplätze wie Hartley und Thornhill erweitert." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.11.) „In Rhodesien werden 3 große Flugplätze gebaut, über deren Zweck Unklarheit herrscht. Die Zeitungen des Landes dürfen über die Anlagen, auf denen schwere Transportmaschinen landen können, nicht berichten. Es wird vermutet, daß die Flugplätze bei einem Scheitern der Genfer Rhodesienkonferenz dem militärischen Nachschub dienen sollen." (Die Welt, 25.11.76)

Gleichzeitig verstärkt der BRD-Imperialismus seine Einmischung im südlichen Afrika, mit dem Ziel, die Befreiungsbewegung zu entwaffnen und dem Imperialismus auszuliefern. Die SPD hat den Beschluß gefaßt, ihre „Zusammenarbeit" mit den Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika zu verbessern „für eine friedliche Herstellung von Mehrheitsregierungen". (Neue Zürcher Zeitung, 25.11.) Das südafrikanische Rassistenregime begrüßt mit einer Serie ununterbrochener Kabinettssitzungen, um die Lage insbesondere in Zimbabwe und Namibia zu klären und die Politik mit dem US-Imperialismus abzustimmen.

„Südafrika wird wahrscheinlich die Dauer der Wehrpflicht für weiße Bürger von derzeit 12 auf 18 Monate oder 2 Jahre, und die Reservedienstzeit von 4 auf 6 Monate verlängern." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.11.)

Das alles sind direkte Kriegsvorbereitungen. Beunruhigt über die Entwicklung des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe und über die Aktivitäten des US-Imperialismus, verstärkt der Sozialimperialismus seine Bemühungen, sich dieses mit großen Reichtümern ausgestattete und strategisch wichtige Gebiet unter den Nagel zu reißen. Sie heucheln „Unterstützung des Befreiungskampfes", aber diese Art „Unterstützung" ist den afrikanischen Völkern aus Angola bekannt. „Wir laden sie (die Supermächte) nicht ein, ins südliche Afrika zu kommen", sagt der tansanische Präsident Nyerere. Und: „Wir befreien uns selbst." (Zitiert nach Hsinhua, 18.11.) „Wir sind unsere eigenen Befreier!" Auf dieser revolutionären Linie führt die ZANU den bewaffneten Befreiungskampf und wird sie jede Aggression und jede Einmischung zurückschlagen. Die Revolutionäre in aller Welt müssen ihre Wachsamkeit gegenüber den imperialistischen Komplotten und ihre Unterstützung für den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe verstärken. Die Veranstaltung des KBW mit führenden Vertretern der ZANU wird die Solidarität und gegenseitige Unterstützung des Volkes von Zimbabwe und des westdeutschen Volkes voranbringen und dem westdeutschen Imperialismus bei seinen Interventionsvorbereitungen wehtun. – (cs)



Anläßlich des Staatsbesuchs von **Julius Nyerere, Präsident von Tansania, in Nigeria** haben Nyerere und **Präsident Obasanjo** in einem gemeinsamen Kommuniqué festgestellt: Beide Seiten „unterstützen hingebungsvoll den Kampf für die völlige Auslöschung von Rassismus, Kolonialismus, Neo-Kolonialismus und Imperialismus". Sie traten für die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung und für die Prinzipien der Blockfreiheit ein. Bezüglich der gegenwärtigen Situation in Zimbabwe zollten beide Seiten den Bemühungen der Nationalisten Zimbabwes, eine gemeinsame Front gegen das halsstarrige Smith-Regime zu errichten, hohe Anerkennung. Die Genfer Konferenz „sei ein direktes Ergebnis des bewaffneten Kampfes für die Befreiung Zimbabwes". Beide Staatsoberhäupter „erklärten ihre volle Unterstützung für die Freiheitskämpfer in ihrem Krieg gegen das Minderheitenregime von Smith". (Hsinhua, 23.11.76)

Am Ende des Staatsbesuchs von **Luis Cabral, Präsident des Staatsrates von Guinea-Bissao, in Ägypten**, erklärten er und **Präsident Sadat**: Beide Seiten hielten fest an den Prinzipien und Zielen der Organisation der afrikanischen Staaten (OAU) und unterstützten die afrikanischen Befreiungsbewegung, bis ganz Afrika von allen Formen des Imperialismus und Rassismus endgültig befreit ist. Sie verurteilten die Unterdrückung der Völker Namibias und Zimbabwes durch die weiße rassistische Minderheit und das rassistische Vorster-Regime.

Mozambique. Alberto Chipande, Minister der Volksrepublik Mozambique, hat erklärt, „daß der Sieg in der Befreiung des südlichen Afrika nicht anders als durch den bewaffneten Kampf erreicht werden kann". „Das südliche Afrika wird sich nicht anders befreien als durch die Waffen, befreit durch die militärischen Fragen studieren, unsere Volkstruppen, unsere Organisation und unsere Armeen überprüfen." (El Moudjahid, 19./20.11.76)

Eine **Delegation von den Komoren, geleitet von Außenminister Abdallah, in der Republik Madagaskar.** Beide Seiten „erklären mit allen Kräften ihre Gegnerschaft gegen Kolonialismus und Imperialismus in jeder Form, besonders wie im südlichen Afrika betrieben". Sie „unterstützen vollständig den heroischen Kampf der Völker von Zimbabwe, Namibia und Südafrika für vollständige Befreiung", und verurteilen auf das schärfste die rassistischen Minderheitenregierungen. (Hsinhua, 16.11.76)

ungskampfes propagierte. Es wurden sechs Säcke voller Kleider für den bewaffneten Befreiungskampf gesammelt.

Die Zelle Altstadt hat in den Häusern im Schloßberg eine Kleidersammlung für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe durchgeführt.

Heidelberg. Der fünfjährige Sohn einer Genossin aus Heidelberg nahm das Kinderbuch „Freiheit für Zimbabwe" mit in seine Arbeiterwohlfahrt-Tagesstätte, wo es von den Kindern mit größtem Interesse studiert wurde. Ein Vertreter der Arbeiterwohlfahrt-Geschäftsführung sah das Buch und kassierte es. Von der Genossin vor einigen Eltern und Kindergärtnerinnen zur Rede gestellt, erklärte er, die Arbeiterwohlfahrt könne nicht zulassen, daß die Kinder „so teuflisch gutes Agitationsmaterial des KBW" zu sehen kriegten. Das wurde von den Eltern und Kindergärtnerinnen nicht akzeptiert. Es wurde besprochen, daß auf der nächsten Elternversammlung ein Beschluß gefaßt wird, daß das Kinderbuch über Zimbabwe gelesen werden darf.

Frankfurt. Auf der Zimbabwe-Solidaritätsveranstaltung der Stadtteilzelle Bokkenheim des KBW mit 20 Teilnehmern am 24. Nov. haben die Teilnehmer beschlossen, weitere Geld- und Sachspenden am Agitationszentrum der Zelle abzugeben und die Sammlung zu einer öffentlichen Aktion zu machen. Es wurden 46,55 DM gesammelt und Zimbabwebroschüren verkauft.

Holzminden. An zwei Tagen führte die Ortszelle Holzminden des KBW Kundgebungen zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe durch. 20,40 DM wurden gesammelt, drei Zimbabwe-Broschüren verkauft, fünf Sack Kleider gespendet. Die Genossen haben am Agitationsstand aus dem ZANU-Kinderbuch vorgelesen und die Bilder erklärt. Den ganzen Vormittag hörten Kinder begeistert zu. Drei Kinder spendeten sofort von ihrem Taschengeld für die ZANU.

Pinneberg. Die Zelle Kreiskrankenhaus und die Stadtteilzelle haben eine Zimbabwe-Solidaritätswoche durchgeführt. Obwohl bislang nur in wenigen Straßen die Agitation und die Kleider- und Gerätesammlung aufgenommen wurde, haben sie fast 20 große Säcke Kleider, ein Tonbandgerät und eine Schreibmaschine und 179,80 DM gesammelt. Eine Frau sagte zuerst, daß Wohltätigkeitsorganisationen von ihr keinen Pfennig kriegen würden. Als sie aber hörte, daß es um die Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe ging, spendete sie vier große Säcke Kleider.

Kiel. Im Arbeiterviertel Friedrichsort führt die Stadtteilzelle die Kleidersammlung zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe durch. Die Stadt schickte die Polizei und drohte mit Anzeigen wegen „Durchführung einer nicht genehmigten Kleidersammlung". Das hat ihnen nichts genützt. Die Sammlung wird weitergeführt. Bisher wurden drei Kombiwagen voll Kleider gesammelt.



Ein Bild vom großen Streik der 12 000 azanischen Bergarbeiter der Goldmine „Vaal-Reefs" in Südafrika, 1974. Die Polizei erschoß acht Arbeiter und verletzte 33, um den Streik zu brechen. – Jetzt sind die Arbeiter der wichtigsten Uranmine Namibias in Rossing gegen die elenden und spalterischen Löhne und gegen schlechtes Essen in den Streik getreten. Der Minenkomplex Rossing wird von englischen und französischen Monopolen ausgebeutet, bis 1980 wollen sie die Produktion mehr als verdoppeln auf 10 000 Tonnen. (El Moudjahid, 21./22.11.) – Die Imperialisten haben große Pläne im südlichen Afrika und werden nicht freiwillig gehen. Die Arbeiter in Azania, Namibia und Zimbabwe stellen sich an die Spitze des Kampfs für die Befreiung ihrer Länder von Kolonialismus und Imperialismus.

Die geplante Erhöhung der Rohölpreise setzt die Imperialisten in Schrecken

Die in der OPEC zusammengeschlossenen 13 erdölexportierenden Staaten haben ihre nächste Sitzung, auf der über eine Änderung der Rohöl-Abgabepreise beschlossen wird, vom 15. auf den 20. Dezember verschoben. Dadurch soll der Beginn des nächsten Treffens zwischen Vertretern der Imperialisten und der Länder der Dritten Welt im Rahmen der Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit („Nord-Süd-Dialog") in Paris abgewartet werden. Die OPEC-Länder haben immer betont, daß sie den Ölkampf als Teil des einheitlichen Kampfes der Dritten Welt gegen die Imperialisten sehen, und damit die Spaltungsversuche seitens der Imperialisten abgewehrt.

Die derzeitige von den imperialistischen Ländern hervorgerufene weltweite wirtschaftliche Krise haben die Monopole benutzt, um die Rohstoffpreise wiederum erheblich zu drücken. So sind die Metallpreise seit dem Höchststand Anfang 1974 bis Ende 1975 um 37,5 Prozent gefallen und lagen nach einem leichten Anstieg Mitte des Jahres immer noch über 25 Prozent niedriger als Anfang 1974 (berechnet nach Angaben des Jahresberichts des Internationalen Währungsfonds IWF). Die Ölpreise sind seit der Anhebung um 7,2 Prozent im Oktober 1975 konstant geblieben. 82,53 DM mußten die Ölmonopole für eine Tonne Rohöl bezahlen, knapp 8 Pfennig je Liter. Andererseits haben die Imperialisten ihre Fertigungspreise, die die Entwicklungsländer bezahlen müssen, drastisch erhöht. Für den gesamten Export der „Industrieländer" errechnet sich aus den Angaben des IWF-Jahresberichtes für 1975 ein Preisanstieg von über 16 Prozent gegenüber 1974.

Welch gewaltige Profite die Imperialisten immer noch aus der Auspowerung der Ölquellen der Dritten Welt ziehen, erweist sich darin, daß die groß angekündigten Programme zur Verminderung der Abhängigkeit vom Öl der OPEC-Länder nicht durchgeführt werden. Die USA haben sogar den Importanteil an ihrem gesamten Verbrauch noch erhöht, von weniger als 25 Prozent 1975 auf über 40 Prozent 1976. (Neue Zürcher Zeitung, 16. November 1976) Das erklärt, weshalb der neu gewählte US-Präsident Carter, der so christlich ist, daß er jeden Morgen mit einem Gebet beginnt, sogleich nach Bekanntwerden der Pläne der OPEC-Staaten, die Preise zu erhöhen, ankündigte, er wolle eine „Front der Verbraucherstaaten" bilden. Schon im Wahlkampf hatte Carter Ford „Schwäche gegenüber den arabischen Staaten" vorgeworfen und erklärt, er werde jede neue Ölpreiserhöhung als eine „wirtschaftliche Kriegserklärung" behandeln. (Le Monde, 13. November 1976)

Das Öl ist nicht nur eine wichtige Waffe der Dritten Welt, sondern auch ein Hauptgegenstand der Rivalität der beiden Supermächte. Die sozialimperialistische Sowjetunion unterstützt in Worten die jetzt geplante Preiserhöhung, um tatsächlich noch gieriger nach den Ölquellen der Dritten Welt greifen zu können. In der Novembernummer der Zeitschrift „Außenhandel" wird beschrieben, wie sich die neuen Zaren das vorstellen. Die größten Erfolge hätten die Erdölländer „sozialistischer Orientierung" gehabt. „Diese Länder stützen sich bei der Schaffung einer eigenen Erdölindustrie vor allem auf den Beistand der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft (womit vor allem die Sowjetunion gemeint ist, Anm. d. Red.)." Je mehr die Sowjetunion an „Planung der Erschließung und Nutzung der Erdölreserven" beteiligt ist, um so besser, schreibt die Zeitschrift. Dies sei „von praktischem Interesse für die sowjetischen Unternehmen".

Im Rahmen militärstrategischer Überlegungen hat der stellvertretende US-Verteidigungsminister Ellsworth auf der Versammlung der NATO-Parlamentarier letzte Woche erklärt, die Konflikte mit der Sowjetunion würden sich nach seiner Ansicht noch verstärken, wenn in den achtziger Jahren die Sowjetunion zum Erdölimporteur werde und in Konkurrenz zu den westlichen Imperialisten auf diesem Gebiet trete. (Neue Zürcher Zeitung, 21./22. November)

In dieser Situation ist der Kampf der Öl-Länder um ihre wirtschaftliche Selbständigkeit ein schwerer Schlag für das Treiben der Imperialisten. Er findet bei den Völkern der ganzen Welt und der internationalen Arbeiterklasse volle Unterstützung. – (fb)

Gegnerschaft gegen Kolonialismus und Imperialismus in jeder Form, besonders wie im südlichen Afrika betrieben". Sie „unterstützen vollständig den heroischen Kampf der Völker von Zimbabwe, Namibia und Südafrika für vollständige Befreiung", und verurteilen auf das schärfste die rassistischen Minderheitsregierungen. (Hsinhua, 16.11.76)

Der Staatspräsident von Kenia, Jomo Kenyatta, sandte ein Telegramm an Präsident Samora Machel von Mozambique, worin er die „barbarische mörderische Invasion" der rhodesischen Siedlertruppen verurteilte und feststellte: „Die ganze Welt wartet nun darauf, daß diese Bastion des Rassismus ihren endgültigen Todesstoß erhält" durch die Befreiungsbewegung von Zimbabwe. (Hsinhua, 10.11.76)

Am Ende des Staatsbesuchs von **Felix Malloum, Präsident der Republik Tschad, bei Seyni Kountche, Staatsoberhaupt der Republik Niger,** wurde am 9. November in einem gemeinsamen Kommuniqué festgestellt: „Bezüglich des südlichen Afrika haben beide Seiten ihre entschiedene Unterstützung für den Kampf aller Befreiungsbewegungen in dieser Region hervorgehoben. Bezüglich des Problems Rhodesien stimmten beide Seiten überein, daß die Genfer Verhandlungen zur Übergabe der Macht an die Mehrheit führen müssen. Beide Seiten erklärten ihr Festhalten an dem Prinzip der Blockfreiheit und ihre völlige Unterstützung für alle Bemühungen zur ökonomischen und technischen Zusammenarbeit zwischen den in Entwicklung befindlichen Ländern." (Hsinhua, 13.11.76)

Bei seinem Staatsbesuch in der VR China Mitte November erklärte der **Staatspräsident der Zentralafrikanischen Republik, Ahmed Bokassa,** unter anderem: Die Zentralafrikanische Republik verfolge eine gegen Kolonialismus, Imperialismus, Sozialimperialismus und Hegemonismus gerichtete Politik. „Ich wiederhole, was ich schon vor dem Forum der Vereinten Nationen gesagt habe, daß, seit ich Präsident wurde, es mein einer und einziger Wunsch ist, endlich den ganzen afrikanischen Kontinent frei und unabhängig zu sehen. Alle Versuche, sich diesem unaufhaltsamen Gang der Geschichte entgegenzustellen, werden alle afrikanischen Staaten, zusammengeschlossen in der Organisation für Afrikanische Einheit, auf den Plan rufen, bereit, Opfer auf sich zu nehmen, sogar menschliche Opfer, um die Befreiung derjenigen schwarzen Völker zu erreichen, die noch immer unterdrückt werden oder sich unter ausländischer Herrschaft befinden." (Hsinhua, 18.11.76)

Am 11. November stellten der **rumänische Außenminister Manescu** und der stellvertretende Vorsitzende des Revolutionsrates des **Irak** zum Abschluß eines offiziellen Besuchs in Bagdad fest: Beide Länder seien entschlossen, jede Form von Hegemonismus und Unterdrückung zu bekämpfen. Der Indische Ozean müsse entsprechend dem Wunsch der Anliegerstaaten zu einer Zone des Friedens gemacht werden.

„Beide Seiten traten für die volle Unterstützung des Kampfes der Völker von Zimbabwe, Namibia und Südafrika für Freiheit und Unabhängigkeit ein." (Hsinhua, 13. November)

„Energiepolitik"

Zwangssubventionierung der kapitalistischen Rationalisierung durch die Massen

In der letzten Nummer der Kommunistischen Volkszeitung haben wir gezeigt, daß es nicht stimmt, wenn die Kapitalisten behaupten, sie wollten Kernkraftwerke bauen, um Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Das Gegenteil ist der Fall. Kernkraftwerke wie alle anderen Bemühungen, billigen Strom zu bekommen, dienen dazu, die kapitalistische Rationalisierung voranzutreiben, menschliche Arbeitskraft „freizusetzen" und der dadurch tendenziell sinkenden Profitrate durch Ökonomisierung des konstanten Kapitals, hier der Energiekosten, entgegenzuarbeiten.

Die Erhöhung des Stromverbrauchs pro Arbeiterstunde und die „Freisetzung" von menschlicher Arbeitskraft gehen Hand in Hand und beschleunigen sich in den letzten Jahren. Diese Entwicklung verstärkt voranzutreiben, das ist eine der Absichten des Energieprogramms der Kapitalistenklasse. 1975 hat sich der Stromverbrauch pro Arbeiterstunde erneut erhöht. Er beträgt in der Industrie inzwischen durchschnittlich 15,44 Kilowattstunden. Für die kapitalistische Rationalisierung brauchen die Kapitalisten billigen Strom. Die kapitalistische Rationalisierung treiben sie voran, um im Kampf um Weltmarktanteile und Kapitalanlagesphären mit ihren imperialistischen Konkurrenten Schritt zu halten und sie zu übertrumpfen. Es ist insbesondere die Aufgabe der öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, dafür die Bedingungen zu schaffen.

In den letzten Jahren haben die Elektrizitätsversorgungsunternehmen die Preise für Strom erhöht. Die Massen wissen das gut aus eigener Erfahrung. Bekanntlich sind die Strompreise gespalten. Es gibt die normalen Tarife. Die müssen die Massen bezahlen. Sie sind besonders rasch gestiegen, von Dezember 1974 bis Dezember 1975 um rund 14 Prozent. 1975 betrugen sie durchschnittlich 15,93 Pfennig pro Kilowattstunde. Der durchschnittliche Sondertarif, den die Kapitalisten genießen, betrug weit weniger als zwei Drittel des durchschnittlichen Normaltarifs, d.h. 9,40 Pfennig pro Kilowattstunde. Auch diese Sondertarife sind in den letzten Jahren erhöht worden. Die „Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke VDEW e.V.", der alle großen öffentlichen Elektrizitätsunternehmen angehören, stellt jedoch tröstlich fest:

staatlichen Elektrizitätsversorgungsbetriebe durchaus den richtigen Bezugspunkt nehmen, um die Entwicklung des Strompreises für die Kapitalisten zu untersuchen: Sie überlegen sich, ob die Preisentwicklung des Stromes noch den Bedürfnissen der kapitalistischen Rationalisierung entspricht und ob er nach wie vor erleichtert, menschliche Arbeitskraft durch „elektrische Arbeit" zu ersetzen. Sie kommen zu dem Schluß, daß es sich immer besser lohnt und daß für die Summe Geld, die der Kapitalist für eine Arbeiterstunde bezahlt (er bezahlt sie bekanntlich nur zum Teil, denn wo bliebe sonst die Mehrwertproduktion) heute doppelt soviel Strom gekauft werden kann wie 1964. Wir haben die Rechnung der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke nachgeprüft. Sie stimmt. Wir haben sie auf das Jahr 1975 vervollständigt. Auch haben wir sie bis auf das Jahr 1950 zurückverfolgt.

	Bruttostundenlohn Durchschnitt aller Arbeiter u. Arbeiterinnen in DM	Sondertarif, Durchschnitt pro KWh in DM	KWh, die der Kapitalist für die Geldsumme eines Bruttostundenverdienstes erhalten kann
1950	1,26	0,0539	23,38
1955	1,78	0,0689	25,83
1960	2,68	0,0730	36,71
1961	2,96	0,0736	40,22
1962	3,30	0,0729	45,26
1963	3,55	0,0732	48,50
1964	3,87	0,0728	53,15
1965	4,26	0,0752	56,65
1966	4,55	0,0758	60,03
1967	4,69	0,0768	61,87
1968	4,88	0,0726	67,22
1969	5,37	0,0687	78,17
1970	6,09	0,0688	88,52
1971	6,82	0,0708	96,32
1972	7,42	0,0741	100,13
1973	8,23	0,0754	109,15
1974	9,13	0,0813	112,30
1975	9,85	0,0940	104,79

Aus der Tabelle geht hervor, daß die Entwicklung der Sondertarife für Strom, die die Kapitali-

fen in Milliarden Kilowattstunden, den Gesamterlös aus der Stromabgabe zu normalen Tarifen in Milliarden DM und die Gesamtabgabe von Strom zu normalen Tarifen in Milliarden Kilowattstunden. Daneben ist in der fünften Spalte der Durchschnittserlös der Elektrizitätswerke aufgeführt, den sie pro Kilowattstunde erhalten würden, wenn sie nicht zwischen Sondertarifen und Tarifen unterscheiden würden.

Aus dieser zweiten Tabelle ergibt sich zwanglos eine dritte Tabelle, in der wir aufgeführt haben, mit wieviel Milliarden DM die Massen, um die es sich im wesentlichen bei den Stromkäufern zu Normaltarifen handelt, die Kapitalistenklasse insgesamt und speziell die Industriekapitalisten Jahr für Jahr *zwangsweise* subventionieren mußten, indem ihnen mit dem Tarifpreis für Strom genommen wurde, was der Kapitalistenklasse und speziell den Industriekapitalisten mit dem Sondertarif gegeben wurde.

Staatsmonopol – ein Instrument der Bourgeoisie

Bedingung für diesen großangelegten Raubzug gegen die Massen zwecks Erleichterung der kapitalistischen Rationalisierung, den die Kapitalisten natürlich mit allen möglichen fadenscheinigen ökonomischen und technischen Argumenten rechtfertigen, ist der weitgehend *öffentliche Charakter* der Stromversorgung und die Tatsache, daß der Staat das Instrument der herrschenden Klasse ist, sowie die wesentlich bessere Konkurrenzsituation der Kapitalisten als Stromkäufer gegenüber den Massen als Stromkäufern. Die öffentliche Stromversorgung ist das Geschäft des bürgerlichen Staates, und der ist in der Hand der Bourgeoisie. Gegenüber den Massen hat er das Monopol der Stromproduktion und der Stromlieferung. Gegenüber den großen Kapitalisten, die den Staatsapparat ohnehin in der Hand halten, besitzt der Staat kein Monopol. Sie besitzen auch eigene Stromerzeugungsanlagen. Es ist *bürgerliche Politik,* wenn die Massen über die Strompreise zur Zwangssubventionierung der kapitalistischen Rationalisierung herangezogen werden. Die Bourgeoisie kann diese Politik gegen die Massen durchsetzen, weil sie durch den Staatsapparat in Abhängigkeit gehalten und unterdrückt werden. Ökonomisch erleichtert wird der Vor-

	Zwangssubventionierung der Kapitalistenklasse* (Mrd DM)	Abgabe aus öff. Netz an Industriekapitalisten (Mrd KWh)	% der industr. Sondertarifabnehmer von allen Sondertarifabnehmern	Zwangssubventionierung der Industriekapitalisten (Mrd DM)
1950	0,607869	14,820	86,5	0,525806
1951	0,705084	18,464	86,6	0,610602
1952	0,772305	20,199	87,7	0,677311
1953	0,842126	21,495	87,0	0,732649
1954	0,930632	25,437	87,0	0,809649
1955	0,998065	29,127	88,2	0,880293
1956	1,048384	32,536	87,0	0,912094
1957	1,081687	35,493	88,0	0,951884
1958	1,139503	36,495	89,0	1,014157
1959	1,256734	40,844	90,6	1,138601
1960	1,361524	47,302	92,4	1,258048
1961	1,432769	50,384	94,3	1,351101
1962	1,506789	53,200	93,1	1,402820
1963	1,606281	57,041	91,8	1,474565
1964	1,706132	64,083	94,7	1,615707
1965	1,725586	68,029	97,1	1,675544
1966	1,830990	70,748	95,8	1,754088
1967	1,886389	70,359	95,0	1,792069
1968	1,973679	77,364	93,4	1,843416
1969	2,194070	85,419	92,0	2,018544
1970	2,163795	91,587	93,0	2,012329
1971	2,269384	97,081	91,5	2,076486
1972	2,600185	105,202	90,6	2,355767
1973	2,985448	115,991	89,4	2,671975
1974	3,348782	119,683	89,2	2,987113
1975	3,609062	112,582	87,0	3,139883

* Differenz zwischen Abgabe mal Durchschnittspreis und Gesamterlös von Sondertarifabnehmern.

aus der Kiste holen. Eines dieser Argumente ist, ihr Energieprogramm diene dem Allgemeinwohl. In Wirklichkeit dient keine einzige Maßnahme der herrschenden Bourgeoisie dem Allgemeinwohl, und jede Maßnahme ihres Staates richtet sich gegen die Interessen der Massen. Wie sehr das gerade für die Energiepolitik, hier die Elektrizitätsversorgungspolitik, zutrifft, zeigt das in diesem Artikel ausgebreitete Material. Es ist be-

jedoch tröstlich fest:

„Für die Industriebetriebe ist der Strombezug im Lauf der Jahre relativ günstiger geworden. Sie konnten für den gleichen Betrag, den sie für einen Bruttostundenlohn zahlen mußten, 1974 im Mittel mehr als die doppelte elektrische Arbeit von 1964 beziehen: 1964 waren es 53,2 Kilowattstunden und 1974 aber 112,3 Kilowattstunden (bezogen auf den Durchschnittserlös)."

Der „Durchschnittserlös" der Elektrizitätsversorgungsunternehmen aus Lieferungen an Sondertarifkunden entspricht von seiten der kapitalistischen Kunden dem durchschnittlichen Preis, den sie für den Strom bezahlen mußten. Man sieht, daß die in der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke VDEW e.V. zusammengefaßten lung der Sondertarife für Strom, die die Kapitalisten bezahlen mußten, im Vergleich zu den durchschnittlichen Stundenverdiensten sich ausgesprochen günstig für die kapitalistische Rationalisierung entwickelt hat. Die Kapitalisten konnten mit der Geldsumme für einen durchschnittlichen Bruttostundenlohn bis 1974 eine stets wachsende Menge Strom kaufen. Erst die Krise von 1975 mit ihrer Lohndrückerei hat diese Tendenz unterbrochen. Diese Tendenz ist ein gewaltiger Impuls für die kapitalistische Rationalisierung, auch wenn die Stromkosten am gesamten konstanten Kapital, das die Kapitalisten für die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft einsetzen, vergleichsweise einen geringen Anteil haben.

Staatsmonopol sichert Ausplünderung der Massen

Die Kapitalisten behaupten oft, die angeblich hohen Löhne zwängen sie zur Rationalisierung und zur „Freisetzung" von menschlicher Arbeitskraft. Das ist in vieler Hinsicht ein Schwindel. Die angeführte Tabelle scheint diesen Schwindel jedoch zu bestätigen. Bevor wir die Frage genauer untersuchen, noch einige Bemerkungen. Die Arbeitskraft braucht Lebensmittel, damit sie wiederhergestellt werden kann. Ein Arbeiter muß essen, und er muß seine Familie ernähren, damit die Kapitalisten auch in der nächsten Generation wieder Arbeitskräfte vorfinden, die sie ausbeuten können. An der Tatsache, daß der Arbeiter essen muß und seine Familie ernähren muß, ändert sich dadurch nicht viel, daß die Produktivkraft der Arbeit bei der Herstellung von Strom ständig wächst und daß der Strom dadurch billiger wird. Das zum einen. Zum anderen zieht die Kapitalistenklasse den Mehrwert, den sie als Profit unter sich aufteilt, nicht aus der „Arbeit" des Stroms, sondern ausschließlich aus der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, die den Strom anwendet. Die Waren werden im allgemeinen zu ihrem Wert verkauft, und aus diesem Verkauf mag durch Beschiß für den einen oder den anderen Kapitalisten ein Extraprofit herausspringen, niemals kann daraus der Profit entstehen, den die Kapitalistenklasse unter sich aufteilt. Er kann nur durch die lebendige Arbeitskraft produziert werden, die die Eigenschaft hat, mehr produzieren zu können, als zu ihrer Wiederherstellung notwendig ist. Diese Eigenschaft der menschlichen Arbeitskraft ermöglicht die Ausbeutung, die auf dem kapitalistischen Privateigentum beruht. Alle Argumente der Kapitalisten, die Höhe der Löhne „zwinge" sie zur kapitalistischen Rationalisierung und zur „Freisetzung" menschlicher Arbeitskraft, sind bloß Argumente zur Beschönigung einer Produktionsweise, die auf Grundlage des kapitalistischen Privateigentums von der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft lebt. Der Steigerung dieser Ausbeutung dient die kapitalistische Rationalisierung. Dies vorweggeschickt, wollen wir genauer untersuchen, worauf die günstige Entwicklung der Strompreise für die Kapitalisten und damit der „Rationalisierungsanreiz", der davon ausgeht, genau beruht. Dieser „Rationalisierungsanreiz" beruht auf dem ununterbrochenen Raubzug, den die öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen gegen die Massen als Käufer von Strom unternehmen. Mit der Beute aus diesem Raubzug versetzen sie die Kapitalisten in die Lage, ihre Stellung gegenüber den Massen als Verkäufer der Arbeitskraft ständig zu verbessern, indem ihnen die kapitalistische Rationalisierung von Staats wegen mit Hilfe von Diebstahl erleichtert wird. Um dies zu beweisen, haben wir die folgende Tabelle zusammengestellt.

„Erlöse" aus der Stromabgabe der Elektrizitätsversorgungsunternehmen

	Letztverbr. Sonderabnehmer		Letztverbr. Tarifabnehmer		
	Gesamterlös (Mrd DM)	Gesamtabgabe (Mrd KWh)	Gesamterlös (Mrd DM)	Gesamtabgabe (Mrd KWh)	Durchschnittserlös *(insg.)* (DM/KWh)
1950	0,924	17,135	1,250	7,171	0,0894
1951	1,174	21,329	1,443	8,390	0,0881
1952	1,535	23,027	1,693	9,206	0,1002
1953	1,791	24,701	1,903	9,959	0,1066
1954	2,033	29,256	2,053	11,069	0,1013
1955	2,276	33,038	2,236	12,484	0,0991
1956	2,573	37,411	2,458	14,549	0,0968
1957	2,850	40,325	2,645	15828	0,0979
1958	3,010	41,003	2,933	17,676	0,1012
1959	3,270	45,087	3,199	19,364	0,1004
1960	3,737	51,190	3,588	22,341	0,0996
1961	3,931	53,424	3,956	25,160	0,1004
1962	4,169	57,158	4,345	28,548	0,0993
1963	4,551	62,132	4,336	33,575	0,0991
1964	4,922	67,634	5,249	36,153	0,0980
1965	5,267	70,066	5,729	40,125	0,0998
1966	5,595	73,877	6,259	44,031	0,1006
1967	5,640	74,445	6,670	47,295	0,1011
1968	6,012	82,839	6,986	52,055	0,0964
1969	6,377	92,861	7,455	56,966	0,0923
1970	6,784	98,544	8,172	66,108	0,0908
1971	7,517	106,143	9,000	73,033	0,0922
1972	8,608	116,147	10,539	82,199	0,0965
1973	9,779	129,720	11,606	87,687	0,0984
1974	10912	134,156	13,087	91,561	0,1063
1975	12,175	129,590	15,352	96,369	0,1218

Sie enthält im einzelnen aufgelistet: den „Gesamterlös" der Elektrizitätsunternehmen aus der Stromabgabe zu Sondertarifen in Milliarden DM, die Gesamtabgabe von Strom zu Sondertari-

parat in Abhängigkeit gehalten und unterdrückt werden. Ökonomisch erleichtert wird der Vorgang durch die Tatsache, daß die Massen dem staatlichen Monopol als einzelne zersplitterte Käufer gegenüberstehen. Die Zwangssubventionierung der kapitalistischen Rationalisierung durch die Massen kann nur durch die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats beseitigt werden. Das heißt nicht, daß nicht jeder bestimmte Versuch, diese Zwangssubventionierung zu erhöhen, durch politischen Kampf der Volksmassen angegriffen und verhindert werden kann. Bis zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates als Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus werden jedoch alle Siege in diesen Kämpfen stets nur vorübergehender Natur sein. Um einen Eindruck zu verschaffen, welche Beute die Bourgeoisie seit 1950 bei diesem Raubzug mit Hilfe des Strommonopols gemacht hat, haben wir ein Schaubild gemacht, in welchem diese Beute Jahr für Jahr kumulativ dargestellt wird. Bis 1975 hat die Bourgeoisie auf diese Art und Weise immerhin 43,583254 Milliarden aus den Massen herausgeholt.

Unten in dem Schaubild ist die jährliche Zunahme der Summe aufgetragen, mit der sich die Kapitalisten durch die Tarifstromabnehmer zwangssubventionieren lassen.

Jede Maßnahme des Staates ist gegen die Interessen der Massen gerichtet

Bei der Durchsetzung ihres Kernkraftprogramms stößt die Bourgeoisie auf den erbitterten Widerstand der Volksmassen, die sich dagegen wehren, daß die Bourgeoisie in ihrer Profitsucht vor keiner Zerstörung der Lebensbedingungen von Mensch und Natur zurückschreckt. In dem Maße, wie der Widerstand der Massen wächst, muß die Bourgeoisie Argument um Argument

grenztes Material und zeigt nur einen Ausschnitt der Ausplünderungs- und Unterdrückungspolitik des bürgerlichen Staates auf dem Gebiet der Energieversorgung. Aber dieser Ausschnitt ist bereits ziemlich erbärmlich und ein Beweis mehr für die Behauptung der Kommunisten, daß die Diktatur der Bourgeoisie zerschlagen und durch die Diktatur des Proletariats ersetzt werden muß. – (gs)

Alle Zahlen aus Statistisches Jahrbuch 1976 und frühere Jahrgänge sowie Statistik der Energiewirtschaft 1975/76, hrsg. Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft (VIK)

DDR schickt Hausgemachtes

Lippenspitzer, der auf Bares geht



Biermann hat den Mitgliedern der IG Metall ein Lied gewidmet. Das Lied heißt: „Legende vom sozialistischen Gang". In der letzten Nummer der „Metall" ist es abgedruckt.

Biermann behauptet von sich, daß er Kommunist ist. Er behauptet, daß er die DDR von links angreift. Dieses Lied soll ein solcher Angriff sein.

Das Lied handelt von dem Arbeiter Paul Kunkel. Er arbeitet im Klinikum Buch. Es handelt davon, daß er einer von den vielen wird, die einen Antrag auf Ausbürgerung stellen, um in den Westen zu kommen. Handelt davon, daß er deshalb von seiner Arbeitsstelle gekündigt werden soll und die Partei versucht, diese Kündigung durchzusetzen über die Gewerkschaftsorganisation im Betrieb. Die Gewerkschaftsorganisation im Betrieb widersetzt sich dem Ansinnen des freigestellten Gewerkschaftsfunktionärs, der Kündigung zuzustimmen. So bleibt Kunkel im Betrieb, wird wenig später zum Ministerium bestellt, wo man ihn auffordert, daß er freiwillig in die BRD auswandert.

Der Arbeiter Paul Kunkel unterschreibt nicht und begründet das damit, daß er hier bleiben will, weil die Kollegen auf der Arbeit hinter ihm stehen und er lieber unter ihnen ist. „Jetzt geht's ja den sozialistischen Gang."

In der ersten Strophe des Liedes erfährt man,

Die Arbeiter in der DDR sind empört darüber, daß die Propaganda, die die westdeutsche Bourgeoisie gegen die Bourgeoisie in der DDR betreibt, dazu führt, daß sie z.B. Säcke von Kartoffeln in die DDR geschickt bekommen. Die Arbeiterklasse in der DDR hat es allemal geschafft, sich die Lebensmittel, die sie braucht, auch zu produzieren, und sie lehnt es ab, den Ausweg darin zu sehen, daß Kartoffelsäcke hin und her geschickt werden. Oder auch Kaffee oder Butter.

In dem Lied wird die Arbeiterklasse in der DDR als das Potential derjenigen hingestellt, die die Anträge für den „goldenen Westen" stellen. Das ist falsch. Mit der ersten Strophe wird hier folgendes bezweckt:

Scheinbar liebevoll wird sich hier mit dem Arbeiter Paul auseinandergesetzt. Es wird ihm dabei erstens untergeschoben, daß seine Arbeit Dreckarbeit ist, und zweitens er, dumm wie er ist, das seit 1945 noch nicht kapiert hat, und drittens die Arbeiterklasse das Rekrutierfeld derjenigen ist, die vor den Ausbeutern in der DDR sich in die Arme der westdeutschen Ausbeuter absetzen. Unter dem Deckmantel der Sympathiewerbung für die Arbeiterklasse in der DDR wird Verachtung über die Arbeiterklasse verbreitet, die Grundlage für eine kleinbürgerliche Haltung gegenüber der Arbeiterklasse ist. Es ist Arbeitertümelei, läuft letztendlich darauf hinaus, der Arbeiterbewegung eine kleinbürgerliche Führung aufzuzwängen.

In der zweiten Strophe wird geschildert, was sich nach diesem Antrag im Staatsapparat abspielt. Der Gewerkschaftsfunktionär macht aus seiner Mördergrube kein Herz, heißt es. Die Despotie der neuen Ausbeuter in der DDR wird verharmlost: Als besonderes Übel wird ihnen unterstellt, daß sie den Arbeitern, wenn sie von einem Ausbeuter zum anderen fliehen, vorwerfen, mit den Faschisten in Bonn – mit Strauß – zusammenarbeiten wollen.

Gemeinhin nennen die Bourgeois in der DDR solche Sachen „Unterstützung des kapitalistischen Westens". Sie versuchen die Arbeiter mit der offensichtlichen Tatsache zu halten, daß in der BRD Kapitalismus und privates Eigentum

Es ist ein Fall „für die Konfliktkommission", das darf „nicht auf die lange Bank". Wenn die Betriebsräte in der BRD sich auf das Betriebsverfassungsgesetz berufen, können sie sich noch nicht einmal gegen eine Entlassung wenden. Wenn in der DDR die Arbeiter gegen eine Entlassung sind, wird es nichts nutzen, sich auf die Konfliktkommissionen zu berufen, die ein Instrument in den Händen der Bourgeoisie sind. Sie werden das auch wissen.

Der Funktionär führt sich weiter wie ein Depp auf. Er sagt ganz offen, daß die Arbeiter, wenn sie jetzt nicht zustimmen, bei ihnen nichts werden können.

> Der Specker starrt die Kollegen an
> Und knirscht mit seinem Kuchenzahn:
> Na gut, na schön – ich ahnte nicht
> Daß hier noch einer für den spricht!
> Und zur Kollegin knurrt er kalt:
> So wirst du hier bei mir nicht alt
> In unsrer BGL. So nicht!
> Wer nicht knallhart mit Kunkel bricht
> Wird spüren, wer in unserm Staat
> Die Macht hat! – Und da trat
> Jene berühmte Stille ein
> In der die Leut nach innen schrein.
> Abstimmung! Hand hoch! gegen Paul!
> – der Bonze steht mit offnem Maul:
> Nicht e i n Kollege hebt die Hand
> *– nun geht es sein' sozialistischen Gang*

Was tun die Arbeiter – sie sind still. Eine „Stille tritt ein, in der die Leute nach innen schreien". Es geht nicht darum, daß die Arbeiterklasse nach innen geht – die Arbeiterklasse geht nach vorn, indem sie die Konkurrenz, die die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zwischen ihnen schaft, überwindet, sich verständigt und sich auf das gemeinsame Ziel einigt. Weil die ganze Zeit das gemeinsame Ziel, die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Ausbeuterordnung nicht genannt wird, werden die Arbeiter an ihr Inneres verwiesen. So werden sie aber niemals die Kraft bekommen, sich gegen die Ausbeuter zusammenzuschließen.

> Der Brief an Kunkel kommt sehr bald
> „Zur Klärung eines Sachverhalts"
> Wird er geladen. Und er geht
> Ins Mdl****. Und vor ihm steht
> In vollem Wichs ein Offizier
> Der sagt: Sie unterschreiben hier
> Daß Sie freiwillig rübergehn
> – Paul Kunkel bleibt die Pumpe stehn
> Er stammelt: „Ja, ich meine: Nein!
> Wie soll das noch mein Wille sein?
> Wie kann ich jetzt noch rüber gehn
> Wo hinter mir die Kumpels stehn
> – ich meine: hier auf Arbeit, die
> Kollegen. Nein, nein, lassen Sie!
> Ich bin auch lieber ... mitten mang
> *– jetzt g e h t s ja den sozialistischen Gang ...*"

Sein Selbstbewußtsein mußte erst ruiniert werden, indem seine Arbeit als Dreckarbeit bezeichnet wurde.

Das Wesen des Revisionismus, das in der Restauration der kapitalistischen Produktionsverhältnisse besteht, mußte gedeckt werden. Die Tatsache, daß es eine Klasse ist, die gegen die andere Klasse kämpft, und daß in diesem Kampf die Ausbeuterklasse in der DDR vorübergehend gesiegt hat, mußte erst verniedlicht werden.

Der Staat, das Instrument der herrschenden Klasse, mußte als Mittelsmann zwischen der Arbeiterklasse und den Bürokraten oder auch „Bürokratenschweinen" hingestellt werden.

Und es mußte behauptet werden, daß die Arbeiterklasse in der DDR sich gegen die Ausbeuter auf diesen Staat beruft. Als höchstes, was die Arbeiterklasse in der DDR sich unter dem sozialistischen Gang vorstellen kann, mußte herhalten, daß man unter sich bleibt und sich gemeinsam des Drucks bewußt ist.

Das ist kein offizieller Revisionismus. Aber inoffizieller. Die offiziellen Revisionisten wollen